

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ ÖFFENTLICHE ARBEITGEBER ALS SPEERSPITZE DES UNTERNEHMERLAGERS

»Durchbruchschlacht« für generelle Arbeitszeitverlängerung

Wahlalternative 2006: S. 10
SIEMENS + IG Metall: S. 28

In allen Branchen organisieren die Unternehmer und ihre Verbände die Rückkehr der Beschäftigten zur 40/42-Stunden-Woche. Dabei geht es ihnen nicht allein um die Länge sondern auch um die Flexibilisierung der Arbeitszeit (siehe Artikel »Der Angriff auf die Arbeitszeit«, S. 4 und »Arbeitszeitverlängerung und Flexibilisierung bei der Post«, S. 7). Bisherige Regelungen, die dem entgegenstehen und den Gewerkschaften und Betriebsräten eine Mitbestimmung einräumen, sollen zu Fall gebracht werden.

Alle, die sich dieser Entwicklung entgegen stemmen wollen, müssen ihren Blick jetzt auf den öffentlichen Dienst richten. Denn mit der Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen zum 1. Mai 2004 durch die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) hat sich der Schauplatz des Kampfes um die Länge des Arbeitstages dorthin verlagert. Während die Unternehmer der Metallindustrie schrittweise, Betrieb für Betrieb, die in der Metallindustrie vereinbarten Öffnungsklauseln für eine Erhöhung und Flexibilisierung der Arbeitszeit nutzen, wird gegenüber ver.di erneut versucht, eine Gewerkschaft zur Unterschrift unter einen Tarifvertrag zu zwingen, der eine **generelle Arbeitszeitverlängerung** beinhaltet. Das wäre das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik und ein Signal. Die Kündigung des Arbeitszeittarifvertrages im öffentlichen Dienst werde »die Arbeitswelt in Deutschland verändern«, verkündete der bayerische Ministerpräsident Stoiber.

Den Kampfplatz »Öffentlicher Dienst« hat die Gegenseite, in diesem Fall die Staatsmacht, mit Bedacht gewählt. Fast die Hälfte aller Beschäftigten der Länder sind Beamte. Ihnen hatte der Gesetzgeber in den letzten Jahren schon per Beschluss längere Dienstzeiten verordnet. Von der verbleibenden Hälfte stellen die Arbeiter eine verschwindende Minderheit dar. Die große Zahl der Angestellten der Länder ist nur zu etwa 10 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Die Methode, den schwächsten Bereich exemplarisch vorzuführen, um einen Durchbruch zu erringen und das Ergebnis dann in allen anderen Bereichen durchzudrücken, wurde in der Vergangenheit bereits erfolgreich praktiziert – jüngst erst durch den Berliner SPD-PDS-Senat.

Der Vorsitzende der TdL, Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring, hält den Gewerkschaftsvorständen den Spiegel ihrer Schwäche vor. Proteste und Streiks der Beschäftigten sieht er gelassen: »Es kann sein, dass der eine oder andere Arbeitsplatz ein paar Tage nicht besetzt ist. Dann sparen wir den Lohn ein, den ver.di aus der Streikkasse



bezahlen muss. Und die liegen gebliebene Arbeit wird nachgeholt. (...) ver.di wird mit einem Streik jedenfalls keine neuen Verhandlungen über die Arbeitszeit erzwingen.« Die längere Arbeitszeit gelte ab Mai zunächst für Neueingestellte und nach Beförderungen. »Im ersten Jahr können wir zehn Prozent der Arbeitsverträge umstellen, im zweiten werden es 20 Prozent sein. Nach fünf Jahren haben wir mehr als die Hälfte der Verträge umgestellt. Das geht relativ schnell – jedenfalls schneller, als wenn wir noch drei Jahre lang ohne Ergebnis mit Verdi verhandeln.« Die Drohung vor einem Konflikt in nicht gekanntem Ausmaß, wie von Verdi ange droht, sieht Möllring nicht: »Frank Bsirske ist nicht Heinz Kluncker. Als Kluncker vor 30 Jahren den Arm hob, stand die Republik still. Bei Bsirske sehe ich das nicht. Durch die Privatisierung im öffentlichen Nahverkehr, bei der Müllabfuhr und so weiter kann unsere Gesellschaft nicht mehr so lahm gelegt werden wie 1974.« (Stuttgarter Zeitung 08.04.04)

Der Vorstoß der Länder fällt in eine Zeit, in der schon seit Monaten (Mai 2003) über die Ausgestaltung der sogenannten Prozessvereinbarung zwischen ver.di, dem Bund, den Ländern und Kommunen verhandelt wird. Mit der Prozessvereinbarung soll das gesamte, seit 1961 bestehende Tarifrecht des Öffentlichen Dienstes neu geregelt – angeblich vereinfacht und leistungsbezogen – werden (siehe Artikel S. 00). Zu Beginn des nächsten Jahres steht zudem die normale Gehaltstarifrunde bevor.

Der Vorstand von ver.di reagiert auf die Angriffe mit einer Mischung von wortradikalen Drohungen und Signalen der Bereitschaft für eine möglichst reibungslose Fortsetzung der Verhandlungen zur Prozessvereinbarung mit den »gesprächsbereiten Arbeitgebern«: den Kommunen und dem Bund.

Vor der Bundestarifkommission führte Kurt Martin, Bundesvorstandsmitglied von ver.di, am 2. April 2004 aus: »Es geht um den Versuch, uns zu erpressen mit dem Ziel, den umfangreichen Katalog der von den Arbeitgebern der Länder geforderten Absenkungen und Verschlechterungen tariflicher Standards zu erzwingen – nach dem Motto: länger arbeiten für weniger Geld und bei verschlechterten Konditionen.« Die Wunschvorstellungen der Arbeitgeber gingen »von Einschnitten beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld, regional differenziert nach Kassenlage, über den Einstieg in die Arbeitszeitverlängerungen bis zu 42 Stunden bis hin zur Umwandlung von bis zu zwanzig Prozent des Einkommens für Leistungsbezahlung!« Kurt Martin kam dann zum Kernproblem: »Der größte Teil der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bezieht ein Bruttoeinkommen zwischen 1.500 und 2.000 Euro. Wer hier – unter dem Vorwand der Leistungsvergütung – bis zu 400 Euro abziehen will, zusätzlich noch das Urlaubs- und Weihnachtsgeld kürzen oder streichen will und dann außerdem noch die Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden verlängern will, der hat entweder keine Ahnung, wovon er redet, oder er fährt eine tarifpolitische Kamikaze-Strategie; vielleicht auch beides gleichzeitig, was eine besonders explosive Mischung ergibt.«

Die Forderungen der Länderregierungen nach Arbeitszeitverlängerung reihen sich ein in die von der rot-grünen Regierung beschlossenen Gesetze zur Deregulierung des Arbeitsmarktes (Aufweichung des Kündigungsschutzes, Kürzung des Arbeitslosengeldanspruchs, Abschaffung der Arbeitslosenhilfe usw.). Ermuntert wurden die Landesregierungen durch die Politik der Gewerkschaftsführungen gegenüber den Arbeitgeberverbänden, künftig weitere Öffnungen des Tarifvertrages zuzulassen, um eine vom SPD-Kanzler Schröder angekündigte gesetzliche Regelung »betrieblicher Bündnisse für Arbeit« zu verhindern. Jetzt nutzen die Unternehmerverbände und ihre politisch Verbündeten die sich zuspitzende Krise der öffentlichen Finanzen, um an einer anderen Front erneut die Gewerkschaften und die Beschäftigten anzugreifen und eine generelle Arbeitszeitverlängerung zu erzwingen.

Dass es sich bei dem Vorstoß der Länder um eine politische Offensive des gesamten Unternehmerlagers und ihrer Unterstützer in Länderregierungen und Bundesregierung handelt, muss auch Kurt Martin anerkennen: »Das, Kollegin-

nen und Kollegen, ist eine offene Kampfansage an alle Gewerkschaften. Das können wir nur als einen Generalanriff auf erkämpfte arbeitszeitpolitische Erfolge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften verstehen. Es ist ein Angriff auf einen Kernbestandteil der Tarifautonomie, auf einer Linie mit den Forderungen nach gesetzlichen Regelungen für die sogenannten »betrieblichen Bündnisse für Arbeit« und den altbekannten Forderungen nach noch weitergehender »Deregulierung« des Arbeitsmarktes. Darauf, so meine ich, sollten wir eine passende Antwort geben.«

Doch wie sieht eine »passende« Antwort aus? Der naheliegende Schritt, die öffentlichen Arbeitgeber insgesamt in Haftung zu nehmen und die Verhandlungen über die Prozessvereinbarung abzubrechen, blieb seitens der Gewerkschaftsführung aus. Am 2. April ließ der ver.di-Vorstand ebenfalls durch Kurt Martin an die Funktionäre melden: »Aber ich betone nachdrücklich, dass wir dennoch auf jeden Fall den Prozess der Neugestaltung (des Tarifrechts) mit all jenen fortsetzen werden, die weiterhin konstruktiv und zukunftsorientiert daran mitwirken wollen.« (Bundestarifkommission am 2.4.04)

Also weitermachen als »Arzt am Krankenbett des Kapitalismus«.¹⁾ Die bitteren Pillen hätten die Lohnabhängigen zu schlucken.

Vom nur-gewerkschaftlichen Kampf zur politischen Auseinandersetzung

Soll die bundesweit für den öffentlichen Dienst geforderte Verlängerung der Arbeitszeit auf 40/42 Stunden, abgewehrt

INHALT

»Durchbruchschlacht« für generelle AZ-Verlängerung . . .	1
Angriff auf die Arbeitszeit wird schärfer	4
Tarifrecht im öffentlichen Dienst - Prozessvereinbarung . .	5
Arbeitszeit und Flexibilisierung bei der Post	7
Zur Diskussion über eine neue Linkspartei:	
Mit alten Inhalten zu neuen Ufern?	10
Sozialdemokratie in Dänemark	12
Dokument:	
Frankfurter Appell gegen Sozial- und Lohnabbau . . .	14
Berlin: GEW, GdP und linkes Bündnis drohen mit dem	
Stimmzettel	15
Ein Leserbrief dazu	17
Nach den April-Aktionstagen um dem 1. Mai	17
Besprechung: Flugschrift Zur Krise des Sozialstaates . . .	21
Transnet-Gewerkschaftstag im November:	
Wird es ein Brennpunkt des Widerstandes?	22
Am Beispiel Hanau:	
Privatisierung = Enteignung von gesellschaftlichem	
Eigentum	25
Erster Kommentar zum IG-Metall-Siemens-Abschluss . . .	28
Lohntarifrunde Post: Ein bescheidener Erfolg	30
Gruppe Arbeiterstimme: Unser Seminar in Landshut . . .	31
Demagogie der Bildzeitung blieb ohne Antwort	32

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestocheu scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Leipzig:** »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Die Logik des Kapitals kann nicht unsere Logik sein

»Wir müssen länger arbeiten, wenn wir mehr Arbeitsplätze schaffen wollen. Die 40-Stunden-Woche ist der richtige Weg.« (FR 06.12.1999) Das forderte der damalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Olaf Henkel (IBM). (...) Die Funktionäre des Kapitals wollen also zurück zu den Wochenarbeitszeiten der 70er Jahre. Und das bei einer um das Vierfache gestiegenen Arbeitsproduktivität pro Arbeiterstunde.

Naive Gemüter, die die höhere Mathematik des Kapitals nicht beherrschen, schütteln den Kopf. Wenn die beschäftigten Arbeitskräfte länger arbeiten, braucht man doch weniger Arbeitsplätze und nicht mehr, oder? (...)

Die Logik des Kapitals ist ganz anders. Nehmen wir an, die Arbeitskräfte einer Heizkesselfirma haben nach drei Stunden Arbeit so viele Werte neu geschaffen, dass ihre Löhne daraus gedeckt werden können. Wenn der Arbeitstag von sieben auf acht Stunden verlängert wird, verlängert sich die Zeit, in der die Arbeitskräfte »unbezahlte Arbeit« leisten, also die Profite des Kapitals erzeugen. (...)

Die Profitraten steigen. Steigende Profitraten steigern die »Wettbewerbsfähigkeit« der Heizkesselfirma. Hier setzt ein vollautomatisierter Reflex ein. Das Kapital verspricht den LohnarbeiterInnen, dass gestiegene Profitraten zu einer steigenden Zahl von Arbeitsplätzen führen.

Der Konkurrenzvorteil kann dazu führen, dass die Heizkesselfirma ihren Umsatz auf Kosten der Konkurrenz ausdehnt und dadurch möglicherweise Neueinstellungen notwendig sind.

Wenn die Heizkesselfirma an Arbeitsplätzen gewinnt, was die Konkurrenz verliert, gibt es insgesamt in Deutschland keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Das wäre nur möglich, wenn alle Heizkesselfirmen in Deutschland gewinnen, was die ausländische Konkurrenz verliert. Für dieses nationalistische Ziel, die LohnarbeiterInnen der Konkurrenz arbeitslos zu machen, wollen die Henkels die LohnarbeiterInnen in Deutschland begeistern.«

aus: Rainer Roth, Nebensache Mensch S. 323f ♦

werden, bedarf es des Widerstandes aller Gewerkschaften und großer Teile der arbeitenden Bevölkerung!

Mit gewohnten gewerkschaftlichen Mitteln allein ist die stellvertretend von den öffentlichen Arbeitgebern begonnene Auseinandersetzung nicht durchzustehen.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske hat darauf hingewiesen, dass die öffentlichen Arbeitgeber für die gesamte Volkswirtschaft eine »Durchbruchsschlacht« für die Arbeitszeitverlängerung und die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche suchten. »Über die Dimension des Konfliktes, den die Arbeitgeber suchen, sollten keine Illusionen bestehen. (...) Die Beschäftigten sind gut beraten, sich auf die Auseinandersetzung entsprechend vorzubereiten.« (FR 02.04.04)

Der von Bsirske als »Durchbruchsschlacht« gekennzeichnete drohende Angriff der öffentlichen Arbeitgeber erfordert

1) Diese Kennzeichnung sozialdemokratischer Krisenpolitik als »Arzt am Krankenbett des Kapitalismus« wird zurückgeführt auf eine Rede Fritz Tarnows auf dem SPD-Parteitag 1931 in Leipzig. Dort sagte er: »Der Patient (d.i. der Kapitalismus in der Krise) selbst erbarmt uns gar nicht so sehr, aber die Massen, die hinter ihm stehen. Wenn der Patient röchelt, hungern die Massen draußen. Wenn wir das wissen und eine Medizin kennen, selbst wenn wir nicht überzeugt sind, daß sie den Pateinten heilt, aber sein Röcheln wenigstens lindert, so daß die Menschen draußen mehr zu essen bekommen, dann geben wir ihm diese Medizin und denken im Augenblick nicht so sehr daran, daß wir doch Erben sind und sein baldiges Ende (d.i. den Beginn des Sozialismus) erwarten.«

Wir danken allen,

die die Herausgabe der »Informationsbriefe« im letzten Jahr durch **Abonnement, zusätzliche Spenden** und/oder politische Beiträge unterstützt haben, an dieser Stelle ganz herzlich. Weiter so! Trotzdem sind wir zusätzlich auf weitere Spenden angewiesen. Wichtiger noch sind uns politische Beiträge und Kritik.

Die Redaktion, 20. Juni 2004

eigentlich eine Antwort, die über einen üblichen Lohntarifkampf hinausgeht. Das wäre eine politische Auseinandersetzung, in der die an den Staat gerichtete Forderung nach einer gesetzlichen Festschreibung der Arbeitszeit im Mittelpunkt steht und alle gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Machtmittel für dieses Ziel in Anwendung kommen. Diese Konsequenz zieht Bsirske nicht.

Gleich den sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorständen beschränkt sich sein politischer Kampf darauf, mit Hilfe der SPD (evtl. der Grünen) auf das Parlament und die Regierung einzuwirken. Deshalb unterschlagen die Gewerkschaftsvorstände auch gerne, dass der Angriff auf die Arbeitszeit auch von der SPD-Landesregierung in NRW und den Bundesministern Clement und Schily mitgetragen wird. Der Finanzminister von NRW, Jochen Dieckmann (SPD), formulierte dies folgendermaßen: »Die Grundrechenarten kennen kein Parteibuch.« (Handelsblatt 05.04.04)

In zahlreichen Branchen und Betrieben sind die Kollegen Angriffen ausgesetzt, die alle in die gleiche Richtung zielen. Mittels einer Arbeitszeitverlängerung soll der Lohn gedrückt sowie durch den zeitlichen Einsatz die Arbeitskraft völlig den Erfordernissen des Produktionsprozesses, der Auftragslage und Konjunktur untergeordnet werden. Die Taktik der Gegenseite dabei: Im schwächsten Bereich den Durchbruch erzwingen, um ihn dann ohne für das Geschäft schädliche Unruhe und ohne Gegenwehr flächendeckend einführen zu können. Unternehmerverbände, Bundesregierung und Länderregierungen bauen darauf, dass die Gewerkschaftsvorstände in ihrem praktischen Verhalten – das Klappern mit »radikalen« Reden gehört zum Handwerk – nicht den Konflikt, sondern die einvernehmliche Lösung anstreben.

Konsequenz: Es gilt dieser Taktik entgegenzutreten, indem wir die allen Einzelkonflikten zugrundeliegenden gemeinsamen Interessen der Beschäftigten und der Erwerbslosen zum Ausdruck bringen und alle Ansätze für ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen nutzen und ausbauen. Möglichkeiten vor Ort gibt es sicherlich. Wir sollten beispielsweise die Mitglieder der ver.di-Bundestarifkommis-

sion in unsere Versammlungen einladen und die örtlichen Gewerkschaftsvorstände auffordern, Zusammenkünfte der Betriebsräte und Vertrauensleute über Branchen- und Gewerkschaftsgrenzen hinweg zu organisieren. Auf denen können wir über die Möglichkeiten zur Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder, aber auch der nicht organisierten Beschäftigten diskutieren. Nur bei entsprechenden Aktivitäten, mit denen wir auch in die Öffentlichkeit gehen, werden wir wieder Aufmerksamkeit bei den Arbeitslosen finden und Ohnmacht sowie Resignation unter den Gewerkschaftsmitgliedern und Beschäftigten aufbrechen können.

Verbal haben andere Gewerkschaftsvorstände ihre Unterstützung zugesagt. Berthold Huber, der zweite Vorsitzende der IG Metall, äußerte: »Wenn ver.di sich in der Lage sieht, diese Auseinandersetzung – notfalls auch mit Streiks – aufzunehmen, werden wir das mit Solidaritätsaktionen unterstützen.« Der Widerstand gegen eine Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich liege im Interesse aller Gewerkschaften. (FR 10.04.04) Und DGB-Chef Sommer versprach ebenfalls: »Die Arbeitgeber müssen wissen, dass die Gewerk-

schaften zusammenstehen.« Wenn die andere Seite nicht von ihrer Position abrücke, werde es einen Großkonflikt geben. (SZ 03.04.04)

Die Gewerkschaftsvorstände behaupten, die politische Dimension des Angriffs zu kennen.

Doch werden sie sich der Herausforderung stellen oder versuchen den Konflikt als normalen Tarifpoker über die Bühne zu bringen? Bei all unserer Skepsis – nehmen wir die Gewerkschaftsvorstände beim Wort! Wir müssen die genannten praktischen Konsequenzen einfordern und den dazu notwendigen Druck entfalten. Denn sollten den Ankündigungen der Vorstände keine konkreten Schritte folgen, werden die abhängig Beschäftigten in der BRD zukünftig nicht nur länger arbeiten müssen. Alle Gewerkschaften würden weiter geschwächt werden. Die Bereitschaft der passiven Mitglieder, den Gewerkschaften den Rücken zu kehren, würde ebenso zunehmen wie die politische Orientierungslosigkeit unter den abhängig Beschäftigten. Dazu gehört, dass die Kluft zwischen den Beschäftigten und den schon Erwerbslosen noch größer wird. 24. Juni 2004 ■

Der Angriff auf die Arbeitszeit wird schärfer

Für das Kräfteverhältnis von Kapital und Gewerkschaft war die Auseinandersetzung um die Arbeitszeit immer von entscheidender Bedeutung. Die Länge des Arbeitstages bestimmt das Maß der Freizeit, die der Mensch für sich selbst hat, für seine Erholung, für seine Familie, für seine Bildung, nicht zuletzt für die politische Betätigung. Die Reduzierung der Arbeitszeit ist innerhalb kapitalistischer Verhältnisse vom Standpunkt der Lohnabhängigen der einzig sinnvolle Weg, um der wachsenden Arbeitsproduktivität und steigenden Massenarbeitslosigkeit etwas entgegenzustellen.

Für die Unternehmer dagegen ist die »Freisetzung« von Arbeitskräften nicht nur ein Erfordernis ihrer betriebswirtschaftlichen Rationalität; die disziplinierende Wirkung der Erwerbslosigkeit ist für sie zugleich ein Werkzeug für weitergehende Ziele im ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Raum. Hier sind in erster Linie die Senkung der Lohnkosten und die Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes nach Lage der Konjunktur zu nennen. Wenn schon Gewerkschaften, Betriebsräte, Vertrauensleute weiterhin akzeptiert werden, dann sollen sie für diese unternehmerische Konzeption wirkungsvoll und möglichst reibungslos eingesetzt werden können. Dies trifft bei den gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenorganisation viel zu oft auf sozialpartnerschaftliche Resonanz, gefördert noch durch die Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes oder Schließung des gesamten Betriebes.

Mit ihrem Streik von 1984 hat die IG Metall die 35-Stunden-Woche durchgesetzt. Sie wurde allerdings erst in mehreren Schritten realisiert, so dass sie in Hinsicht auf Senkung der Erwerbslosigkeit wirkungslos verpuffte. Innerbetriebliche Rationalisierungsmethoden führten vielmehr zu Arbeitsverdichtung, so dass Arbeitszeitverkürzung als Mittel des Rationalisierungsschutzes und der gerechten Verteilung von Arbeit auf viele Schultern an Glaubwürdigkeit einbüßte. Im letzten Jahr verlor die IG Metall die Auseinandersetzung um die Angleichung der Arbeitszeit im Osten, der sie mit ihren in den neuen Ländern vorhandenen Ressourcen nicht

gewachsen war. Im Westen fehlte die erforderliche Geschlossenheit und Unterstützung. Im Frühjahr 2004 konnte die IG Metall Maximalforderungen der Unternehmer nach einer generellen Öffnungsklausel zur Verlängerung der Arbeitszeit zurückweisen, machte jedoch Zugeständnisse bei der Ausweitung der Ausnahmeregelungen.

Bereits in den neunziger Jahren haben einige Westländer (vgl. Kasten) die Arbeitszeit für ihre Beamten auf 40 Stunden heraufgesetzt. Die Gewerkschaft wurde erst wach, als die hessische Landesregierung im Herbst 2003 nicht nur nachzog, sondern ausdrücklich erklärte, sie wolle für ihre Tarifräfte eine Angleichung durchsetzen. Gleichzeitig verkündete sie ein radikales Programm zur Streichung von 9.750 Stellen im Landesdienst – wobei auch betriebsbedingte Entlassungen nicht mehr auszuschließen seien – und von Fördermitteln für soziale Einrichtungen. Trotz der Demonstration in Wiesbaden verschärfte sie Zug um Zug ihre Vorgehensweise, die in dem Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) ihren vorläufigen Höhepunkt fand. In einem Schreiben an die »lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter« vom 2. April 2004 ließ Koch, Hessens CDU-Ministerpräsident, formulieren: »Mit Schreiben vom 22. Dezember 2003 haben wir unseren Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) erklärt. Dieser wird mit Ablauf des ersten Quartals 2004 wirksam. Wie Sie der Presse entnehmen konnten, haben die Ministerpräsidenten der Länder am 25. März 2004 beschlossen, dass der Tarifvertrag über die Arbeitszeit der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst (West) gekündigt werden soll. Diese Kündigung wurde zwischenzeitlich von der Tarifgemeinschaft der Länder vollzogen. Sie wird am 1. Mai 2004 und im Waldarbeiterbereich am 1. Juli 2004 wirksam. Damit sind wichtige Forderungen von uns an die TdL zwar erfüllt, wir haben aber dennoch beschlossen, die TdL zu verlassen. Wir erhoffen uns davon eine schnellere Verwirklichung unseres Zieles, Angestellte und Arbeiter mit Beamten in den Fragen von Arbeitszeit und Sondervergütungen künftig gleichbehandeln zu können. Wir werden als

Arbeitgeber selbst mit den zuständigen Gewerkschaften über eine Arbeitszeitverlängerung reden. Die Angleichung an die Wochenarbeitszeit für Beamte wird Vorbedingung für Vergütungs- und Lohnerhöhungen in der für 2005 anstehenden Lohnrunde sein.»

Die Koch-Regierung plant also nicht nur einen hessischen Alleingang, sie will zugleich mehr Druck und Tempo in die generelle Auseinandersetzung um die Arbeitszeit bringen. Es ist nicht wahr, wenn die Gewerkschaft ver.di nur die Bundesländer mit CDU/CSU-geführten Regierungen als verantwortlich hinstellt. Nicht nur Bayern, sondern auch Nordrhein-Westfalen hat sich diesen Kurs zu eigen gemacht. **Alle Länder** haben den Ausstieg aus der 38,5-Stunden-Woche beschlossen und die Arbeitszeitregelungen gekündigt. Alle haben das Interesse, den Druck der leeren Kassen (Folge der

Steuerbefreiungen für Unternehmen und große Vermögen) auf Beschäftigte und Erwerbslose abzuwälzen.

Unklar ist derzeit noch, wie sich die **Kommunen** und der **Bund** positionieren werden. Minister Schily ist für Arbeitszeitverlängerung, möchte sie aber im Konsens mit ver.di. Die Kommunen haben andere Interessen. Als schwächste Ebene der Verwaltungshierarchie wollen sie einen Großkonflikt mit der Gewerkschaft vermeiden. Er würde hauptsächlich in ihrem Bereich ausgetragen und zudem ihre Abhängigkeit von Bund und Ländern noch verschärfen. Die Vielfältigkeit der Arbeitsprozesse bei den Gemeinden und Kommunalverbänden verlangt nach anderen, differenzierten Lösungen. Eine 40-Stunde-Woche könnte in der Müllentsorgung sinnvoll sein, während in Krankenhäusern die Regelung des Bereitschaftsdienstes Vorrang hat. 20. Juni 2004 ■

■ VERSCHLECHTERUNGEN FÜR BESCHÄFTIGTE IM GEWAND DER »MODERNISIERUNG«

Tarifrecht im öffentlichen Dienst soll neu gestaltet werden – die Prozessvereinbarung

Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst meint in erster Linie die Vereinheitlichung des Tarifrechts für Angestellte (Bundes-Angestelltentarifvertrag: BAT, BAT-O) und Arbeiter (Bund und Länder: Manteltarifvertrag für die Arbeiter und Arbeiterinnen des Bundes und der Länder: MTArb, MTArb-O; Bundesmanteltarifvertrag für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gemeinden und Kommunalverbände: BMT-G, BMTG-O).

Das Ergebnis soll ein einziger Manteltarifvertrag (Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst: TVÖD) für Arbeiter und Angestellte mit gleichen Arbeitsbedingungen und Bezahlung für beide Beschäftigtengruppen, die Abkopplung vom Beamtenrecht sowie die Angleichung von Ost und West sein.

Auch wenn dies überfällig ist: Das Vorhaben ist gefährlich, weil

1. ver.di den öffentlichen »Arbeitgebern« sehr weit entgegenkommt, wie ja schon die frühere ÖTV die Privatisierung und Flexibilisierung von Bereichen des Öffentlichen Dienstes »mitgestaltet« hat,

2. der Verhandlungsprozess weitgehend abgeschlossen verläuft, da weder die Basis Öffentlichkeit des Verfahrens einfordert noch die unmittelbar beteiligten Funktionäre dies von sich aus – wen wundert's – organisieren. Wenn die Gewerkschaft nicht mobilisiert, können ihre Verhandlungsführer nicht viel Gewicht in die Waagschale werfen. Den wenigen, einsehbaren Texten aus den Arbeitsgruppen ist dies deutlich anzumerken.

Bestrebungen zu einem einheitlichen Tarifrecht für Arbeiter und Angestellte gibt es seit den siebziger Jahren, nun soll ernst gemacht werden. Im Zusammenhang mit der letzten Tarifrunde im öffentlichen Dienst 2002/2003 wurde am 9. Januar 2003 die so genannte **Prozessvereinbarung** unterschrieben (man kann davon ausgehen, dass sie von vornherein als Zugeständnis von der ver.di-Führung geplant war, um die Lohnrunde einigermaßen glimpflich zu bestehen). In dieser Vereinbarung wurde grob festgelegt, in welcher Weise und mit welchen Zielen ein neuer Tarifvertrag gestaltet werden soll. Das Verfahren ist sehr kompliziert und bürokratisch. Es gibt auf Bundesebene folgende Arbeitsgruppen:

vier **allgemeine Gruppen** (Mantelbestimmungen, Arbeitszeit, Entgelt/Leistung, Eingruppierung) und

fünf **Gruppen für bestimmte Sparten**, die spezifische Regelungen bekommen sollen (Verwaltung, Krankenhäuser, Sparkassen, Flughäfen, Entsorgung).

In jeder dieser Gruppen sitzen je ein Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden und drei ver.di-Funktionäre.

Folgende Bereiche sollen neu geregelt werden

- **Allgemeiner Teil und Spartentarifverträge:** Im Prinzip gibt es das schon mit den Sonderregelungen zu den bisherigen Manteltarifverträgen, soll aber auf die oben genannten Sparten ausgeweitet und noch stärker entkoppelt werden. Andere, insbesondere der so genannte mittelbare öffentliche Dienst, fallen dann ganz 'raus. Die Gefahr dabei ist, dass auf schwach organisierte Bereiche (z. B. soziale Dienste und Sozialversicherungen) noch weniger Rücksicht genommen wird. Das bedroht nicht nur diese Gruppen, sondern das Tarifniveau insgesamt. Das Vorbild dafür sind zwei Spartentarifverträge, die es erst seit wenigen Jahren gibt, nämlich der Tarifvertrag Versorgungsbetriebe (bundesweit) und der Tarifvertrag Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen (nur für diesen Landesbezirk).
- **Eingruppierung:** Die bisher ca. 17.000 Tätigkeitsmerkmale im BAT und in den Lohngruppenverzeichnissen für Arbeiter sollen überarbeitet und neu gefasst werden. Für beide Gruppen soll es ein einziges Verzeichnis mit den heutigen Arbeitsverhältnissen angepassten Bezeichnungen und Regeln geben. Die »Arbeitgeber« wollen dies natürlich benutzen, um Entgelte zu senken, Bewährungs- und Zeitaufstiege abzuschaffen und Leistungskriterien einzuführen. Ein weiteres Anliegen ist die regionale Flexibilisierung von Eingruppierungen. Im Prinzip stimmt ver.di allem zu, möchte aber Sicherungen einbauen, damit es nicht zu weit auseinander läuft.
- **Entgelttabelle:** Die bisherigen acht Entgelttabellen (Angestellte Bund/Länder, Angestellte Gemeinden, Pflegedienst, ArbeiterInnen, jeweils West und Ost) im öffentlichen Dienst sollen durch eine einzige ersetzt werden. Das

Die Prozessvereinbarung ...

Das Chorwerk »Prozessvereinbarung für die Tarifverhandlungen zur Neugestaltung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes (TVöD)« entstand im Januar 2003, nach längerem Vorlauf, im Rahmen der Tarifschlichtung zu Lohn und Gehalt im Öffentlichen Dienst, dem sog. »Potsdamer Abschluss«. Das Dokument als Ansammlung von Leerformeln, hohlen Begriffen und Unternehmerjargon, die mittlerweile auch gewerkschaftsfähig geworden sind, ist bemerkenswert:

»[...] Das neu zu gestaltende Tarifrecht des öffentlichen Dienstes verlangt Einheitlichkeit und Differenzierung. Das bedingt allgemeine Regelungen und bedarfsorientierte, spartenspezifische Regelungen. Bei der Neugestaltung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes (TVöD) lassen sich die Tarifvertragsparteien von folgenden wesentlichen Zielen leiten:

- *Stärkung der Effektivität und Effizienz des ÖD*
- *Aufgaben- und Leistungsorientierung*
- *Kunden- und Marktorientierung*
- *Straffung, Vereinfachung und Transparenz*
- *Praktikabilität und Attraktivität*
- *Diskriminierungsfreiheit*
- *Lösung vom Beamtenrecht*
- *einheitliches Tarifrecht für Angestellte und Arbeiterinnen/Arbeiter*

Die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes weisen darauf hin, dass auf Grund der Finanzlage der öffentlichen Haushalte dem Gebot der strikten Kostenneutralität Rechnung zu tragen ist. Die Intention der Neugestaltung des Tarifrechts beinhaltet auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Wirtschaft. ver.di will das Tarifrecht für die Beschäftigten attraktiver gestalten. [...]«

ist grundsätzlich richtig, die Gefahr dabei ist jedoch dieselbe wie bei der Eingruppierung. Außerdem sind die in der Bezahlung vorgesehenen Leistungskomponenten umstritten: ver.di möchte sie »on Top« (d.h. zusätzlich oben drauf) gezahlt haben, die »Arbeitgeber« wollen das garantierte Einkommen zunächst senken und bisherige Entgeltbestandteile auf Zahlung nach Leistung umstellen. ver.di ist grundsätzlich bereit, einen Niedriglohnsektor zu akzeptieren, wenn er tarifvertraglich abgesichert wird.

- **Weitere Veränderungen in der Bezahlung:** Zuwendung und Urlaubsgeld sollen in einem (leistungsabhängigen?) Betrag zusammengefasst werden, der nach ver.di-Vorstellung »nahe bei 100 Prozent eines Monatsregelentgeltes« liegen soll. Familienbezogene Vergütungs- und Lohnzuschläge wollen die »Arbeitgeber« ganz abschaffen, ver.di will sie in die Tabelle einbeziehen, um jüngere Tarifbeschäftigte besser zu bezahlen (also nach Leistung, nicht nach Familienstand).
- **Kündigungsschutz:** ver.di stimmt der Aufhebung der Unkündbarkeit älterer Tarifbeschäftigter zu, wenn im Gegenzug Befristungen (Sonderregelung 2y im BAT) nur noch mit sachlicher Begründung (nicht kalendermäßige Befristung) vorgenommen werden dürfen. Im Übrigen soll die Kündigungsfrist allgemein vier Wochen zum Monats-

... und innergewerkschaftliche Reaktionen

Nach bekannt werden dieser Vereinbarung gab es nur wenig Protest, etwa im Bezirk Stuttgart, der u.a. schrieb: »Die Prozessvereinbarung zur Ablösung des BAT und der entsprechenden ArbeiterTV zugunsten von rechtlich selbstständigen Spartenarbeitsverträgen, die markt- und leistungsorientiert sowie kostenneutral bis zum Ende der Laufzeit des Tarifvertrages umgesetzt werden soll, widerspricht unseren demokratischen Strukturen, weil die innergewerkschaftliche Diskussion zur Änderung des öffentlichen Tarifrechts in ihren Anfängen abwürgt und ad absurdum geführt wird: Sie legt eine Richtung fest, die der bisherigen Beschlusslage [...] widerspricht. Kostenneutralität bedeutet, dass durch einen neuen Manteltarifvertrag Beschäftigte mehr und andere weniger verdienen werden. Besonders gefährlich sind aus unserer Sicht die möglichen mittel- und langfristigen Wirkungen dieses Abschlusses. Die These, dass durch Streik nicht mehr hätte erreicht werden können, halten wir für falsch [...] Wir befürchten, dass [...] eine zumindest vorläufige Richtungsentscheidung für politische Anpassung getroffen wurde.«

Die große Mehrheit der Funktionärinnen und Funktionäre nahm die »Prozessvereinbarung« nicht zur Kenntnis, von den »normalen« Mitgliedern ganz abgesehen. Es gab und gibt soviel Probleme in den Betrieben und Dienststellen, dass man eh kaum weiß, wo einem der Kopf steht und dann noch einen weiteren »Prozess« vereinbaren und verfolgen? Die Informationen für die Masse der Aktiven waren spärlich. Ich habe es erlebt, dass ehrenamtliche Funktionsträger die »Prozessvereinbarung« noch Monate später für Verfahren vor Arbeitsgerichten hielten. Zu dieser Zeit hatten Arbeitgeber und ver.di schon fast ein halbes Jahr verhandelt bzw., um es exakt auszudrücken, »sondiert«. Es war und ist ja alles ergebnisoffen. (entnommen aus: »berlin von unten«, Nr. 7, Mai 2004)

ende sein, die längeren Kündigungsfristen nach § 622 Abs. 2 BGB sollen nur arbeitgeberseitig gelten.

- **Arbeitszeit:** Wie allgemein bekannt, wollen die Arbeitgeber die Arbeitszeit verlängern, nach Gutdünken flexibilisieren und Überstundenzuschläge abschaffen (Arbeitszeitkorridore von bis zu zwölf Stunden täglich). Auch hier lässt sich ver.di im Prinzip darauf ein. Verdi fordert außerdem die Angleichung der Arbeitszeiten für West und Ost sowie die Neuregelung des Bereitschaftsdienstes. Für eine Arbeitszeitverlängerung – so stellt die Bundestarifkommission von Verdi fest – gibt es kein Verhandlungsmandat.
- **Spezielle Manteltarifbestimmungen:** Hier geht es um Führungsaufgaben auf Zeit, Rechtsanspruch auf Qualifizierung, Öffnungsklauseln für so genannte Not- bzw. Härtefälle (also Abweichungen vom Tarifvertrag nach unten), Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Kündigungsschutz.

Soweit im Groben die Darstellung der einzelnen Sachfragen. Es geht aber nicht nur um »Sachfragen«, gerade dort nicht, wo der Teufel im Detail sitzt. Das Gerede um die »Modernisierung« verschleiert die Interessen. Das Hauptinteresse der Arbeitgeber ist – wie in der Privatwirtschaft – die Kostensenkung. Dies setzen sie ggf. brutal durch, wie das

Verhalten gegenüber den Beamten zeigt: Per Verordnung wird dieser Beschäftigtengruppe eine Arbeitszeitverlängerung aufgedrückt, die dann aus Gründen der »Gerechtigkeit« für alle durchgesetzt werden soll. Sie behaupten: Es ist kein Geld da, deshalb muss »gespart« werden. Dieses »Sparen« geht auf Kosten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Menschen, die die Leistungen des öffentlichen Dienstes in Anspruch nehmen.

Diese Behauptung des Sparzwangs ist leicht zu widerlegen, nur geschieht das zu selten. Die Finanzmisere in den öffentlichen Haushalten ist die Folge einer Steuerpolitik, die die Interessen der Konzerne, sonstigen Unternehmen und großen Vermögen in den Vordergrund rückt. Hierzu gibt auch ver.di entsprechendes Material heraus (www.wipo.verdi.de). In den Tarifverhandlungen spielt diese Erkenntnis jedoch keine Rolle. Wenn aber die Gewerkschaft sich den Vorgaben einer Steuerentlastungspolitik für Unternehmen und Reiche fügt, kann sie bei Tarifverhandlungen nicht viel herausholen.

In der Tagung der ver.di-Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst am 15./16. März in Magdeburg wurde Bilanz gezogen. Inzwischen waren bekannt: 1. der Austritt Hessens aus der Tarifgemeinschaft der Länder, 2. die Kündigung der Arbeitszeitregelung in BAT und MTArb durch eben jene TdL, die für die Tarifbeschäftigten der Länder gilt.

■ BERICHT AUS BERLIN

Arbeitszeitverlängerung und Flexibilisierung am Beispiel der Post

Die Diskussion über die Kündigung des Arbeitszeit-Tarifvertrages durch die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) greift zu kurz, wenn sie sich auf die Frage der Arbeitszeiterhöhung konzentriert. Die Arbeitgeber haben nicht nur die Teile des Tarifvertrages gekündigt, die sich auf die Länge der Arbeitszeit beziehen, sondern alle Arbeitszeitbestimmungen in den Tarifverträgen West. Neben der wöchentlichen Arbeitszeit sollen der Überstundenbegriff, die Regelungen zum Bereitschafts- und Rufbereitschaftsdienst sowie zur Arbeit an Samstagen und Vorfesttagen neu geregelt werden. Es sollen alle Bestimmungen fallen oder geschwächt werden, die bisher den Einsatz der Beschäftigten über die vereinbarte Wochenarbeitszeit innerhalb einer Fünftageweche erschwert haben. Mit den finanziellen Nachteilen, die damit für die Beschäftigten verbunden sind, werden auch die örtlichen Mitbestimmungsrechte von Personalräten drastisch eingeschränkt werden.

Was die Arbeitgeber über eine Verlängerung der Arbeitszeit anstreben, kann am Beispiel der Post aufgezeigt werden. Hier gilt laut Tarifvertrag nach wie vor die 38,5-Stunden-Woche. Trotzdem gibt es mittlerweile eine Vielzahl von Sonderregelungen, die diese Bestimmung aufweichen

Unterschiedliche Formen der Flexibilisierung

Einen ersten Schritt in die Richtung gab es bereits Mitte der 90er Jahre, als in den Briefzentren die Überstundenzuschläge abgeschafft wurden. Überzeit wurde nur noch auf Arbeitszeitkonten verbucht. Zwar gibt es in dem Tarifvertrag klare Regelungen darüber, bis zu welcher Grenze es Überstunden

Damit haben die Länder einen Kurswechsel vollzogen, indem sie nun auf demonstrative Härte statt auf Weichklopfen in den Verhandlungen setzen. Das »Handelsblatt« beklagte, dass mit diesem Vorgehen die Chance für die Einigung mit der Gewerkschaft über ein »modernes« Tarifrecht vergeben würde. Die Bundestarifkommission bekräftigte aber schon, dass sie weiter mit dem Bund und den Kommunen verhandeln wird. ver.di-Vorsitzender Bsirske drohte zwar mit einem Großkonflikt. Bisher aber wurde – trotz Ablaufs der Friedenspflicht – noch nichts unternommen.

Ob ver.di in der jetzigen Verfassung überhaupt in der Lage ist, einen solchen Konflikt durchzuführen und zu bestehen, ist durchaus zweifelhaft, da die stärksten streikfähigen Betriebe (Nahverkehr, Entsorgung) im Arbeiterbereich der Kommunen liegen. Diese müssten mobilisiert werden, da auch sie früher oder später betroffen sind. Die Erfahrung mit dieser Gewerkschaft zeigt aber eher: Vor der nächsten Tarifrunde, in der auch diese Bereiche einbezogen sind, dürfte nichts laufen. Die ver.di-Führung hat den Mund voll genommen, ohne weitere Konsequenzen zu ziehen. Bisher lief lediglich eine Mitgliederkampagne nach dem Motto: »*Tritt schnell ein (bis zum 30. April), dann profitierst du wenigstens noch von der Nachwirkung.*«

9. Mai 2004 ■

oder aber Minusstunden geben darf und in welchem Zeitraum das Arbeitszeitkonto die Nulllinie erneut überschreiten muss, doch hinsichtlich der Anordnung von Überstunden oder der Verkürzung der Arbeitszeit gibt es in den einzelnen Briefzentren die unterschiedlichsten Regelungen. In Leipzig etwa hat der Betriebsrat auf nahezu alle Mitwirkungsrechte verzichtet. Dort wird je nach Betriebslage von der Abteilungsleitung oder den Aufsichten kurzfristig Mehrarbeit angeordnet oder es werden die Beschäftigten nach Hause geschickt.

Als die Post sich Ende der 90er Jahre entschlossen hatte, den gesamten Fahrdienst zu privatisieren, handelte die Postgewerkschaft einen Kompromiss aus, der eine verzögerte Umsetzung dieser Entscheidung vorsah. Ein Teil der bisher von Beschäftigten der Post geleisteten Fahrten wurde zunächst nicht fremdvergeben. Da insgesamt die Fahrdienstleistungen aber nun allein unter Kostengesichtspunkten betrachtet wurden, gab es für Vollzeitbeschäftigte zunehmend gespaltene Dienste. Fünf Stunden am Morgen wurde die Post von den Briefzentren zu den Zustellbezirken transportiert und am späten Nachmittag gab es dann noch drei Stunden Kastenleerung. Die Arbeitszeiten waren nicht an allen Tagen gleich, so dass längere Arbeitszeiten (bis zu zehn Stunden) kürzere an folgenden Tagen ablösen konnten. Die Beschäftigten mussten so häufig Abwesenheitszeiten von 12 bis 14 Stunden von zu Hause hinnehmen. Da die meisten Briefzentren der Post weit außerhalb der größeren Städte liegen, konnten zwischendurch nicht einmal alltägliche Besorgungen erledigt werden. Viele solcher Dienstpläne sind noch heute in Kraft.

Im Jahre 1999 verabredete der Vorsitzende der Postgewerkschaft, Kurt van Haaren, quasi im Alleingang mit der Unternehmensleitung, die Tariflöhne um ca. 30 Prozent zu senken. Die bisher bei der Post Beschäftigten erhalten seitdem als Ausgleich zu dem Einkommensverlust eine Besitzstandszulage, die ihnen den früheren Lohn sichert. Als Aus-

gleich für das Entgegenkommen der Gewerkschaft verzichtete die Post auf die Fremdvergabe von etwa 3.900 Zustellbezirken in der Briefzustellung und damit auf die Kündigung der betroffenen Beschäftigten. Ferner sagte sie zu, dass zukünftig die tatsächlich geleistete Arbeitszeit der Zusteller erfasst werde. Überstunden sollten aufgeschrieben und wenigstens in Freizeit abgegolten werden. Damit konnten die aus dem Beamtenrecht her kommenden Regelungen, die laut Tarifvertrag auch für die nicht beamteten Zusteller galten, außer Kraft gesetzt werden. Bisher war die Arbeitszeit erst beendet, wenn alle Briefe zugestellt worden waren. Vor der Privatisierung der Post war diese Regelung für die Zusteller kein Problem, da nur selten Überstunden anfielen. Doch obwohl die Erklärung von Kurt van Haaren und der Unternehmensspitze in dieser Frage eindeutig war und im neuen Tarifvertrag die Grenzen zwischen Normalarbeitszeit und Überzeit eindeutig geklärt waren, weigerten sich die Niederlassungsleiter die Überzeit anzuerkennen. Nur in zwei oder drei Briefzentren ist es bisher den Betriebsräten gelungen, Betriebsvereinbarungen zu Fragen der Überzeit bei den Zustellern durchzusetzen. Doch auch hier müssen sich die Zusteller individuell entscheiden, ob sie nach diesem Modell arbeiten wollen oder die alten Regelungen für sie als Grundlage der Arbeitszeiterfassung gelten sollen. Auch müssen die Überstundenzuschläge, die nach dem neuen Tarifvertrag den Zustellern zustehen, individuell eingeklagt werden. Die meisten Betriebsräte hätten ähnliche Abreden mit ihren Niederlassungsleitern treffen können, da die Mitbestimmungsrechte ihnen in dieser Frage eine starke Position verschaffen. Sie zogen aber eine einvernehmliche, arbeitgebernahe Lösung einer langfristigen stressigen Auseinandersetzungen vor. Welche Ergebnisse eine solche allein auf die Einflüsterungen des Arbeitgebers hörende Dienstbeflissenheit zeitigen kann, zeigt das Beispiel eines Betriebszentrums. Hier ist zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung vereinbart worden, dass jeder Zusteller eine ihm persönlich zugeordnete Abrufkraft immer dann anfordern kann, wenn er sieht, dass er seine Sendungen nicht zeitgerecht zustellen kann.

Verlängerung der Arbeitszeit auf einzelvertraglicher Basis

Mit dem sog. Beschäftigungspakt 2003, der für die KollegInnen der Post den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 2008 festschrieb, vereinbarte die Postgewerkschaft in ver.di als Kompensation für die Zusage des Unternehmens, auf Entlassungen befristet zu verzichten, dass bis 2006 Heilig Abend und Silvester wieder zu normalen Arbeitstagen werden. Für die, die an diesen Tagen bisher arbeiten müssen, bedeutet dies den Verlust eines Freizeitausgleichs. Diejenigen, die nicht arbeiten müssen, haben jetzt unbezahlte Mehrarbeit an anderen Tagen zu leisten. Die beiden freien Tage waren vor Jahren als eine Wochenarbeitszeitverkürzung über die 38,5-Stunden-Woche hinaus vereinbart worden.

Mit dem Beschäftigungspakt hatte die Postgewerkschaft auch zugestanden, dass es auf der Basis einzelvertraglicher Abmachungen für die Zusteller möglich ist, ihre wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 48 Stunden auszudehnen. Zwar kann kein Beschäftigter gezwungen werden, seine Arbeitszeit zu erhöhen, doch die Post ist dabei, die Freiwilligkeit zu erzwingen. Sie macht derzeit Druck auf die Abteilungsleiter Auslieferung, eine bestimmte Quote von Mehrarbeitenden



Streikversammlung im Berliner Briefverteilzentrum 10 (siehe auch den Artikel zur Lohn-Tarifrunde auf Seite 29)

sicherzustellen. Für die Zusteller ist die Mehrarbeit z.T. durchaus attraktiv. Sofern sie nach dem neuen Tarifvertrag bezahlt werden und über keine Besitzstandszulage verfügen, bedeutet Mehrarbeit eine Erhöhung ihres Einkommens. Und viele Zusteller, die über die Sicherungsklauseln ihren alten Lohn weiter bekommen, argumentieren, dass mit der Mehrarbeitsvereinbarung auch ihre tägliche Überzeit finanziell abgegolten wird. Dass sich auch das zu bewältigende Arbeitsvolumen erhöht, wird außer Betracht gelassen. Für Betriebsräte, die der Ausdehnung der Arbeitszeit ablehnend gegenüberstehen, gibt es kaum Möglichkeiten, den vertraglichen Abmachung zwischen Zustellern und Arbeitgebern zu widersprechen. Auch hilft eine klassische gewerkschaftliche Argumentation hier nur wenig, da der Tarifvertrag ja mit Zustimmung der Gewerkschaft geöffnet wurde.

Angriffe auf Arbeitszeitregelungen auf allen Ebenen

Auch bei den Auszubildenden ist es der Post gelungen, Souveränität über die Arbeitszeitgestaltung zurückzugewinnen. In einem jüngst mit der Gewerkschaft abgeschlossenen Tarifvertrag ist neben der Senkung der Auszubildendenvergütung auch festgeschrieben worden, dass Auszubildende, die das 18. Lebensjahr überschritten haben, auch samstags eingesetzt werden können. Der Widerstand der Gewerkschaft verpuffte, weil der Arbeitgeber nachweisen konnte, dass in nahezu allen Briefzentren eine solche Verabredung zwischen Niederlassungsleitung und Betriebsrat bereits besteht. Auch hier haben Betriebsräte von ver.di gegen den eindeutigen Wortlaut des Tarifvertrages gehandelt.

Weitere Verschlechterung der bisherigen Arbeitszeitregelungen versucht die Post derzeit mit den zwei anderen ehemaligen Staatsunternehmen Telekom und Postbank durchzusetzen. Sie möchten mit einem speziellen Gesetz für die Beamten dieser drei Unternehmen erreichen, dass nicht nur der Anspruch auf Weihnachtsgeld gänzlich wegfällt und durch eine in der Entscheidungsgewalt des Unternehmens liegende Leistungsprämie ersetzt wird. Sie möchte die Beamten zukünftig im gesamten Unternehmen einsetzen, also auch in den Bereichen, die nicht durch Alttarifverträge teilweise geschützt sind. Dort gelten hinsichtlich Arbeitszeit und Mitbestimmungsrecht deutlich schlechtere Bedingungen als im Kernbereich des Unternehmens. Ferner sollen die Beamten auch niederwertig eingesetzt werden, d.h. eine Bürokräftkraft muss dann auch als Zusteller arbeiten. Die Bundesregierung hat sich dem Vorstoß der Unternehmen gegenüber aufgeschlossen gezeigt. Sollten deren Wünsche gesetzlich festgeschrieben werden, ist es nur noch eine Frage der



Zeit, wann diese Bestimmungen auch für die Tarifkräfte übernommen werden.

Wie weit die Aufhebung der bisherigen Arbeitszeitregelungen bereits fortgeschritten ist, zeigen weitere Beispiele, die hier nur kurz erwähnt werden sollen:

- ◆ Beschäftigte der Postfilialen werden in Einzelfällen an andere Arbeitgeber ausgeliehen. Die Post sichert zwar den bisherigen Lohn zu, die Arbeitszeitregelungen entsprechen aber den Bedingungen, die beim neuen Arbeitgeber herrschen. Und die sind in der Regel schlechter als bei der Post.
- ◆ Die Post diskutiert derzeit mit einigen Betriebsräten über Jahresarbeitszeitmodelle bei der Infopost. Dabei sollen nicht nur jahreszeitlich unterschiedliche Wochenarbeitszeiten gelten, es soll auch noch eine generelle Verfügbarkeit über diese Wochenarbeitszeiten geben.
- ◆ Nach wie vor ist es in einigen Briefzentren üblich, dass bei weiterreichenden Rationalisierungsmaßnahmen die Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten reduziert wird.

Schwächung der Gewerkschaft – Stärkung der Betriebsräte

Die aufgeführten Punkte belegen, dass die Arbeitgeber nicht nur an einer Verlängerung der Arbeitszeit interessiert sind. Ebenso wichtig für sie ist es, die Arbeitszeit weiter zu flexibilisieren und den jeweils konkreten Produktionsbedingungen anzupassen. Dies kommt der Postgewerkschaft in ver.di entgegen. Sie möchte – selbst um den Preis weitreichender Zugeständnisse – die 38,5-Stundenwoche erhalten, weil sie ihren größten tarifpolitischen Erfolg der letzten Jahrzehnte darstellt. Mitte der 80er hatte sie große Mühe, ihre Funktionäre und Mitglieder von der Richtigkeit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu überzeugen. Sollten die Arbeitgeber einen generellen Angriff auf die 38,5-Stunden-Woche starten, so die Befürchtung der zuständigen Gremien, werden sie die Mitglieder kaum zu einer aktiven Gegenwehr mobilisieren können. Und scheitert dann die Verteidigung der bisherigen Arbeitszeitregelung, würde dies von den Beschäftigten als Niederlage der Gewerkschaftsführung empfunden und den Einfluss der Gewerkschaft unter den Postlern weiter schwächen.

Die Postgewerkschaft/ver.di Fachbereich 10 versucht die 38,5-Stunden-Woche zu verteidigen, indem sie einer Vielzahl von Öffnungsklauseln zustimmt. Sie relativiert damit die Bedeutung der bisherigen Arbeitszeitregelungen und schafft sich dadurch, dass sie den Betriebsräten einen immer größeren Spielraum für die Umsetzung der Arbeitszeitregelungen gewährt, einen Gegenpol im eigenen Lager. Wie sehr

mittlerweile die Betriebsräte der Gewerkschaft aus dem Ruder laufen, haben die obigen Beispiele über die Arbeitszeitregelungen bei den Zustellern gezeigt: Fortschrittliche von der Gewerkschaft durchgesetzte Regelungen werden von einem Teil der Betriebsräte unterlaufen, um ein friedliches Nebeneinander mit den »eigenen« Unternehmensleitungen beizubehalten. Immer stärker bestimmen sie die Handlungsspielräume der Gewerkschaft. Aus den örtlichen Gewerkschaftsgruppen sind derzeit keine Aktivitäten erkennbar, die versuchen, die Betriebsräte auf die von der Gewerkschaft abgeschlossenen Tarifverträge festzulegen. Stärkere Kritik an den Vorständen ist ebenso wenig erkennbar.

Wohin die alte ÖTV in ver.di marschiert, lässt sich derzeit gut an den Verhandlungen mit der Lufthansa ablesen. Dort verkündigt der zuständige Sekretär Kühnhirt mit stolz geschwollter Brust: »Wir sind mit dem Unternehmen einig, dass die reine Arbeitszeitverlängerung nicht der richtige Weg ist, sondern wir sind für flexible Arbeitszeitmodelle, die der jeweilige Geschäftslage gerecht werden. Außerdem reden wir mit der Lufthansa über eine Tarifreform.« Der bisher einheitliche Tarifvertrag für die Bereiche Technik, Passage, Fracht und Bordversorger soll differenziert werden. Hier gibt die Gewerkschaft auf, was Jahrzehnte lang Bestandteil gewerkschaftlichen Selbstverständnisses war: soweit wie möglich einheitliche Bedingungen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft herzustellen, um eine Spaltung der Beschäftigten in unterschiedlichste Gruppen zu verhindern.

Die Abwehr organisieren

Wenn gegenwärtig in der gewerkschaftlichen Linken in Berlin über eine Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung diskutiert wird, so spiegelt sich das Wünschenswerte wider. Und in einer längerfristigen Strategie der Gewerkschaften sollte der generellen Arbeitszeitverkürzung eine wichtige Rolle zufallen. Doch nimmt man die betriebliche und gewerkschaftliche Realität als Maßstab, so fehlen gegenwärtig die Voraussetzungen, um eine solche Forderung in die laufenden Auseinandersetzungen einzubringen. Weder in den örtlichen Gruppen, der so genannten vierten Ebene von ver.di, noch unter den Betriebsräten und in den gewerkschaftlichen Gremien gibt es derzeit die Bereitschaft, einen Konflikt zur Verkürzung der Arbeitszeit aufzunehmen. Und selbst dort, wo Sympathie für eine solche Forderung vorherrscht, gibt es keine ausreichende Bindung zur Masse der Kolleginnen und Kollegen. Schließlich muss daran erinnert werden, dass es in der letzten Zeit schon Arbeitszeitverkürzungen gegeben hat, jedoch ohne Lohnausgleich, wie z. B. im öffentlichen Dienst Berlins.

Gegenwärtig sollten wir uns in der Praxis konzentrieren auf den Erhalt der Wochenarbeitszeit und die Verhinderung einer weiteren Flexibilisierung. Wenn es nicht gelingt, die Angriffe auf die Arbeitszeitregelungen abzuwehren – und das bedarf schon einer gewaltigen gewerkschaftlichen und politischen Anstrengung – müssen alle darüber hinausgehenden Vorstellungen Makulatur bleiben. Wenn noch nicht mal die Abwehr organisiert ist, können wir als Linke in den Gewerkschaften nicht schon zum Gegenangriff übergehen. ■

Der Artikel basiert auf einem Referat, das auf dem Treffen der »Berliner Gewerkschaftslinken« (Kogl) am 16. Juni 2004 gehalten wurde

Mit alten Inhalten zu neuen Ufern?

Die beiden Initiativen, die in den letzten Monaten mit ihren Überlegungen für eine wahlpolitische Alternative zu den Bundestagswahlen an die Öffentlichkeit getreten sind, haben eine Kooperation und ein gemeinsames Vorgehen beschlossen. Noch im Sommer dieses Jahres soll die Entscheidung fallen, ob mit dem nun gemeinsamen Projekt wirklich ernst gemacht wird. Und alles deutet darauf hin.

Die Angriffe auf die sozialen Absicherungen wie auch auf die Gewerkschaften halten unvermindert an und die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung lässt keinen Zweifel daran, dass sie nicht bereit ist, den Gewerkschaften irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Wenn, wie beabsichtigt, im kommenden Jahr Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt werden, sind Hunderttausende von drastischen Einschnitten betroffen, die Stimmung gegen die SPD wird noch weiter zunehmen.

Die Initiative »Arbeit und soziale Gerechtigkeit« (ASG) wurde initiiert und wird getragen von mehreren bayerischen IG-Metall-Funktionären mit jahrzehntelanger SPD-Mitgliedschaft. Gegen sechs von ihnen läuft inzwischen ein Parteiordnungsverfahren. Auch das ein Beleg für die kompromisslose Haltung der SPD-Führung und eine Absage an die »Parteirebellen«, die bei ihrer Vorstellung am Anfang des Jahres die Gründung einer neuen Partei nur als eine Möglichkeit bezeichnet hatten. Sie setzten zunächst auf einen Kurswechsel oder zumindest eine Kurskorrektur ihrer Partei. Die Initiative sollte auch in diese Richtung wirken.

In der »Wahlpolitischen Alternative 2006« (WA 06), die in Berlin startete, fanden sich dagegen zahlreiche enttäuschte PDS-Aktivist*innen zusammen. Sie verfügen über Verbindungen und Anhang sowohl in Funktionärskreisen bei ver.di als auch in Teilen der globalisierungskritischen Bewegung. Schon in den letzten Jahren hat es immer wieder eine engere Zusammenarbeit zwischen attac und ver.di gegeben, in der sich die beteiligten Aktivist*innen politisch gegenseitig stützten.

Wenn auch aus unterschiedlichen sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Milieus stammend, einigt die beiden Initiativen ein gemeinsames Ziel. Sie wollen vor allem die enttäuschten Anhänger und Wähler der SPD bei der nächsten Bundestagswahl für eine parlamentarische Alternative zu der herrschenden neoliberalen Politik gewinnen. Nur wenn dies gelingt, hat die neue Formation überhaupt eine Chance in die Nähe der Fünf-Prozent-Hürde zu kommen oder sie zu überspringen. »Wahlbeteiligung, Wahlergebnisse und Mitgliederbewegung der Parteien zeigen, dass viele BürgerInnen sich von der Politik der Agenda 2010 betrogen fühlen, zugleich keine politische Alternative sehen und sich daher zur Haltung der politischen Abstinenz entscheiden. Dies ist auch – aber nicht nur – ein wachsendes Problem für die engagierten Mitglieder in den Gewerkschaften. [...] Im Verlauf des letzten Jahres ist eine neue Lage entstanden, noch nie gab es einen solchen Zerfall des bisherigen sozialdemokratischen WählerInnenlagers, und zwar aufgrund der Sozialkürzungen und damit insbesondere im sozial schwächeren und gewerkschaftsnahen Milieu.« (Für eine wahlpolitische Alternative 2006, 13. 3. 2004)

Die PDS kommt als schon existierende Partei mit sozialdemokratischen Inhalt seit ihrer Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin als wahlpolitische Alternative nicht mehr in Frage. Vor allem in Berlin fungiert sie mit ihrer bedingungslosen Unterstützung eines gegen die Gewerkschaften und die Masse der Bevölkerung gerichteten »Sparprogramms« als Anhängsel einer neoliberal gewendeten SPD. Die Senatspolitik zur Aushebelung des Flächentarifvertrages im öffentlichen Dienst haben sie um die letzten Sympathien in den Gewerkschaften gebracht.

Der Zersetzungsprozess der SPD

Die verschiedenen Initiativen zur Gründung einer wahl- bzw. parteipolitischen Alternative sind Resultat und Ausdruck des Zersetzungsprozesses der SPD. Dieser hat nicht erst mit der Regierungsübernahme durch SPD und Grüne begonnen, sich seither aber verstärkt und insbesondere in den letzten Monaten bzw. zwei Jahren beschleunigt. Er ist gekennzeichnet durch Passivität und Resignation. Besonders lohnabhängige Mitglieder der SPD mit den Erfahrungen aus den 60er, 70er und 80er Jahren haben sich aus dem Parteileben zurückgezogen oder sind enttäuscht und individuell ausgetreten. Der Versuch, nach Verkündung der Agenda 2010 dem innerparteilichen Unbehagen politisch durch eine Unterschriftensammlung für eine Mitgliederbefragung Ausdruck zu verleihen, scheiterte kläglich. Die »Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen« (AfA) und die Parteilinke spielen nur noch die Rolle einer innerparteilichen Minderheit, die zudem bei den entscheidenden Abstimmungen in den Parlamenten sich dem Parteivorstand gebeugt haben, um die Regierungsmehrheit nicht zu gefährden. Die AfA tritt schon seit längerem nicht mehr als politische Fraktion in den Gewerkschaften auf, sondern zieht im Hintergrund die Fäden.

Dass der Kurs der SPD als Regierungspartei nicht zu stärkeren innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt und die AfA bzw. Linke gestärkt hat, sondern nur den Zersetzungsprozess beschleunigte, liegt am allgemeinen Stand der Klassenauseinandersetzungen und des vorherrschenden Bewusstseins bei den abhängig Beschäftigten. Sie haben – sieht man von vereinzelt und isolierten Ausnahmen ab – die Regierungspolitik bisher widerstandslos über sich ergehen lassen. In ihrer Mehrheit passiv, wünschen sie sich die guten, alten sozialpartnerschaftlichen Zustände zurück. In Scharen laufen sie der SPD davon – in das Lager der Nichtwähler und/oder der Union. Das Argument des kleineren Übels, mit der die Gewerkschaftsvorstände in den letzten Jahren für die Sozialdemokratie Wahlwerbung betrieben, zieht nicht mehr. Eine Abwahl der rot-grünen Bundesregierung scheint zur Zeit unabwendbar.

Dabei handelt es sich nicht allein um eine Krise der SPD. Der Opposition von Union und FDP gelingt es aktuell nur, ihr Anhänger besser zu mobilisieren, zum einen, weil sie keine Regierungsverantwortung tragen, zum anderen, weil ihr Klientel von den getroffenen Maßnahmen nicht so stark getroffen wird oder, wie bei der FDP und den Grünen, glaubt davon profitieren zu können. Selbst bei den bayerischen Landtags-

wahlen, bei dem die CSU erstmals eine Zweidrittel-Mehrheit errang, gingen deren Wählerstimmen um 120.00 zurück. Nur die sinkende Wahlbeteiligung sorgte für die parlamentarische Verschiebung.

Was wir zur Zeit erleben, ist nur die Zwischenetappe eines sich seit über zehn Jahren vollziehenden Prozesses, der u.a. 1998 »wegen der sozialen Grausamkeiten« zur Abwahl der Regierung Kohl geführt hatte. Was oberflächlich als »Krise der Parteienpolitik« oder »Politikverdrossenheit« bezeichnet wird, sind die politischen Konsequenzen eines kriselnden und seit 1989/90 zunehmend schrankenlosen/enthemmten Kapitalismus für das Parteiensystem. Sie tritt als Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrise der Parteien in Erscheinung, aber auch in Form allgemeiner Ratlosigkeit, Resignation und Anpassung unter den Lohnabhängigen und ihren Interessenvertretungen (Betriebsräte und Gewerkschaften).

Die Wahlalternative 2006 – Ersatz für eine neoliberal gewendete Sozialdemokratie

Die Initiatoren betonen ausdrücklich, dass sie die Wahlalternative 2006 nicht als systemkritisches, die kapitalistische Ordnung in Frage stellendes Projekt begreifen. »*Es geht heute nicht um »Reform oder Revolution«, sondern um sozialen Reformismus oder weiteren Vormarsch der neoliberalen Reaktion.*« Von ihrem Selbstverständnis als auch in ihren inhaltlichen und programmatischen Aussagen geht die WA 2006 nicht über Positionen hinaus, wie sie die SPD bzw. deren Linke noch in den 70er Jahren vertreten haben. »*Die Grundlinien einer Alternative müssen aufgezeigt werden, die die soziale Lage und Perspektive der Mehrheit der Bevölkerung spürbar verbessern würde. Vor allem brauchen wir mehr und sinnvolle Beschäftigung zu sozialen Bedingungen und die Entwicklung sozial und ökologisch nützlicher Wachstumsfelder. Zu präsentieren wäre dazu im Kern ein sozial und ökologisch und emanzipativ ausgerichtetes Zukunftsprogramm einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie es in entsprechenden Kreisen (in Gewerkschaften, Memorandum-Gruppe, sozialistischen und anderen linken Gruppierungen usw. und darüber hinaus in breiteren politischen Bündniszusammenhängen) seit Jahren diskutiert und weiter entwickelt wird.*« Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, man könne den bundesrepublikanischen Sozialstaat erhalten bzw. »wieder herstellen«, indem man die Hegemonie der neoliberalen Ideologie bricht. »*Um den Neoliberalismus im parteipolitischen Raum zurückzudrängen, müssen wir ihn auf dem eigenen Terrain angreifen. Um politisch voran zu kommen, ist eine ernst zu nehmende wahlpolitische Alternative nötig, die den außerparlamentarisch in der Gesellschaft entwickelten Druck ins politische System transformiert. Dies erscheint schon allein deshalb sinnvoll, um der weiteren Rechtsentwicklung der SPD eine Schranke zu setzen.*«

Kern sozialdemokratischer Überzeugung und Politik ist der Versuch, unter kapitalistischen Verhältnissen durch einen Ausgleich der Klasseninteressen die Gesellschaft sozial gerecht zu gestalten. Seine Voraussetzung ist ein prosperierender Kapitalismus, in dem die Bourgeoisie in der Lage und bereit ist, die Lohnabhängigen durch Zugeständnisse materiell zufrieden zu stellen. Einer solchen Politik ist längst der Boden entzogen, eine Rückkehr zur sozialdemokratischen Politik der 60er und 70er Jahre unmöglich. Seine mate-

riellen Voraussetzungen hatte diese Politik in der langanhaltenden Nachkriegskonjunktur (als soziale Marktwirtschaft bezeichnet) und in der Existenz des sozialistischen Lagers. Zwar signalisierten die Konjunkturerinbrüche 1973 und 1981 schon das Ende der Nachkriegskonjunktur. Sie führten auch 1982 anlässlich von Sparmaßnahmen zum Bruch zwischen dem sozialdemokratischen Bundeskanzler, seiner Partei und den Gewerkschaften und damit zum Rücktritt von Schmidt. Der Kern der Sozialpartnerschaft aber blieb unangetastet, selbst unter der folgenden Kohl-Regierung. Erst der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und die Übernahme der DDR – sie saß als unsichtbarer Verhandlungspartner mit am Tisch der Tarifpartner – schufen auch die politischen Voraussetzungen zur Aufkündigung der Sozialpartnerschaft durch die herrschende Klasse.

Der Siegeszug der neoliberalen Ideologie – die alles, selbst die Politik, so offensichtlich dem Markt und den Kapitalinteressen unterordnet – auch in der SPD und in den Gewerkschaften ist eine Folge dieser materiellen Veränderungen. Sie dient zugleich dazu, diesen Prozess weiter voran zu treiben. Unter den heutigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Zuständen setzt selbst die Verteidigung der noch existierenden sozialen Absicherungen den Bruch mit den bisherigen Inhalten und Methoden voraus. »*Eine andere Welt ist möglich*«, dieser Slogan muss ein frommer Wunsch bleiben, wenn wir nicht die Voraussetzung (die Beseitigung kapitalistischer Verhältnisse) benennen und darauf hinwirken, dass die Arbeiterklasse die Auseinandersetzung dafür aufnimmt. Die Eigentumsfrage (d.h. die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel) und damit die Frage nach einer Alternative zur bestehenden Gesellschaftsordnung aber bleibt bei der wahlpolitischen Alternative gänzlich ausgeklammert. Selbst Günter Gaus, sicher des Linksradikalismus und Sektierertums völlig unverdächtig, hat deren Bedeutung kurz vor seinem Austritt aus der SPD im Frühjahr 2003 formuliert. »*Der jetzige Wandel mag unausweichlich sein, aber er sollte in seinen Konsequenzen als Konterrevolution erkannt und bedacht werden. [...] Die Eigentumsfrage – als verfassungsrechtliche Frage der sozialen Verpflichtung von Eigentum – wird trotz aller schlechten Erfahrung mit dem Verhalten der Menschen gegenüber gesellschaftlichem Eigentum im real existierenden Sozialismus noch einmal aufgeworfen werden müssen.*«

Wahlpolitische Alternative 2006 und Gewerkschaften

Die Wahlpolitische Initiative setzt sich mit den Voraussetzungen und Bedingungen des gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Kampfes nicht auseinander. Darin sieht sie auch nicht ihre praktische Aufgabe. Zum entscheidenden Kriterium für Erfolg oder Misserfolg wird der Einzug in das Parlament gemacht, in dem sie als Sprachrohr der »sozialen Opposition« und der Gewerkschaften fungieren will. Das bleibt auf der Ebene der Versprechungen, wie wir sie aus der Gründerszeit der grünen/alternativen Listen und aus Phasen der PDS (»Veränderung beginnt mit Opposition«) kennen. So fehlt denn auch jegliche kritische Auseinandersetzung mit der Politik der Gewerkschaften.

Die SPD konnte nur so erfolgreich im Interesse des Unternehmerlagers ihre Regierungspolitik betreiben, weil sich die Gewerkschaften einbinden ließen. Die Politik der Vorstände ermöglichte es der Bourgeoisie, die Gewerkschaften als Instrumente des sozialen Abbaus für sich zu nutzen. Ein

Sozialdemokratie in Dänemark

1950 hatte die Sozialdemokratische Partei Dänemarks mit über 300.000 Mitgliedern etwa 35 Prozent ihrer Wähler organisiert, ihre Organisation wurde gestärkt durch eine ganze Reihe von Nebenorganisationen und vor allem auch durch die Gewerkschaften, die einen wesentlichen Bestandteil der sozialdemokratisch geführten Arbeiterbewegung ausmachten. Wenn auch diese ganzen Organisationen »von der Wiege bis zum Grabe« von einem Arbeiterstandpunkt aus nicht viel hergaben, so waren sie doch ein zentraler Bestandteil des sozialdemokratischen Milieus und Verbindungsglied zwischen der Partei und ihren Wählern.

Heute hat die Partei etwas über 50.000 Mitglieder bei einer Stimmenzahl von etwa 1.000.000; der Mitgliederanteil der Wähler ist also von gut 35 Prozent auf fünf Prozent gefallen – in diesen 50 Jahren sind aber darüber hinaus viele der Nebenorganisationen verschwunden oder sind nicht mehr erkenntlich als Arbeiterorganisationen: etwa der Theaterverband oder die Bildungsorganisation. Entscheidender noch: Seit 1996 sind die offiziellen Verbindungen zum Gewerkschaftsbund aufgehoben, es gibt keine gegenseitige Vertretung in den Hauptvorständen, wie es seit 1898 statutengemäß bestimmt war. Eine Erneuerung der SP auf Grundlage der Verbindung zu den alten und neuen Arbeitergruppen ist derzeit nicht möglich, weil die wenigen Mitglieder kaum noch Verbindung zu diesen sozialen Gruppen haben. Denn die noch vorhandenen Mitglieder sind zum großen Teil Mitglieder aus Tradition, d.h. die Mitgliedschaft ist überaltert und aus dem Arbeitsleben ausgeschieden.

Das Verzeichnis der Mitglieder, die gewerkschaftliche Informationen erhielten, lag vor einigen Jahren noch bei 8.000 Adressen, aber bedingt durch den Abbruch der Beziehungen zum Gewerkschaftsbund ist auch diese Aktivität eingestellt. Man muss diese 8.000 Interessenten im Verhältnis zu den 1.5 Millionen Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes sehen, um zu erkennen, dass die Verankerung der Sozialdemokratie bei den Gewerkschaften und damit auch in der Arbeiterklasse kaum noch vorhanden ist. Das eigentliche Problem ist aber die damit einhergehende Entpolitisierung der Gewerkschaften.

Die sozialdemokratische Parteiführung ist nicht daran interessiert, aktive und politisch kritische Mitglieder zu haben. Die Partei, d.h. die überwiegende Mehrheit der parlamentarischen Vertreter in den kommunalen Parlamenten und im Folketing, hat sich für eine »Modernisierung« entschieden, wo man solche Mitglieder nicht gebrauchen kann. Die herrschende Gruppierung hat kein Interesse an Mitgliedern, die die Verhandlungspolitik stören könnte. Dann verzichtet man auch gern auf die Mitgliedsbeiträge bzw. hat sie durch die staatlichen Zuschüsse ersetzt: Aber diese sind von den Wahlzahlen abhängig, die gewerkschaftlichen Zuschüsse zu den Wahlkämpfen sind auch gefallen, d.h. die Partei hat nur noch wenig Geld. Das war vorauszusehen, aber die herrschende Richtung in der Partei hat höchstens eine Perspektive bis zu nächsten Wahl, weiter kann sie nicht denken. Und wozu auch? Eine politische Alternative, die es vor 25 bis 30 Jahren noch gab, als Partei und Gewerkschaftsbund gemeinsam ein Programm für eine wirtschaftliche (ökonomische) Demokratie entwickelten, ist schon lange begraben. 07.06.04 ■

Schmiermittel dafür ist die Regierungstätigkeit der SPD. Aber auch ohne diese Voraussetzung wird sich die Haltung der sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Vorstände nicht im Grundsatz ändern. Die Politik des kleineren Übels, der Einbindung und Unterordnung werden sie auch unter anderen politischen Konstellationen fortsetzen (siehe auch ihre Rolle unter der Kohl-Regierung, wo sie die spontane Abwehr gegen die Streichung der Lohnfortzahlung nicht aufgriff, sondern allein auf die parlamentarische Ebene und die anstehenden Wahlen orientierte). Die SPD'ler in den Vorstandsetagen der Gewerkschaften haben nicht nur die Regierungsbeziehung ihrer Partei im Auge. Mindestens genau so wichtig ist für sie die Verteidigung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, der sich in ihrem Verständnis auch die Lohnabhängigen unterzuordnen haben.

Die Einbindung und Unterordnung der Gewerkschaften verläuft nicht ohne Konflikte und Widersprüche. Die zeitweise Wortradikalität von Gewerkschafts- oder DGB-Vorsitzenden, selbst der Aufruf zu Demonstrationen am 3. April (durch die Unzufriedenheit in den eigenen Reihen und die Demo vom 1. November 2003 erzwungen) sind noch lange keine Beweise für die Abkehr vom bisherigen Kurs. Sie erfüllen in erster Linie eine Ventilfunktion für den angestauten Unmut, sollten nicht der Druck und die selbständige Regung von unten für weitere Aktionen und Abwehrmaßnahmen sorgen.

Mit dem für alle kritischen Mitglieder so offensichtlichen Zustand der DGB-Gewerkschaften können oder wollen sich die Initiatoren der Wahlalternative 2006 anscheinend nicht auseinandersetzen, wenn sie schreiben: »... dass insbesondere die Gewerkschaften bei einem Abflauen der Proteste zu einer Politik der Präferenz für das »kleinere Übel« zurückkehren.« Tatsächlich stehen die drei Gewerkschaftsvorstände von IG BCE, Transnet und NGG fast uneingeschränkt hinter dem Kurs der Bundesregierung und stützen die rot-grüne Koalition. Aber auch in den anderen Gewerkschaften gibt es starke Kräfte im Apparat, die sich für einen solchen Kurs einsetzen, siehe Huber bei der IG Metall oder die ehem. ÖTV bzw. ver.di mit ihrer Unterstützung der Privatisierungen öffentlicher Dienste. Ihre Basis haben sie unter den Betriebs- und Personalräten großer Betriebe und Verwaltungen, die sich dort als Co-Manager betätigen. Die Abkehr von der Politik des kleineren Übels hat nicht stattgefunden. Sie hätte zur Voraussetzung die selbstkritische Aufarbeitung der bisherigen Gewerkschaftspolitik, insbesondere seit Bestehen der rot-grünen Bundesregierung.

Auch das traditionelle Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und ihrem »politischen Arm« (der parlamentarischen Vertretung) wird nicht in Frage gestellt. Nur, dass an die Stelle der SPD nach der Bundestagswahl die Wahlalternative 2006 treten soll. »Den vielen Betroffenen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft [...] und ihrer sozialen Unzu-

friedenheit fehlt ebenso eine parlamentarisch-politische Repräsentanz wie der sich entwickelnden sozialen Bewegung und außerparlamentarischen Opposition oder den Gewerkschaften. [...] Traditionell diente dazu insbesondere das Zusammenspiel von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Diese Verbindung ist in den letzten Jahren immer mehr zerbrochen, die SPD und die Grünen agieren als Mehrheits- und Akzeptanzbeschaffer für eine Kapitalinteressen unterworfenen Politik [...]« Wir bezweifeln, dass die Gewerkschaftsmitglieder in der Wahlalternative 2006 einen Ersatz für die SPD sehen werden. Aber selbst wenn, würde ein Erfolg der Wahlalternative den Gewerkschaften überhaupt praktisch weiterhelfen, zumal absehbar ist, dass deren Parlamentsfraktion auf die Entscheidungen des Bundestages keinen Einfluss haben wird?

Die Gewerkschaften sind Bedingungen unterworfen, die ihnen auf ihrem traditionellen Feld, den Tarifverhandlungen, immer engere Grenzen setzen. In Zeiten andauernder Massenarbeitslosigkeit, verstärkter Rationalisierung und verschärfter internationaler Konkurrenz auch auf dem Arbeitsmarkt (sie sind verbunden mit Produktionsverlagerungen oder deren Androhung) wird die Waffe des reinen Lohnkampfes stumpf. Den Angriffen von Seiten des Unternehmerlagers und der Regierung kann man nicht allein mit Demonstrationen am Wochenende und auf tariflicher Ebene erfolgreich begegnen. Die Abschlüsse der letzten Zeit, die den Abbau tariflich regeln, belegen das. Solange die Gewerkschaften als zahlenmäßig größte Organisation der Lohnabhängigen nicht selbst als politischer Aktivposten in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingreifen, wird ihnen auch ein »politischer Arm« im Parlament nicht weiterhelfen. Den Angriffen des Unternehmerlagers und der Regierung auf dem Boden des Klassenkampfes politisch zu antworten, wird ohne Bruch mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen nicht möglich sein. Den können und wollen die derzeitigen Vorstände und gewerkschaftlichen Apparate nicht vollziehen; unter der Masse der abhängig Beschäftigten und somit auch der Mitgliedschaft fehlen zur Zeit (noch?) die Voraussetzungen dafür.

Breite Sammlung auf dünnem Fundament

»Diese gemeinsamen Positionen fortschrittlicher sozialer und politischer Kräfte müssen populär dargestellt werden, um Massen zu mobilisieren. Es geht nicht um eine neue explizit linkssozialistische Partei. [...] Es geht also um eine breite Sammlung bzw. ein Bündnis, das niemanden ausschließt (außer Rechten), aber auch keine Dominanz einer bestimmten Gruppierung oder Strömung zulässt. Das Spektrum sollte reichen von KommunistInnen über SozialistInnen bis zu traditionellen VertreterInnen des Sozialstaats und sozial orientierten ChristInnen. Es muss ein möglichst breites Spektrum von Aktiven aus Gewerkschaften, Bewegungen und von Organisationen und Initiativen aus verschiedensten Bereichen einschließen. Dies gilt ausdrücklich auch für Mitglieder der SPD, der Grünen, der PDS oder anderer nicht rechter oder minderheitenfeindlicher Parteien.« (aus: Wahlpolitische Alternative 2006)

Ob so unterschiedliche und gegensätzliche Kräfte zu einer gemeinsamen wahlpolitischen Alternative zusammenfinden können, bleibt zur Zeit offen. Ebenso die Frage, ob sie über den unmittelbaren Kreis der Initiatoren und des politischen Anhangs Anklang in der arbeitenden Bevölkerung fin-

det. (Es ist müßig, über das mögliche Wählerpotential zu spekulieren.) Die wendet sich zwar zunehmend von der SPD ab bzw. geht überhaupt nicht mehr zur Wahl. Aber dahinter steckt auch ein Misstrauen gegenüber den Parteien und Politikern im Allgemeinen. Rechte Populisten haben es angesichts fehlender Aktivitäten und des vorherrschenden Bewusstseins leichter, die Enttäuschung in Wählerstimmen umzumünzen. Aber selbst wenn es der Wahlalternative 2006 gelingen sollte, genügend Proteststimmen enttäuschter sozialdemokratischer Wähler zu erhalten, wie will sie den damit verbundenen Erwartungen gerecht werden? Mit einem Einzug der WA 2006 wäre die Frage des »kleineren Übels« nur von der Wahlentscheidung auf die parlamentarische Bühne gehoben. Denn: Müsste nicht das neue politische Projekt eine rot-grüne Bundesregierung gegen die noch hemmungsloseren Neoliberalen von Union und FDP unterstützen? Wo liegt dabei die Schmerzgrenze und wie einigt mensch sich darüber in einem so bunten Haufen? Und ist/wird nicht die (Wieder-)Wahl ins Parlament das entscheidende Ziel, dem sich die anderen Aktivitäten unterzuordnen haben?

Es war schon in der Vergangenheit schwierig (und selten), ein derartig breites Spektrum zu einer gemeinsamen Kundgebung für ganz eng begrenzte, aktuelle Forderungen zusammenzubringen. Als Wahlpolitische Alternative setzt es voraus, dass alle Beteiligten sich auf den gefundenen Minimalkonsens beschränken. Das mag genügen, um einen populären Wahlkampf in die Wege zu leiten, nicht aber um als neue Kraft in die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen einzugreifen. Der weitere Angriff auf die sozialen Absicherungen, auf die Mitbestimmungsregelungen (u.a. beim Betriebsverfassungsgesetz), auf die noch bestehenden demokratischen Rechte (siehe Sicherheitsgesetze etc.) und auf die Gewerkschaften selbst wird politische Fragen aufwerfen, die sich auf Grundlage des vereinbarten Minimalkonsenses nicht beantworten lassen. Auch in den Gewerkschaften werden (hoffentlich!) die Diskussionen und Auseinandersetzungen über den zukünftigen Kurs, über die Mittel und Methoden gewerkschaftlicher Interessenvertretung zunehmen.

In alten sozialdemokratischen Inhalten (auch wenn sie uns im Gewand der Wahlalternative mit neuen Schlagworten präsentiert werden) werden wir keine zufriedenstellenden Antworten finden.

Unsere Haltung zur Wahlalternative 2006

Es ist schon ein kurioser Widerspruch: Nachdem die SPD durch die Entsorgung ihrer sozialen und reformerischen Inhalte das Scheitern des Reformismus offenbart und die ökonomische und soziale Entwicklung die Frage nach einer Alternative zur kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufwirft, soll die Neuauflage einer sozialdemokratischen Partei (egal unter welchem Namen sie 2006 antritt) den weiteren Vormarsch des Neoliberalismus stoppen. Dieser Widerspruch lässt sich nur aus dem schon beschriebenen Zustand der Arbeiterklasse erklären. Jahrzehnte der Sozialpartnerschaft und der Stellvertreterpolitik prägen das Denken unter der überwältigen Mehrheit der Lohnabhängigen. Selbst das in den 70er und 80er Jahren in den industriellen Kernzentren noch verbreitete gewerkschaftliche Grund- und Selbstverständnis sowie das entsprechende Milieu fehlt heute überwiegend. Es gab wohl noch nie eine Etappe, in der das Bewusstsein derart hinter den

geschaffenen Tatsachen und dem Agieren der herrschenden Klasse hinterherhinkte. Für eine sozialistische oder kommunistische Alternative gibt es zur Zeit keine Massenbasis. Erst die praktischen Erfahrungen in Klassenauseinandersetzungen schaffen Bedingungen, unter denen eine entsprechende Aufklärung, Agitation und Propaganda breitere Resonanz finden kann.

In dem gesellschaftlichen Klima der Ratlosigkeit, der Passivität und des Zurückweichens sind auch die Gründe zu suchen, warum Gruppen und Organisationen, die sich selbst als sozialistisch/kommunistisch verstehen (u. a. Linksruck, SAV), auf den wahlpolitischen Zug aufspringen. »Die Entstehung einer neuen Linkspartei ist ein politisches Erdbeben, das enorme Chancen bietet, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach links zu verschieben«, schreibt Linksruck in einem Thesenpapier. Dieses Wunschdenken ist zugleich Ausdruck der eigenen Einflusslosigkeit, die sich allein durch allgemeine Losungen und Propaganda nicht überwinden lässt. Die Ungeduld, der Aktionismus (der linke »Radikalismus«) ist nur die Kehrseite des Reformismus, die sich jetzt in der wahlpolitischen Alternative zusammenfinden. Während die einen sich auf Realpolitik innerhalb der bürgerlichen

Ordnung beschränken, sehen die anderen in jeder kleinen politischen Regung den revolutionären Aufbruch.

Es ist eine Illusion zu glauben, man könne als Sozialist/Kommunist unter den geschilderten Bedingungen Einfluss auf Richtung und Politik einer solchen Initiative gewinnen. Sollte die Wahlalternative die Schwierigkeiten des Aufbaus meistern und 2006 in den Bundestag einziehen – eine vorantreibende Rolle in den Klassenauseinandersetzungen und für die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse kann eine solche Initiative nicht gewinnen. Sie wird auf Dauer die Erwartungen, die in eine solche Richtung zielen, ebenso enttäuschen müssen wie ihre potentiellen »Arbeiterwähler«. Wir brauchen nur über den Tellerrand der Bundesrepublik hinaus zu schauen: Selbst in Frankreich oder Italien, wo es unter der arbeitenden Bevölkerung und ihren Gewerkschaften sowie unter den Erwerbslosen einen viel breiteren Widerstand und einen entsprechenden parlamentarischen Arm gibt, gelingt es nicht, den neoliberalen Umbau aufzuhalten.

Die Gruppe Arbeiterpolitik kann sich schon allein aus diesen Gründen organisatorisch an der Wahlinitiative 2006 nicht beteiligen. Der Aufbau einer eigenständigen kommunistischen Alternative ist auch weiterhin notwendig

In Arbeitslosen-Initiativen und unteren Gewerkschaftsgremien wird der unten abgedruckte Appell, seit er im Januar dieses Jahres auf einer Konferenz in Frankfurt verabschiedet wurde, diskutiert und dazu Unterschriften gesammelt. Die in ihm aufgestellten politischen Forderungen halten wir

für einen wichtigen Ansatz, die Diskussionen in den Gewerkschaften um deren künftige politische Ziele zu führen und damit dazu beizutragen, die Trennung von Erwerbslosen und Beschäftigten zu überbrücken. die Red. ■

■ DOKUMENTIERT:

Frankfurter Appell gegen Sozial- und Lohnabbau*

Die Große Koalition in Berlin hat die Agenda 2010 beschlossen. Wir lehnen sie ab.

Weitere Verschlechterungen sind bereits angekündigt. Wir wollen und werden nicht hinnehmen,

- dass die von den Lohnabhängigen erkämpften Sozialleistungen (Unterstützungen für Arbeitslose, Renten, Gesundheitsversorgung usw.) immer mehr ausgehöhlt und beseitigt werden und
- dass das Lohnniveau über die Aushöhlung von Tarifverträgen, über Arbeitszeitverlängerung und über wachsenden Druck auf Erwerbslose gesenkt wird

Arbeit um jeden Preis ist für uns unzumutbar.

Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Arbeitslosen, der Rentner oder das »Besitzstandsdenken« der Beschäftigten ist das Problem, sondern das Profitstreben des Kapitals und der Reichen sowie eine Wirtschaftspolitik, die ausschließlich deren Profitansprüchen verpflichtet ist. Wir sehen keinen Sinn darin, dass von Anlegern x Milliarden Euro bei riskanten Finanzanlagen verbrannt oder ins Ausland verla-

gert werden, während wir auf das Notwendigste verzichten sollen. Wir sehen auch nicht ein, dass Sozialleistungen deshalb abgebaut werden, um Kriegseinsätze der Bundeswehr weltweit zu finanzieren.

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten können. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der »Steuerreformen« immer weniger Gewinnsteuern zahlen und weil sie gleichzeitig immer mehr Arbeitskräfte arbeitslos machen. U.a. deswegen, weil sie Arbeitszeitverlängerungen durchsetzen.

Wir sind nicht bereit, uns gegen unsere Kollegen/innen und Mitbürger/innen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten und billigsten Sozialsysteme treiben zu lassen. Die Regierungschefs der EU aber wollen genau das. Sie wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau die USA bis 2010 als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen. Deshalb Agenda 2010. **Das ist nicht unser Ziel.**

Wenn wir eine organisatorische Beteiligung an der Wahlalternative ablehnen, heißt dies für uns nicht, bei diesen Auseinandersetzungen abseits zu stehen. Wo diese Initiative vom Klassengegner oder von der SPD und deren Vertretern in den Gewerkschaften angegriffen wird, werden wir uns hinter sie stellen. Wir sollten uns auch in die Diskussionen, die eine solche Initiative in den Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen und unserem Umfeld auslösen wird, einschalten. Und selbstverständlich werden wir, wo sich politische und gewerkschaftliche Tagesinteressen decken, uns an gemeinsamen Aktionen beteiligen.

26.6.04 ■

■ BERLIN: UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG ZUR ABWAHL DES SPD-PDS-SENATS

GEW, GdP und linkes Bündnis drohen mit dem Stimmzettel

In der letzten Arbeiterpolitik (Nr. 1, 26. März 2004) hatten wir über eine Aktion des »DGB-Arbeitskreises Berlin« berichtet. Inzwischen hat der darin angesprochene »Stadtpolitische Kongress« stattgefunden, in dem über die Einleitung eines Volksbegehrens zur Auflösung des Abgeordnetenhauses und für Neuwahlen diskutiert werden sollte – allerdings mit weit weniger Resonanz (ca. 100 TeilnehmerInnen) als erhofft. Die Initiative für ein Volksbegehren blieb umstritten. Von den Berliner Gewerkschaften sprachen sich nur die GEW und die GdP für eine Beteiligung daran aus. Auch in den zahlreichen sozialen und politischen Bündnissen der Linken wurde die Initiative widersprüchlich aufgenommen und diskutiert. Sowohl über gemeinsame Akteure als auch inhaltlich ist in Berlin die Wahlalternative 2006 mit dem Neuwahlbegehren verquickt. Besonders deutlich wurden die politischen Probleme und Widersprüche, die mit der Einleitung des Volksbegehrens verbunden sind, durch die Diskussionen innerhalb der GEW.

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW

Die Versammlung fand am 2./3. Juni 2004 statt und stand ganz im Zeichen der Diskussion über das Volksbegehren. Die Führung der GEW unter ihrem Vorsitzenden Ulrich Thoene hatte in den letzten Wochen dafür die Werbetrommel gerührt und noch vor der Delegiertenkonferenz die Teilnahme der GEW öffentlich bekannt gemacht. Man war sich im Vorfeld der Zustimmung der Delegierten sicher. 80 Prozent stimmten dann auch für die Annahme des entsprechenden Antrages, in dem es u.a. heißt: »In den letzten Jahren sind alle Aktionen, die darauf abzielten, den Senat zu einer Änderung seiner Politik zu bewegen, gescheitert. [...] Darüber hinaus hält die GEW BERLIN ein aus den Reihen der Berliner Gewerkschaften initiiertes Volksbegehren zu vorzeitigen Neuwahlen für ein wirksames Mittel, der Ignoranz und Überheblichkeit des rot-roten Senats entgegenzutreten, die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften zu erhöhen und so den Gewerkschaften wieder reelle Verhandlungschancen, z.B. über die Rücknahme von Lehrerarbeitszeiterhöhungen oder Veränderungen in Tarifverträgen, zu eröffnen. [...] Die GEW BERLIN wird deshalb das von der GdP in Zusammenarbeit mit dem außerparlamentarischen Berliner Sozialbündnis initiierte Volksbegehren aktiv unterstützen und für eine breite Teilnahme werben.«

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ver.di, GEW, GdP) hatten in den letzten Jahre eine Schlappe nach der anderen einstecken müssen, u.a.:

- ◆ den Austritt des Landes Berlin aus dem Arbeitgeberverband und die Reduzierung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, d.h. einen Abbau des Reallohns;
- ◆ die dritte Verlängerung der Arbeitszeit für die Lehrer seit 2000;
- ◆ Wegfall des Urlaubsgeldes und eine erhebliche Reduzierung des Weihnachtsgeldes für Beamte;
- ◆ sowie die jetzt bundesweite angestrebte Verlängerung der Arbeitszeit von Beamten, die dann sicher auf Arbeiter und Angestellte des ÖD (im »Interesse« der Gleichbehandlung) ausgedehnt werden soll.

Wir sehen nicht ein, dass es uns immer schlechter gehen soll, während unsere Produktivität zunimmt und der von uns erarbeitete Reichtum Jahr für Jahr wächst.

Wir fordern:

- einen gesetzlichen Mindestlohn, der zum Leben reicht,
- ein ausreichendes garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen, ohne Bedürftigkeitsprüfung,
- die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre, ohne Abschläge,
- eine einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung,
- die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
- den uneingeschränkten Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen (keine Studiengebühren und andere Gebührenerhöhungen, keine Eliteuniversitäten),
- keine Privatisierung der Sozialversicherung und der öffentlichen Einrichtungen,
- massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich,
- qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen.

Dazu gibt es für uns keine Alternative.

Unterschriften einsenden an: Bernd Riexinger, c/o ver.di-Bezirk Stuttgart, Willi.Bleicher-Straße 20, 70174 Stuttgart.

In der Begründung des Antrages wird gefordert, dass die Gewerkschaften »die Erhaltung bzw. Errichtung eines solidarischen Staatsmodells, in welchem die Bedürfnisse der Mehrheit der BürgerInnen der Maßstab des Handelns sind, [...] zum Mittelpunkt ihres strategischen Handelns machen. [...] Folglich müssen sie sich von der derzeitigen Politik des Sozialabbaus SPD-geführter Regierungen, insbesondere von der Agenda 2010, deutlich distanzieren und an der Entwicklung anderer Politikmodelle aktiv mitwirken. Insofern hat sich das Gewicht gewerkschaftlichen Handelns aktuell von dem tarifpolitischen Agieren noch stärker als bisher auf das gesellschaftliche Handeln ausgeweitet.«

Unbestreitbar ist, dass die Gewerkschaften sich Rechenschaft ablegen müssen über ihre mangelnde Durchsetzungsfähigkeit und deren Ursachen und dass sich »das Gewicht gewerkschaftlichen Agierens noch stärker als bisher auf das gesellschaftliche Handeln« ausweiten muss. Doch lassen sich mit der Drohung von Neuwahlen unter den zur Zeit gegebenen Voraussetzungen tatsächlich die gewünschten Resultate herbeiführen? Der Verlauf der Delegiertenversammlung hat trotz der großen Zustimmung die Zweifel bei der Minderheit nicht ausräumen können. Sie wurde auch auf dem Podium artikuliert, zu dem als Gäste die Kollegen Knerler (IG BAU), Cosmar (ver.di/FB 11), Senft (IGM), Schönberger (GdP) und Prütz (als Vertreter des Berliner Sozialbündnisses) geladen waren. Bei den gewerkschaftlichen Gästen mit Ausnahme der GdP überwog die Skepsis und die Erkenntnis, dass es in den eigenen Reihen keine Voraussetzungen für ein derartiges Volksbegehren gibt.

Die Fragen und Kritikpunkte, die zum Teil auf der Versammlung (aber auch auf der Internet-Diskussionsseite) angesprochen wurden, sind:

- ◆ Lenkt die Kampagne nicht von unseren eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben ab und stellt lediglich ein Ersatz für die Schwäche auf diesem Gebiet dar?
- ◆ Was kommt nach einem erfolgreichen Volksbegehren, haben wir überhaupt eine politisch-parlamentarische Alternative zu bieten?
- ◆ Wird das Resultat nicht die Ablösung der jetzigen Senatskoalition durch die CDU sein und wie wollen wir das als GewerkschafterInnen rechtfertigen?

Auf der Diskussionseite der GEW im Internet finden sich unter anderem folgende Zuschriften, deren Argumente auch auf der Delegiertenversammlung vorgetragen wurden:

»Da ver.di sich »klar und eindeutig« gegen ein Volksbegehren ausgesprochen hat, sehe ich die Strategie von GdP und GEW eher als abenteuerlich an. [...] Und unsere Vorsitzenden glauben doch wohl nicht allen Ernstes mit BZ, Union und FDP gemeinsam Bündnis als »kleiner Partner« machen zu wollen. Leider bin ich mit meinen Warnungen auf der Strategiekonferenz minoritär geblieben, fühle mich aber darüber hinaus von den letzten beiden Großdemos bestätigt, deren Erfolg Uli Thoene noch als Messlatte für den Erfolg seiner Strategie ausgegeben hatte. Auf der Friedensdemo waren es unter 2.000 Teilnehmern, und selbst die Großdemo vom 3. April war aus Sicht der GEW ein Fiasko. An der Weltzeituhr – Treffpunkt der GEW – war kein GEWler weit und breit sichtbar.«

»Auch ich halte wenig von dem Begehren, das mir nur aus einer Schwäche auf dem eigentlichen Kampfplatz

herrührt und der Sehnsucht nach der alten Form von politischer Auseinandersetzung: im wesentlichen das Gespräch mit dem Senat.«

Bei der Mehrheit der Delegierten fanden die Warnungen kein Gehör. Zu tief sitzt anscheinend der Frust über die Schlappen der letzten Jahre und die eigene Machtlosigkeit, die man mit einem »politischen Befreiungsschlag« zu überwinden hofft. Hinzu kam bei der Abstimmung sicherlich das Gefühl bei allerhand KollegInnen, selbst zu wenig getan zu haben, und nun die KollegInnen, die sehr viel Arbeit investiert haben, nicht im Regen stehen zu lassen. Wer sollte dann die Arbeit machen? Vor diesem Problem wird die GEW bald stehen, denn es besteht die Gefahr, dass sich der Vorstand als zukünftiger Verhandlungspartner desavouiert hat. Doch es wird nur ein kurzes Strohfeuer sein, das mit dem Beschluss entfacht wurde. Die negativen Konsequenzen aber sind heute schon absehbar und drohen zu einem Fiasko für die GEW zu werden:

- ◆ Scheitert das Volksbegehren, und damit ist mindestens bei der zweiten Hürde (fast 500.000 nötige Unterschriften) zu rechnen, so wird es der Senat als Bestätigung seiner Politik werten – nicht nur für die GEW, auch für alle anderen Gewerkschaften und die Linke in der Stadt ein Rückschlag.
- ◆ Passivität und Resignation unter großen Teilen der Bevölkerung begünstigen bei Wahlen die rechte und nicht eine linke Alternative. Ein Erfolg des Volksbegehrens ist angesichts dieser Stimmung nur möglich, indem sich auch die Anhänger von CDU und FDP etc. daran beteiligen und die Union in den nächsten Senat hieven. (Hofft der Bündnispartner GdP nicht insgeheim darauf, weil er sich mehr Geld für die innere Sicherheit und die Polizei verspricht?) Viele Betroffene würden der GEW bei einem nochmals verschärften sozialen Kahlschlag des neuen Senats eine politische Mitschuld geben.
- ◆ Die negativen Möglichkeiten würden durch keinerlei politischen Gewinn aufgewogen. Sollte eine linke Wahlgruppierung in das Abgeordnetenhaus gewählt werden – was wir für unwahrscheinlich halten – würde sie weder auf die Bildung der zukünftigen Senatskoalition Einfluss nehmen können noch auf deren Beschlüsse und Politik. An der viel beklagten Einflusslosigkeit der Gewerkschaften auf der parlamentarischen Bühne wäre nichts geändert.

Wir brauchen Gewerkschaften, die politisch in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingreifen. Ihr Kampfmittel kann aber nicht der Wahlzettel sein, sie müssen die Methoden anwenden, die ihrem Charakter (als Einheitsorganisationen zur Verteidigung der sozialen Interessen der Lohnabhängigen) entsprechen – und die liegen im außerparlamentarischen Bereich, in Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen. Die gilt es nicht nur zur Durchsetzung von tariflichen Regelungen, sondern auch für politische (nicht für wahlpolitische) Ziele einzusetzen. Wir wissen, dass wir von den Voraussetzungen dazu noch weit entfernt sind (siehe nachstehende Einschätzung eines GEW-Mitglieds). Es gibt aber kein anderes Mittel, als sie durch gewerkschaftliche Kleinarbeit und geduldige politische Aufklärung zu schaffen. Erst wenn Bewegung unter den Lohnabhängigen entsteht, können politische und parteipolitische Alternativen zur SPD und PDS auf ein breiteres Fundament bauen. ■

Keine Frage, dass man sich diesen Senat zum Teufel wünscht!

Die Frage ist nur, ob die GEW-Berlin gut beraten ist, das Volksbegehren in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen. So würden es die Befürworter einer Teilnahme am Volksbegehren um den 1. Vorsitzenden Ulrich Thöne sicher nicht ausdrücken, aber darauf läuft es hinaus. Sie möchten gern den Eindruck verwischen, aus Frust über die Erfolglosigkeit der gewerkschaftlichen Politik der letzten Jahre würden sie von den Tagesproblemen der GEW ablenken und »in die Politik gehen«. Betrachtet man aber unvoreingenommen die Aktivitäten des 1. Vorsitzenden und einiger Mitstreiter, so muss man doch feststellen, dass die »Stadtpolitik« ihr zeitraubendstes, wichtigstes Arbeitsfeld geworden ist.

Unser Vorsitzender lässt sich ungern nachsagen, dass er erfolglos war und deshalb sucht er jetzt einen Bereich, in dem er hofft, den Erfolg wieder zu finden. Der Streik vom April hatte keinen Erfolg, weil das Ziel, die Arbeitszeitverlängerung zu verhindern, verfehlt wurde. Einen indirekten Erfolg sieht Ulrich Thöne dennoch darin, dass die Parteien im Wahlkampf alle von der Bildung redeten und ihr Priorität einräumten. Dass der Senat später davon nichts mehr hören wollte, ficht Ulrich nicht an. Worin bestand dann der Erfolg? Wir haben ja nichts in der Hand!

Die nachfolgenden Aktionen waren noch weniger erfolgreich. Die Mitglieder sind so deprimiert, dass sie den Aufrufen der Gewerkschaft nicht mehr folgen. Dem Aufruf vom 27. Juni 2003 zu einem zweistündigen Streik folgten gerade mal ca. 1.000 Beschäftigte (von insgesamt 25.000 Beamten und 5.000 streikberechtigten Angestellten), von denen die Mehrheit keinen Unterricht hatte oder sich irgendwie um die direkte Konfrontation mit der Behörde drückte, indem sie Unterricht umlegten, einen Wandertag anberaumten, zu dem sie nach der Kundgebung aufbrachen u.ä..

Innengewerkschaftlich kommt es nicht gut an, wenn der beklagenswerte Zustand angesprochen wird. Eine Delegierte sagte es deutlich, genug der schlechten Nachrichten, wir könnten doch nicht alles schwarz sehen, wir blickten besser nach vorn und nicht zurück. Die Gewerkschaft sollte aber erst mal ihr Hausaufgaben erledigen und versuchen (schon das ist eine Titanenaufgabe) Kampf- und Kampagnenfähigkeit zu erreichen und diese zögerlichen, verzagten, dabei gut verdienenden Individualisten und Beamtenseelen zum Kampf für ihre ureigensten Belange mobilisieren.

■ WAS SIND DIE NÄCHSTEN SCHRITTE?

April-Aktionstage und der 1. Mai

Etwa eine halbe Million Menschen (in Berlin 250.000) konnten die Gewerkschaften zu den drei Demonstrationen am 3. April mobilisieren. Imposant war in erster Linie die Anzahl der Teilnehmer. Welch ein Unterschied zur Stimmung, wie sie sich am 1. November 2003 gezeigt hatte! Damals prägten die vielen selbstgemalten Transparente und die Kritik an den oberen Gewerkschaftsinstanzen das Bild der Demonstration. Diese Kritik kam auch in den Reden auf der Abschlusskundgebung zur Sprache.

Denn was nützt es, einen Senat zu stürzen, Neuwahlen zu erzwingen, wenn keine Substanz hinter dem Protest steht? D.h. vielleicht mobilisiert man tatsächlich eine breite Masse, aber was bietet man ihr für eine Perspektive? Der ver.di-Vertreter, Cosmar (oder war es der BAU-Kollege, Rainer Knerler?) hat es so ausgedrückt: »Wenn es dabei stehen bleibt, dass dieser Senat weg muss und dann vielleicht wirklich verschwindet, wird der nächste Senat dasselbe tun und die Kollegen sind gefrustet und geholfen ist ihnen überhaupt nicht.«

Deshalb braucht man eine Alternative. Eine solche ist ohne Aktivität der Arbeiter und Angestellten (meinetwegen auch der Polizei- und Lehrerbeamten), Arbeitslosen, Studenten und so weiter (z.B. Rentner) nicht durchsetzbar. Der Nutznießer der Abwahl wird sonst die CDU. Das würde das Ansehen der GEW beschädigen (»Linke Lehrer und rechte CDU stürzen gewählte SPD-PDS-Koalition«). Einigen fällt dann noch der Volksentscheid in Preußen ein.) Ohne (wieder) gewonnene Kampfkraft und ein breites Bündnis der Gewerkschaftsmitglieder (von mir aus gegen die SPD-treue Führung), ist nicht vorstellbar, dass bei einem Volksbegehren was Vernünftiges rauskommt. Deshalb sollte man die Aktivitäten in der Richtung dem Ziel unterordnen, die Gewerkschaftsmitglieder zur Wahrnehmung ihrer ureigensten Interessen zu mobilisieren. Themen gibt's genug: Schulgesetz, Präsenzzeiten an Grundschulen usw.

Warum ist der Zustand der Gewerkschaft denn so desolat? Neben den allgemeinen, für andere Gewerkschaften auch geltenden Faktoren gibt es bei uns noch andere. Wir leben doch auf einer Insel der Glückseligkeit (relativ)! Keine Angst um den Arbeitsplatz, überdurchschnittliche Entlohnung, privilegierte Arbeitssituation (man kann sich einiges einteilen, mittags frei), kaum Kontrolle. Machen wir uns nix vor: Aus Mangel an Vertrauen in die kollektive Kampfkraft schaffen die KollegInnen den Ausgleich für die gestiegenen Arbeitsbedingungen individuell durch Krankfeiern. Ist doch leicht möglich. Den Nachteil haben die Schülerinnen und Schüler. Aber was soll es. Man muss schließlich auch an sich denken.

Auf diesem Feld wieder eine politische Kraft zu werden, ist eine schier aussichtslose Anstrengung. Da kann man doch fast Verständnis für den Wunsch aufbringen, sein Erfolgserlebnis auf anderen Gebieten zu suchen. Eine Perspektive hat man da allerdings nicht, bestärkt man doch nur die parlamentarischen Illusionen. Um den Massen zu emanzipatorischen Kräften zu verhelfen, bedarf es anderer Taten als eines Volksbegehrens, dieses ist dabei eher hinderlich. C.E., Berlin ■

Sommer. Redner, die sich mit den gesellschaftlichen Ursachen oder auch kritisch mit der offiziellen Gewerkschaftspolitik auseinander setzten, wurden an das Ende der langen Veranstaltung geschoben. Der überwiegende Teil der Demonstranten befand sich bereits auf dem Weg nach Hause bzw. auf der Rückfahrt in ihren Bussen. Zwar prangerte Sommer empört und wortradikal die Agenda 2010 an, einen Hinweis, was denn der Demonstration folgen werde, sollte sie keine Wirkung zeigen, blieb er schuldig, sieht mensch mal von der rhetorischen Drohung an den Bundeskanzler ab, dann werde man wiederkommen. Auf hör- und sichtbaren Widerspruch stieß der DGB-Vorsitzende, der sich noch bis zum 1. November 2003 gegen jegliche gewerkschaftliche Aktionen ausgesprochen hatte, nicht. Ohne weitere gewerkschaftliche Aktivitäten kommt der Demonstration, ob durch die Gewerkschaftsvorstände von vornherein so geplant oder nicht, eine Ventilfunktion zu für den vorhandenen Unmut in Teilen der Mitgliedschaft und der unteren bis mittleren Funktionärsschicht.

Auf die Beteiligung an der gewerkschaftlichen 1.-Mai-Demonstration hatte dieser vorhergegangene »europäische Aktionstag« keinen Einfluss. Der 3. April wurde von den offiziellen Rednern der Gewerkschaften auch gar nicht für eine entsprechende Mobilisierung genutzt. Die Beteiligung blieb auf dem niedrigen Niveau der vergangenen Jahre. Auffallend war, dass auch die früher recht starken und munteren Blöcke von linken türkischen und kurdischen Organisationen stark zusammengeschmolzen sind.

Wir drucken im folgenden eine Rede aus Kassel ab, die zum Aktionstag am 2. April 2004 im Namen des Nordhessischen Bündnisses gegen Sozialabbau gehalten wurde. Dieses Bündnis umfasst neben dem nordhessischen DGB-Kolleginnen und -Kollegen aus IG Metall, ver.di, IG BAU und GEW auch Organisationen wie attac, PDS, SAV, Arbeitslosen-Initiativen und die »Bürgerinitiative gegen den Ausbau des Kasseler Flughafens«. In ihr werden nicht nur die Ursachen der gegenwärtigen Angriffe, sondern auch mögliche politische Perspektiven für unsere gewerkschaftlichen Aktivitäten angesprochen. Die Rede unterscheidet sich damit wohlthuend von den offiziellen Statements unserer Gewerkschaftsführer:

**»Wir sind die Gewerkschaften!
Unsere Stärke ist nicht
die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmer!
Unsere Stärke ist
unsere internationale Solidarität!**

Die deutsche Wirtschaft war im letzten Jahr Exportweltmeister. Die Arbeitskräfte sind hoch qualifiziert. In immer kürzerer Zeit kann in diesem reichen Land immer mehr produziert werden. Trotzdem schallt es uns Tag für Tag von Regierung und Wirtschaftsverbänden, »Sachverständigen« und Redaktionsstuben, aus Fernsehen und Zeitungen entgegen:

Wir alle müssen Opfer bringen!

Damit die Wirtschaft wieder brummt!

Damit die Sozialsysteme zukunftsfähig bleiben!

Um Deutschland fit für die Zukunft zu machen!

Von vielen hört man: Reformen müssen sein, aber bitte sozial ausgewogen!

Müssen die Reformen sein?

Laut Bundeskanzler dient die Agenda 2010 drei Zielen:

1. Weil die Menschen immer älter werden, soll der »Sozialstaat« reformiert werden.
2. Die deutschen Unternehmen sollen international konkurrenzfähig bleiben.
3. Wachstum und Beschäftigung sollen gefördert werden.

Die Massenarbeitslosigkeit ist zweifellos das schlimmste Problem für alle, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind. Was aber sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit?

1. Es gibt zu wenig Anreize für die Arbeitslosen,
2. die Löhne sind zu hoch,
3. die Lohnnebenkosten sind zu hoch,
4. die Steuern sind zu hoch,

tönt es pausenlos. Erst kürzlich wieder von Ludwig Georg Braun, dem Chef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Was ist an diesen Behauptungen dran?

Es gibt zu wenig Anreize für die Arbeitslosen?

Wer hat Schuld an der Arbeitslosigkeit? Die Arbeitslosen selber. Sie sind zu faul, zu unflexibel, zu jung, zu alt, zu weiblich, zu unqualifiziert, zu wenig deutsch, zu schwerbehindert. Die Mehrheit der Bevölkerung gehört zu einer Problemgruppe auf dem Arbeitsmarkt. Um Anreize für die Arbeitslosen zu schaffen, wird die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf ein Jahr beschränkt. Arbeitslosenhilfe wird auf Sozialhilfeniveau abgesenkt. Jede unqualifizierte und schlecht bezahlte Arbeit ist zumutbar, auch zu Hungerlöhnen. Dies wird zweifellos den Anreiz für die 4,7 Mio. Arbeitslosen erhöhen, eine der 400.000 offenen Stellen anzunehmen (Februar 2003). In jedem Fall wird es einen enormen Druck auf alle bestehenden Löhne und Gehälter von Arbeitern, Angestellten, kleinen und mittleren Beamten ausüben. In die gleiche Richtung wirkt die Umwandlung tariflicher Stellen in Mini-Jobs und Ich-AGs. Dies hilft aber den Arbeitslosen, denn schließlich sind die Löhne zu hoch.

Die Löhne sind zu hoch?

Otto Graf Lambsdorf, FDP, brachte es auf den Punkt: »Wenn Ihnen als Hausfrau im Laden ein Stück Käse zu teuer ist, lassen sie es liegen. Genauso macht's der Arbeitgeber: Er stellt einfach keine neuen Mitarbeiter ein, wenn sie zu viel kosten. Für niedrige Löhne gibt's genug Arbeit.« Die Professoren des Kronberger Kreises empfehlen »bei der Belegung des Arbeitsmarktes genauso zu verfahren wie man bei der Belegung des Marktes für Bananen verfahren würde.« Der Bananenverkäufer Salvatore verkauft seine Bananen für 2,- Euro je Kilo. Wenn er kurz vor Marktschluss noch drei von seinen 10 Kisten übrig hat, ruft er sie für 1,- Euro pro Kilo aus. Zum Schluss ist noch eine halbe Kiste übrig, die er für 5,- Euro loswird. Das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage ist hergestellt.

Der Lohn, bei dem noch die letzte Arbeitskraftbanane verkauft wird, heißt bei den Professoren »Gleichgewichtslohn« oder »Vollbeschäftigungslohn«. Leider gibt es für unsere Arbeiterbanane ein kleines Problem. Wirkliche Bananen wohnen nicht zur Miete und müssen nicht täglich essen und sich kleiden um weiterleben zu können. Bananen haben auch keine sozialen Beziehungen zu anderen Bananen. Ihnen ist es egal, wenn sie zu Dumpingpreisen verknoppt werden. Sie brauchen kein Geld, um sich am Leben zu erhalten. Wenn aber die Arbeitskraft eines Kollegen für drei Euro

die Stunde verspeist wird, geht sein Leben leider weiter. Er arbeitet nicht, um zu arbeiten, sondern um von seinem Lohn zu leben. Unseren gutgenährten Vertretern der Marktwirtschaft ist das unverständlich.

Wenn sie sagen, die »Anspruchsmentalität« in unserer Gesellschaft ist Schuld an der Arbeitslosigkeit, meinen sie nicht die Gesellschaft überhaupt. Diejenigen, die sich ein Abendkleid für 50.000,- Euro oder eine Pattek-Philippe-Uhr für 80.000,- Euro leisten können, die in ihren Villen mehr Platz für Schuhe und Hutschachteln haben als viele Arbeiter für ihre Kinder, die auch bei ihrer Entlassung noch Millionenabfindungen kassieren, die sind nicht gemeint.

Wer behauptet, hohe Löhne seien Schuld an der Arbeitslosigkeit, verwechselt Ursache und Wirkung. Von 1987 bis 1991 stiegen die Bruttolöhne der Arbeiter im produzierenden Gewerbe um 18%. Die Arbeitslosigkeit sank um 540.000 Personen. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 460.000 zu.

In den vier Jahren danach stiegen die Bruttolöhne nur um 16%. Die Zahl der Arbeitslosen stieg um 870.000. 1,4 Millionen Arbeitsplätze wurden abgebaut.

In Zeiten des Aufschwungs nimmt die Nachfrage nach Arbeitskräften zu. Dann steigen die Löhne. In Zeiten der Krise übertrifft das Angebot die Nachfrage. Die Löhne sinken.

Die Löhne müssen im Verhältnis zur Produktivität gesehen werden. Das nennt man Lohnstückkosten. Das Institut der deutschen Wirtschaft, das dem Bundesverband der deutschen Industrie gehört, behauptete 1994: »*Sinkende Lohnstückkosten packen das Beschäftigungsproblem an der Wurzel an*«. Aber in der Metall und Elektroindustrie sind die Lohnstückkosten von 1993 bis 2000 um 21% gefallen. Statt steigender Beschäftigung wurden 600.000 Arbeitsplätze abgebaut.

Was macht die Menschen arbeitslos?

Der amerikanische Wirtschaftskapitän Washington SyCip behauptete, dass 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung im kommenden Jahrhundert genügen würden, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten. Mehr Arbeitskraft werde nicht gebraucht. Ein Fünftel aller Arbeitssuchenden werde genügen, um alle Waren zu produzieren und die hochwertigen Dienstleistungen zu erbringen, die sich die Weltgesellschaft leisten kann.

Der amerikanische Publizist Jeremy Rifkin schrieb sinngemäß: »*Wir treten in ein Zeitalter ein, in dem die menschliche Arbeitskraft mehr und mehr durch Maschinen ersetzt wird. Die Arbeitskraft von Millionen Menschen wird im Wirtschaftskreislauf nicht gebraucht werden, der Markt wird sie nicht mehr nachfragen*.« Und Lothar Späth, CDU, und der McKinsey-Manager Herbert A. Henzler schrieben Anfang der 90er Jahre: »*Unter Annahme weltbesten Produktionstechniken könnte das heutige Produktionsvolumen in der Bundesrepublik mit 24 Millionen Beschäftigten erreicht werden. Das entspräche bei einer Gesamtzahl von 39 Millionen Erwerbspersonen einer Arbeitslosenquote von 38 Prozent*.«

1960 hat ein deutscher Stahlarbeiter 32 Tonnen Stahl pro Jahr produziert. Im Jahr 2000 produzierte er 452 Tonnen pro Jahr. Die Produktivität ist 14-mal höher als 1960. Von 140 Stahlarbeitern sind 130 überflüssig geworden.

Sind wir gegen Maschinen?

Das Problem sind nicht die Maschinen. Wenn ich mir privat eine Waschmaschine kaufe, gewinne ich Freizeit, weil ich

die Wäsche nicht in der Badewanne waschen muss. Wenn mein Chef eine Maschine kauft, kann es mir passieren, dass ich rausfliege. Der Rahmen der privaten Aneignung der erarbeiteten Werte ist zu eng geworden, um die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Die von unseren Kollegen gebauten Maschinen können uns von stumpfsinniger, krankmachender Arbeit befreien. Sie können uns freie Zeit verschaffen, in der wir uns weiterbilden, Kinder und Jugendliche fördern, Alten und Kranken helfen, unseren Hobbys nachgehen. Stattdessen führen dieselben Maschinen heute zu weltweiter Massenarbeitslosigkeit. Es ist klar, dass die Unternehmer ein Interesse an niedrigen Löhnen und langen Arbeitszeiten haben. Das wird die Massenarbeitslosigkeit aber nicht verringern, sondern vergrößern. Autos kaufen keine Autos. Die überwältigende Mehrheit der Menschen hat ein Interesse daran, dass die Maschinen zu mehr Freizeit führen. Weil mit den Maschinen die gleichen Werte in kürzerer Zeit produziert werden, haben die Beschäftigten auch das Recht auf vollen Lohnausgleich.

Fassen wir zusammen: Der Grund für die Opfer, die uns abverlangt werden, ist nicht der Mangel, ein Zuwenig an produzierten Gütern, sondern ihr Überfluss. Weil wir immer mehr in immer kürzerer Zeit herstellen können, sollen wir verzichten.

Wettbewerbsfähigkeit stärken?

Aus dem weltweit immer kleineren Kuchen profitabler Arbeit wollen sich die deutschen Unternehmer ein immer größeres Stück herauschneiden. Das soll in Deutschland Arbeitsplätze schaffen. Dafür sollen die in Deutschland Beschäftigten Opfer bringen. Die Wettbewerbsfähigkeit des »Standorts Deutschland« soll gestärkt werden. Im nationalen »Bündnis für Arbeit« haben sich die Arbeitgeber, die DGB-Spitzen und die Bundesregierung 1998 verpflichtet, »*gemeinsam auf einen Abbau der Arbeitslosigkeit hinzuarbeiten und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nachhaltig zu stärken*.«

Der Anteil der deutschen Automobilindustrie an der Weltproduktion ist in den 90er Jahren auf ca. 22% gestiegen. Der Umsatz wuchs um 65%. 1991 gab es 824.000 Beschäftigte, im Jahr 2000 nur noch 770.000. Das starke Wachstum reichte nicht, um auch nur einen Arbeitsplatz zu schaffen, im Gegenteil. Die von den deutschen Autoherstellern gewonnenen Marktanteile gingen zu Lasten der japanischen Automobilindustrie. Diese ging um 27 Prozent zurück. Die Arbeitslosigkeit in Japan stieg. Die japanischen Konzerne wurden geschwächt. Daimler übernahm die Mehrheit bei Mitsubishi Motors.

Arbeitslosigkeit mit steigender Wettbewerbsfähigkeit zu bekämpfen heißt nichts anderes, als mit Hilfe möglichst vieler heimischer Industriearbeiter die Industriearbeiter anderer Länder arbeitslos zu machen. Das Gerede vom »Standort Deutschland« fördert den Nationalismus. Die Beschäftigten der eigenen Nation stehen über den Beschäftigten anderer Nationen. Und die unterlegenen Konkurrenten können zurückschlagen!

Die Beschäftigten eines Landes, die mit ihrem Lebensstandard andere unterbieten, sollen angeblich die Gewinner sein. Ein Land senkt die Gewinnsteuern, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Die Gelder holt es durch Schließung von öffentlichen Büchereien und Schwimmbädern wieder herein. Schon zieht das nächste nach, weil es

auch wettbewerbsfähig sein will. Gibt es in einem Land Lohnkürzungen, müssen die Gewerkschaftsvorstände des anderen Landes noch stärkere Lohnkürzungen unterschreiben. Der »Standort« darf nicht gefährdet werden. Die Beschäftigten verschiedener Länder geraten so in einen Wettlauf um die niedrigsten Standards, bei dem sie nur verlieren können. Beschäftigte, die für die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmer kämpfen, kämpfen nicht nur gegen ihre Kollegen im Ausland. Sie kämpfen vor allem gegen sich selbst.

Die »Lohnnebenkosten« sind zu hoch?

Über »Lohnnebenkosten« werden die sozialen Sicherungssysteme finanziert, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Rente. Die meisten Menschen sind darauf angewiesen, wenn es ihnen einmal schlecht geht: Der Begriff »Nebenkosten« ist irreführend, in Wirklichkeit sind es für die Unternehmer Kosten der Banane Arbeitskraft. »Lohnnebenkosten« sind Personalkosten, das sieht jeder Betriebswirtschaftler so. Dass die Unternehmer ein Interesse an der Senkung der Personalkosten haben ist klar. Warum sollten die Beschäftigten ein Interesse daran haben?

Franz Bauer, Maschinenführer in einem Metallbetrieb, 35 Jahre, verdient 2.300 Euro brutto. Wenn seine Sozialversicherungsbeiträge von 20,5 Prozent auf z.B. 18 Prozent sinken würden, hätte er 57,50 Euro brutto im Monat mehr in der Tasche. Der Betrieb zahlt ebenfalls 57,50 Euro weniger an die Sozialversicherungen. Betrieb und Franz scheinen gegenüber der Sozialversicherung gemeinsame Interessen zu haben. Aber das sieht nur auf den ersten Blick so aus. Jeder Prozentpunkt bedeutet rund 7,5 Mrd. Euro weniger Einnahmen für die Sozialversicherungen. Würden die Beiträge auf 17,5 Prozent gekürzt, würden 22 Mrd. Euro fehlen. Wie können damit die gleichen Leistungen finanziert werden? Es muss gekürzt werden.

Was geht mich das an, könnte Franz denken. Es ist mir egal, wie mein arbeitsloser Freund zurechtkommt, wie es meiner Mutter geht, die in Rente ist, oder einem Kollegen, der chronisch krank ist. Hauptsache, ich habe 57,50 Euro mehr. Aber spätestens wenn Franz Bauer selbst krank oder arbeitslos wird, wenn er in Rente geht, trifft es ihn auch. Er wird es nicht schaffen, trotz Knochenarbeit immer gesund zu bleiben. Auch er steht mit 50 auf der Abschlusliste.

Die Renten sind zu hoch?

»Die Menschen werden immer älter. Der veränderte Altersaufbau zwingt uns zu Reformen, wenn wir die Substanz unseres Sozialstaats auch in Zukunft erhalten wollen.« So stellt der Bundeskanzler die Agenda 2010 vor. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter dem IG-Metaller Riester erklärte im Oktober 2000: »Wenn immer weniger Menschen in die Rentenversicherung einzahlen, weil immer weniger Kinder geboren werden, dann stellt sich die Frage: Wer soll die Renten der Älteren bezahlen?« Für wie dumm hält uns der Kollege Riester eigentlich? Es fehlen also die Kinder, während die Lehrstellen und Arbeitsplätze leer stehen! Es ist nicht etwa so, dass die wirklich geborenen Kinder keine Lehrstelle und später erst recht keinen tariflichen, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz finden. Es ist nicht so, dass Arbeitsplätze »sozialverträglich« abgebaut werden, was heißt, dass die Beschäftigten nicht gefeuert werden, ihren Kindern aber die Tür vor der Nase zuge-

schlagen wird! In Wirklichkeit warten überall freie Arbeitsplätze, aber leider wurden zu wenig Kinder geboren!

Die Kosten im Gesundheitswesen explodieren?

Ähnlich verhält es sich mit der Krankenversicherung. Auch hier gibt es keine »Kostenexplosion« bei den Ausgaben. Durch den Wegfall sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze gibt es ein Loch bei den Einnahmen. Bei Arbeitslosen fallen die »Arbeitgeberbeiträge« weg. Das Arbeitsamt zahlt nicht mehr auf der Basis von 100% des früheren Entgelts sondern nur noch von 80%. In der Arbeitslosenhilfe ab 2001 nur noch 58%. Allein dadurch fehlen den Krankenkassen 3 Mrd. Euro jährlich. Tendenz steigend.

Die Steuern sind zu hoch?

Der Staat hat kein Geld, hören wir bei jeder Kürzung. »Steuern senken, denn das schafft Arbeitsplätze!« rief Guido Westerwelle im Wahlkampf. Die Bundesregierung wirbt für die Agenda 2010 mit der Senkung des Spitzensatzes der Einkommensteuer von 53 Prozent auf 42 Prozent. Der Bundesverband der Industrie fordert 30 Prozent. Die Bundesregierung wirbt damit, dass 56 Mrd. Euro pro Jahr durch die Steuerreform fehlen werden. Kapitalgesellschaften, dies sind vor allem Aktiengesellschaften, zahlten 1990 noch 56 Prozent Körperschaftsteuer. Diese wurde zum 1. Januar 2001 auf 25 Prozent gesenkt. Früher zahlten Banken und Versicherungen auch Steuern, wenn sie ihre Beteiligung an Kapitalgesellschaften mit Gewinn verkaufen konnten. Diese »Veräußerungsgewinne« wurden zum 1. Januar 2002 steuerfrei. Die Vermögensteuer, die 1996 noch 9 Mrd. DM einbrachte, wurde von der Kohl-Regierung abgeschafft. Die Rot-Grüne Bundesregierung hat sie bis heute nicht wieder eingeführt.

Was haben die Steuergeschenke gebracht?

Die Gewinnsteuern fielen von 2000 auf 2001 um 30 Mrd. Euro. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter sagte damals: »Damit könnte der Konjunkturmotor bald auf einem weiteren Zylinder laufen – nämlich einer deutlich gesteigerten Investitionstätigkeit. Nach dem Exportboom 2000, einem Investitionsboom 2001 könnte 2002 ein Konsumboom folgen.« Kollege Klaus Zwickel erwartete, »dass die Unternehmen nun den Konjunkturaufschwung und die Steuerreform für die Schaffung neuer Arbeitsplätze nutzen.«

Im Jahr 2001 gab es 37.000 Arbeitslose weniger als 2000. Für 810.000 Euro gab es einen Arbeitslosen weniger! Die Zahl der Arbeitsplätze stieg um 86.000. Für einen Arbeitsplatz brauchten die Unternehmen 350.000 Euro an Steuergeschenken! Damit könnte der Staat neun mal so viele gutbezahlte Stellen schaffen. Macht 770.000 Stellen.

Ein Unternehmer schafft Arbeitsplätze nicht, weil die Löhne niedrig sind, oder er weniger Steuern zahlt. Auch nicht aus Patriotismus oder Vaterlandsliebe wie unser Bundeskanzler glaubt. Ein Unternehmer schafft nur dann Arbeitsplätze, wenn es sich für ihn rechnet und nur dort, wo es sich für ihn rechnet. Aber der Kollege Klaus Zwickel und der Genosse Gerhard Schröder scheinen gegenüber dem Kapital dem Prinzip: »Glaube, Liebe, Hoffnung« zu folgen.

Wo ist der Ausweg?

Die Unternehmer nehmen keinerlei Rücksicht auf die Interessen der Beschäftigten, die den Reichtum der Gesellschaft produzieren. Aber die Unternehmer, die Bundesregierung

und die Gewerkschaftsspitzen erwarten von den Beschäftigten, dass sie Rücksicht auf die Interessen der Unternehmer nehmen sollen. Im Interesse der Unternehmer sollen Arbeitslose und Beschäftigte auf einen Mindestlohn verzichten. Bisher war die Sozialhilfe faktisch ein Mindestlohn. Im Interesse der Unternehmer sollen Beschäftigte und Arbeitslose auf eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich verzichten. Sie sollen längere Wochen- und Lebensarbeitszeiten in Kauf nehmen. Die Gewerkschaften haben nicht die Aufgabe, in nationalen »Bündnissen für Arbeit« die Beschäftigten der verschiedenen Länder in einen Wettlauf um möglichst niedrige Standards gegeneinander zu hetzen. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, im internationalen Maßstab der Konkurrenz unter den Beschäftigten und unter den Arbeitslosen entgegenzutreten.

Von Seiten der Geschäftsleitung von Mercedes in Gagegau hieß es: »*Alle sind Mitglieder einer Werks-Gemeinschaft, die sich in den Schützengräben des »Weltwirtschaftskriegs« zu bewähren haben.*« Die Beschäftigten liegen sich in den Schützengräben ihrer Firmen gegenüber. Sie sollen sich gegenseitig mit der Artillerie der modernen Produktionsanlagen beschließen. Sie sollen die Fabriken der Feinde in Trümmer legen.

Um sich in der internationalen Konkurrenz des Kapitals durchzusetzen, hat Deutschland im letzten Jahrhundert zweimal einen Eroberungskrieg begonnen. Die Weltkriege waren die Fortsetzung des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfs mit militärischen Mitteln. Das sollten wir niemals vergessen!

Am 25. Januar 2001 legten über 40.000 Beschäftigte der europäischen Opel/General Motors Werke in Deutschland, Belgien, Portugal, Spanien und England für eine Stunde und mehr die Arbeit nieder. Sie protestierten gegen die angeordnete Schließung des GM-Werkes Luton nahe London. Das war ein Beispiel einer abgestimmten Aktion internationaler Solidarität der Beschäftigten.

Wenn wir den Angriffen der Unternehmer, der Bundes- und Landesregierungen etwas entgegensetzen wollen, ist der Rahmen der branchenbezogenen Tarifaueinandersetzungen zu eng. Das hat die Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung in der ostdeutschen Metallindustrie gezeigt. In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit ist die Waffe Tarifaueinandersetzung gegen die politisch geführten Angriffe des Unternehmerlagers und der Regierungen stumpf. Den politischen Angriffen müssen die Gewerkschaften politisch entgegenreten. Alle Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen, brauchen Gewerkschaften, egal welche Branche, egal ob arbeitslos oder beschäftigt, egal, ob Deutscher, Türke, Franzose oder Mexikaner. Nur wenn wir unsere Interessen gemeinsam verteidigen, haben wir eine Chance. Darum müssen wir in den Gewerkschaften, in Betriebsgruppen, in Schüler- und Studenteninitiativen, Kirchengemeinden, Selbsthilfegruppen und Stadtteilinitiativen für unsere gemeinsamen Rechte kämpfen!

Wir sind die Gewerkschaften!

Unsere Stärke ist nicht

die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmer!

Unsere Stärke ist unsere internationale Solidarität!

Daten und Zitate nach Rainer Roth: *Nebensache Mensch*, Frankfurt/M., 2003

■ BESPRECHUNG

Die Krise des Sozialstaats wird nicht überwunden, solange die einen den anderen Vorwürfe machen – das kapitalistische System muss in das Blickfeld geraten

Was ist das, was vor unser aller Augen in Deutschland vorgeht? Der »Sozialstaat« war ein Zugeständnis, um die Massen ruhig zu stellen – weder beschränkte er die Profite noch stellte er den Ausbeuterstaat überhaupt in Frage. Er war ein Ausdruck von Kräfteverhältnissen. Die Kraft kam von innen, aber mehr noch von außen – vom Sozialismus. Mit seinem Fall ist auch der Kompromiss gefallen. So gerät die Eigentumsfrage wieder stärker ins Blickfeld. Die »Agenda 2010« ist Klassenkampf von oben – ein politisches Instrument, das den zu schweren Katastrophen neigenden Tendenzen der monopolkapitalistischen Gesellschaftsstruktur entspricht. Noch wurde von den Lohnabhängigen nicht begriffen, was in der Stunde vonnöten ist: zusammenzustehen, als Klasse zusammenzustehen. So erhebt sich die bange Frage: Was steht am Ende der »Reformen«, die der Verelendung –

am stärksten in Ostdeutschland – mit Regierungsmitteln tüchtig nachhelfen?

Der Beantwortung dieser Frage dient eine vom Ortsverein Hamburg des ver.di-Fachbereiches 8 im Januar 2004 veröffentlichte Flugschrift, die einen Vortrag des Frankfurter Sozialwissenschaftlers Rainer Roth »*Menschenrechte und die »Krise« des Sozialstaats*« wiedergibt. Im Anhang bespricht R. Schlosser Roths wichtiges Buch »*Nebensache Mensch*«; ein »*antikapitalistisches Lesebuch, das es in sich hat*«.

Die Flugschrift zeigt: Unter den Lohnabhängigen wächst das Bedürfnis, auch über Grundsätzliches zu diskutieren. Der Fachbereich 8 organisiert regelmäßig gewerkschaftspolitische Diskussionen, die von allen Gewerkschaftsmitgliedern (auch über ver.di hinaus) besucht werden können. Mit dem Papier stellt er Positionserklärungen zur Diskussion, die ein Zurück zum »Sozialstaat« der 70er und 80er Jahre vogauekeln. Dieser linkskeynesianische Ansatz ist unter linken Gewerkschaftern noch weit verbreitet. Gegenwärtig wird er unter der falschen Losung der Refunktionalisierung originär sozialdemokratischer Politik bis zur Gründung einer neuen reformistischen Linkspartei weiter getrieben.

»**resonanzboden**«, Organ des ver.di-Ortsvereins Hamburg
FB 08, Sonderausgabe Januar 2004, 8 Seiten.

Bezugsadresse:

Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Tel. 040/28 58-40 87

Roth geht in seinem Vortrag von der alltäglichen Erfahrung jedes Lohnabhängigen aus: »ein Staat, der den Armen nimmt und den Reichen gibt, kann kein Sozialstaat sein.« (S. 1) Deshalb behandelt er die Krise des »Sozialstaats« (allerdings ohne auf dessen spezifische Entstehungsbedingungen in der Nachkriegsperiode einzugehen) eher als eine Krise der Sozialversicherung. Roth tritt der Auffassung entgegen, dass die Agenda eine schlichte politische Fehlentscheidung sei. Er betrachtet sie als Antwort der Herrschenden auf ein strukturelles Problem des kapitalistischen Systems. Dieses sieht er im Fall der Profitrate.

Schon oft schieden sich an dieser Frage die Geister. Kommt doch im Sinken der Profitrate, was Roth deutlich herausarbeitet, die geschichtliche Beschränktheit der kapitalistischen Produktion zum Ausdruck. Dieses Gesetz ist von ausschlaggebender Bedeutung für das Verstehen der Widersprüche des Kapitalismus und seines historischen Verlaufs. Auf die Dauer setzt es sich gegen alle entgegenwirkenden Faktoren durch. Steigerung der Arbeitsproduktivität bedeutet schnelleres Anwachsen des konstanten Kapitals, das für die Produktionsmittel (Maschinen, Arbeitswerkzeuge, Rohmaterial usw.) verausgabt wird, im Vergleich zum variablen Kapital, das für die Arbeitskraft verausgabt wird. Da aber der Mehrwert die Funktion des variablen Kapitals allein ist, so ist es begreiflich, dass die Profitrate (das Verhältnis des Mehrwerts zum gesamten Kapital, nicht aber zu dem in Arbeitslohn allein angelegten Teil) eine Tendenz zum Sinken hat. Das Sinken der Profitrate bedeutet aber nicht unbedingt das Sinken, sondern kann auch mit dem Wachsen der Profitmasse einhergehen. Schon der utopische Sozialist Robert Owen wusste vor zweihundert Jahren: 2500 Personen produzierten fast ebensoviel wirklichen Reichtum für die Gesellschaft, wie kaum ein halbes Jahrhundert vorher eine Bevölkerung von 600.000 erzeugen konnte. »Ich frug mich: Was wird aus der Differenz zwischen dem von den 2500 Personen verzehrten Reichtum und demjenigen, den die 600.000 hatten verzehren müssen?« Die Antwort war klar. Er war verwandt worden, um den Besitzern des Unternehmens 5 Prozent Zinsen von dem Anlagekapital und außerdem noch mehr als 300.000 Pfund Sterling Gewinn abzuwerfen.

Roth behandelt in sechs kurzen Thesen auf verständliche Weise die innere Widersprüchlichkeit des tendenziellen Falls der Profitrate. Indem er aufzeigt, wie die »Produktivität unter Regie des Kapitals« (S. 2 f), deren Ausdruck das Sinken der Profitrate ist, in erster Linie zur Verstärkung des Ausbeutungsgrades, zu Arbeitslosigkeit, zu Schwierigkeiten bei der Realisierung des Mehrwertes, zu Krisen und überhaupt dazu führt, dass die Konsumtionskraft der Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb enger Grenzen veränderliches Minimum herabgedrückt wird, provoziert er eine Diskussion über konkrete Fragen auf der Grundlage der Diskussion über Grundfragen.

So auch über die Frage, ob die Krise des »Sozialstaats« durch die »Wiedervereinigung« verursacht sei. Roth argumentiert dagegen. Er liefert wichtiges Zahlenmaterial zur Aufklärung der Lohnabhängigen. Dies wäre zu ergänzen durch Beantwortung der Frage, inwieweit das Sinken der Profitrate mittels entgegenwirkender Maßnahmen aufgefangen werden oder diese sogar für eine gewisse Zeit steigen kann. Es wäre auch zu ergänzen durch Faktenmaterial, aus dem hervorgeht, welchen Einfluss die geschichtlichen Besonderheiten in der Entwicklung des Kapitalismus in den

einzelnen Ländern, u. a. die Nachkriegsgeschichte in der BRD, auf die bürgerliche Sozialpolitik hatten und haben. Leider bleibt Roths Argumentation im Kern eine »ökonomistische«. Vielleicht liegt das auch daran, dass man in einem so knapp bemessenen Vortrag nur einiges behandeln kann.

Roth lässt durchblicken, dass der tägliche Abwehrkampf der Lohnabhängigen mit einer Perspektive zu verbinden ist, die über den Kapitalismus hinausweist. Das wäre allerdings ein qualitativ neuer, ein politischer Kampf, für den die entsprechenden subjektiven Voraussetzungen zu schaffen sind. Roth sieht die gegenwärtige Aufgabe so: »Nur der Widerstand der LohnarbeiterInnen, wenn er tatkräftig organisiert wird, kann dem Sozialabbau Schranken setzen...Gewerkschaftsführungen, die sich mehr dem Kapital verpflichtet fühlen, hemmen diese Mobilisierungsfähigkeit und tragen damit zum Sozialabbau bei...Es ist notwendig, sich innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften selbstständig zu organisieren, um überhaupt eine gegenüber dem Kapital selbständige Politik entwickeln und umsetzen zu können.« (S. 2) Hier bietet sich die Erörterung der Frage an, auf welche Weise die noch weitgehend "sozialpartnerschaftlich" handelnden Gewerkschaften dazu gebracht werden können, Brennpunkt der Organisation der Arbeiterklasse zu sein, im großen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation. Es wird sich zeigen, dass ein richtiges taktisches Konzept zur Entwicklung des Widerstandes gegen die Kapitaloffensive nicht unmittelbar aus dem Fall der Profitrate als solchem, sondern nur auf der Grundlage konkreter Realanalyse unter Einbeziehung der Organisationsfrage gewonnen werden kann. Wichtig ist, dass Roth am Schluss seines Vortrages sinngemäß deutlich macht: Es wäre eine Dummheit, heute auf die Proklamation von gesellschaftlichen (sozialistischen) Zuständen zu verzichten, die sein müssten, aber noch nicht sind. Das erinnert an den Satz: Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung.

Die Flugschrift vom ver.di Fachbereich 8 ist auch gerade wegen der offenen Fragen ein Beitrag zur Debatte ganz im Sinne des Arbeiterphilosophen Joseph Dietzgen, den Karl Marx sehr schätzte: »Das erste Erfordernis eines Arbeiters, der mitarbeiten will an der Selbstbefreiung seiner Klasse, besteht darin, sich nichts wissen machen zu lassen, sondern selbst zu wissen. Die Kenntnis des Kapitals, unseres gemeinsamen Gegners im sozialen Kampfe, ist ein allgemeines Klasseninteresse, dessen sich jeder anzunehmen hat.«

I.N., Leipzig ■

■ KONTROVERSE IM VORFELD DES TRANSNET-GEWERKSCHAFTSTAGES IM NOVEMBER:

Wird der Kongress ein Brennpunkt des Widerstandes?

Verstaatlichung wie Privatisierung sind beides Eingriffe des Staates in die Wirtschaft. Die staatliche Regulierung und das staatliche Eigentum entsprechen keineswegs dem Wunschbild der Konzernherren. Sie lassen sich nur darauf ein, wenn der Kapitalismus in Gefahr schwebt. Sobald sie sich wieder sicher im Sattel fühlen, setzen sie die Regierung unter Druck, damit diese die Regulierungsmaßnahmen abbaut oder völlig aufhebt und die staatlichen Unternehmen zum Verkauf in Privathand anbietet. Gerade die wechselvolle Geschichte

Privatisierungen und Kapitalinteressen.

Wohin fährt die Bahn?

Unter diesem Titel haben wir im Februar 2003 eine Sonderausgabe der Arbeiterpolitik herausgegeben, in der nachgewiesen wurde, dass die Bahnreform eine Gewalttat des Kapitals ist. Das A und O der Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe ist die Akkumulation des Kapitals. Die Privatisierung zeigt, dass das Unternehmen Bahn in tausendfältiger Art mit dem Privateigentum verbunden ist. Die Behauptung, die »Bahn stellt

eine große geschichtliche Aufbauleistung der Bevölkerung dar«, erweist sich damit als sehr kurzatmig und verschleiert den heutigen Charakter dieses Transportmittels als eines Werkzeugs zur Profitmaximierung. Es ist nicht wahr, dass die alte Bundesbahn keine profitorientierte Bahn gewesen ist. Der Profit war der Antrieb, dem sie zu dienen hatte.

Die Arbeiterpolitik-Sonderausgabe kann für 1,- Euro (zzgl. Portokosten) über die Redaktionsadresse bezogen werden.

der deutschen Eisenbahnen weiß darüber ein Lied zu singen. So ist es kein Wunder, dass die Kollegen der »Bahn von unten«, eine Initiative von Eisenbahnern, über die wir in unserer Sonderausgabe ausführlich berichtet haben, dem Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft TRANSNET, Norbert Hansen (SPD), auf dessen Verteidigungsreden zum »Mitgestaltungskurs« – im Gewerkschaftsdeutsch »Sozialpartnerschaft« genannt – antworten: »Wenn die DB (und die sich immer mehr verselbständigende Tochter Stinnes/Railion) sich jetzt immer mehr zum ‚Global Player‘ entwickelt, ist dies für uns aber kein Grund zur Beruhigung. Denn alle Erfahrungen – von der privatisierten Post bis zu der jüngsten Übernahmeschlacht um Aventis – zeigen: Das Streben nach einem Rang als ‚Global Player‘ geht in aller Regel einher mit einer ‚Konzentration auf das Kerngeschäft‘, einem Abhängen der Fläche und Angriffen auf soziale Errungenschaften und Einkommen der Beschäftigten. Für kleine Industrieanschlüsse etwa ist in Malmströms Konzern schon längst kein Platz mehr. Selbst wenn in zehn Jahren – nach der Fertigstellung der Bosphorusuntertunnelung – die »Bagdadbahn« unter deutscher Führung verwirklicht werden sollte, selbst wenn Stinnes-Loks und eine neue ICE-Generation bis Sizilien, Gibraltar oder ans Nordkap durchfahren und selbst wenn DB-Töchter in ganz Europa sich mit anderen Privatbahnen um Ausschreibungen und »Slots« fetzen sollten, selbst in all diesen Fällen drohen unsere Interessen auf der Strecke zu bleiben. Je mehr die DB sich europaweit einkauft, um so mehr werden natürlich auch andere privatisierte Bahnen und Kapitalgruppen wie Connex (Veolia) auf deutschen Schienen um Marktanteile kämpfen und die jeweilige Belegschaft vor ihren Karren zu spannen versuchen.«

Natürlich dürfen wir kein System der Sündenböcke errichten, da vom Klassenkampf auszugehen ist, aber Hansen unterlässt es – wie die zwei anderen Vorsitzenden der bedeutend kleineren Eisenbahnergewerkschaften GDL und GDBA auch – den Eisenbahnern eindeutig zu sagen, was die Stunde

geschlagen hat. »Politik entwickelt sich« – so lautet seine Devise in Vorbereitung des nächsten Gewerkschaftstages im Herbst 2004. Fragt sich nur: Wodurch und wohin? Die Interessen und die Ehre der Eisenbahner, die durch das Chaos der Privatisierung mit Füßen getreten werden, opfert er dem für 2005 bzw. 2006 geplanten Börsengang der DB AG. Noch regt sich die Mehrzahl der Eisenbahner nicht in deutlich erkennbarer Form, obwohl der »sozialverträgliche« Personalabbau bereits zur Halbierung des Personalbestandes geführt hat, die Arbeitsintensität enorm gestiegen ist und ganze Berufsgruppen durch Automaten ersetzt werden sollen. Statt die Praxis der Gewerkschaftsorganisation auf die Entwicklung des Selbstbewusstseins der Mitgliedschaft und die unvermeidlich bevorstehenden Auseinandersetzungen um Löhne, Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit auszurichten, greift Hansen die »Bahn von unten« an und entpolitisiert die TRANSNET weiter. Dabei ist leicht wahrzunehmen, wie sich die Konkurrenz unter den Eisenbahnern aus Angst um den Arbeitsplatz, also aus Angst um die eigene Existenz und die ihrer Familien verstärkt. Von kämpferischer, gewerkschaftlicher Taktik kann keine Rede sein. Diese müsste auf dem NEIN zur Privatisierung fußen, die ja eine machtpolitische Entscheidung ist. Die Unternehmer wollen gerade jetzt zeigen, wer Herr im Hause ist.

Würde Hansen die innergewerkschaftliche Disziplin und Demokratie wirklich ernst nehmen, dann hätte er dafür gesorgt, dass die Ergebnisse der Betriebsrätekonferenz vom 31.3./1.4.2004 in Karlsruhe ernst genommen und in der Gewerkschaftspresse vollständig veröffentlicht werden. Dort wurde nämlich mehrheitlich gegen Börsengang und Privatisierung gestimmt und der Beschluss an den Gewerkschaftstag überwiesen (Beschluss s. u.). Der Vorsitzende, Norbert Hansen, schrieb stattdessen einen Brief an die »Bahn von unten«, in dem er klarstellte, dass diejenigen, die sich gegen den Börsengang der DB AG wenden und die Wiederverstaatlichung der Bahn fordern, ein anderes Staatssystem wollen – eine andere Gesellschaft anstreben. Dies aber, so seine Meinung, sei nicht die Aufgabe der Eisenbahnergewerkschaft. In dieser oder ähnlicher Form treffen wir auch bei anderen gewerkschaftlichen Organisationen auf die Frage nach dem Zusammenhang von Gewerkschaften und Kapitalismus.

Zur Diskussion steht die Frage nach dem Charakter des Staates. Hansen macht sich da keine Illusionen: Für ihn ist klar, dass auch die Regierung als Unternehmer das Personal abbaut. Wenn er aber weiß, dass das Kapital den Staat regiert, weshalb strebt er dann nach »konstruktiver Mitgestaltung«, die doch gar nicht möglich ist? Der Gewerkschaftstag bringt eventuell eine Antwort auf diese Frage. Fordern die Kollegen die Wiederverstaatlichung der Bahn, dann fordern sie die Bahn im öffentlichen Eigentum und bei öffentlicher Kontrolle – so beschränkt beides auch sein mag. Da werden dann aber auch demokratische Rechte eingefordert – und da muss der Staat zeigen, was für ein Staat er ist. Das Problem ist klar: Die Verstaatlichung ändert nichts am Charakter der Bahn als Mittel zur Profitmaximierung – ja, es hieß schon einmal: »Räder müssen rollen für den Sieg!«; aber sie ändert etwas an der Organisation der Bahn und am Widerspruchsgefüge zwischen Lohnarbeit und Kapital – es verschärft sich. Jedoch bleibt die bange Frage: In wessen Händen liegt die Bahn? Also müssen »Wiederverstaatlichung« (ganz stimmt das nicht, denn alle Eisenbahnaktien befinden sich noch in der Hand des Staates) und die Formierung kampfstarker, auf die

Entwicklung von Klassenbewusstsein setzender Gewerkschaften »Hand in Hand« gehen. Man sollte aber auch wissen, dass auf dem Wege von »privat« zu »staatlich« Reformen möglich werden, die reformistischen Ideen neue Nahrung geben. Die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt dafür genügend Beispiele. Mit der Staatsbahn marschiert nicht automatisch die Sozialisierung. »*Wohin man sieht: SOZIALISMUS!*« – das ist eine sehr verhängnisvolle Losung.

Die Kollegen der »Bahn von unten«, die keine weltfremden Utopisten sind, antworten deshalb mit aller Klarheit: »*Eine Gewerkschaft, die bei den jetzt anstehenden Weichenstellungen nicht mit aller Kraft gegen den Ausverkauf der Bahn Front macht, wird nachher – falls sie den Börsengang nicht verhindern kann – auch kaum die Kraft aufbringen, um innerbetrieblich die Interessen der Mitglieder wirksam zu verteidigen.*« Die Erfahrung lehrt: »*Man sage nie »niemals« – gerade auch zur Forderung der Wiederverstaatlichung. Das Desaster mit der Privatisierung in (fast) allen Ländern und Bereichen hinterlässt Spuren und ändert [...] auch die öffentliche Meinung...Und gerade deshalb sollte unsere Gewerkschaft nicht im Bremserhäuschen sitzen, sondern auf dem Führerstand, wenn es darum geht, die längerfristigen Interessen der Mitglieder und der Mehrheit der Bevölkerung zu formulieren. Wir bleiben dabei: Die Kalkulation, durch aktives Herbeiführen eines Börsengangs der gesamten DB Holding ließe sich eine Zerschlagung des DB-Konzerns verhindern, halten wir für eine gefährliche Illusion. Sobald wir einmal Spielball mächtiger Kapitalgruppen sind, werden die bisher erfolgten »Umstrukturierungen« im Konzern rückblickend wie ein Kinderspiel wirken und werden sie uns in alle Himmelsrichtungen auseinander reißen. Daher müssen wir ab sofort unserer Mitgliedschaft reinen Wein einschenken und sie auf die großen und unvermeidlichen Auseinandersetzungen vorbereiten. Wenn wir jetzt nichts bewegen, werden sie uns die Butter vom Brot nehmen. Jetzt die Kollegen beruhigen und damit trösten, dass wir irgendwann einmal notfalls auch die Kraft aufbringen würden, um einen Börsengang zu verhindern, wäre verhängnisvoll.*«

Man darf es keineswegs als Zufall ansehen, dass sich »Bahn von unten« mehrfach auf den legendären Arbeiterführer Willi Bleicher bezieht und die Berücksichtigung seiner Kampferfahrung vom Gewerkschaftsvorsitzenden der TRANSNET einfordert. Es ist auch kein Zufall, wenn die Kollegen feststellen: »*Haben wir am 3. April nicht auch gemeinsam mit dem DGB demonstriert, um Einfluss auf die Politik zu nehmen und uns eben nicht mehr alles gefallen zu lassen, was von oben kommt? Aber wo haben wir jemals den praktischen Schulterschluss mit anderen Gewerkschaften und einen ernsthaften Widerstand gegen die Privatisierung versucht? Haben wir sie nicht eher alle im Regen stehen lassen – die Postler Anfang der 90er, die französischen, italienischen und österreichischen Kollegen mit ihren eindrucksvollen Streiks in den letzten Jahren? Ist es nicht so, dass die Liberalisierung des Schienenverkehrs und anderer Bereiche in Frankreich viel langsamer vor sich geht, weil die Regierenden wissen, dass die dortigen Gewerkschaften nicht nur Papiertiger sind, sondern notfalls auch alles lahm legen können?*«

Wir dürfen gespannt sein, auf welche Seite sich die Delegierten des Gewerkschaftstages stellen. Folgen sie dem Vorsitzenden Hansen beim »Mitgestalten« oder entscheiden sie sich für einen Kurswechsel, wie von der »Bahn von unten« vorgeschlagen?

26.6.04 ■

■ BESCHLUSS DER TRANSNET-BUNDESBETRIEBSRÄTEKONFERENZ

Nein zum Ausverkauf der Deutschen Bahn! Nein zu Privatisierung und Börsengang!

1. Diese Konferenz nimmt mit Sorge jüngste Meldungen über einen anstehenden Verkauf von Teilbereichen der DB, einen möglichen Börsengang und die Vollendung der 1994 eingeleitete Privatisierung der DB AG zur Kenntnis.
2. Wir sagen uneingeschränkt NEIN zu jeglicher Form von Börsengang, Ausverkauf und Privatisierung und bekräftigen die in einer Resolution einstimmig beschlossene Forderung des letzten Transnet-Gewerkschaftstags in Magdeburg im November 2000: »*Für die Erhaltung einer einheitlichen, flächendeckenden und bundeseigenen Bahn im Interesse der Beschäftigten, der Umwelt und der Kunden. Kein Börsengang! Kein Ausverkauf – weder an ausländische noch an inländische Kapitalgruppen!*«
3. Wir fordern die Bundesregierung auf, sämtliche Börsen- und Veräußerungspläne sofort ad acta zu legen bzw. zu entsorgen. Sollte das DB-Management demgegenüber weiterhin auf eine teilweise oder komplette Veräußerung der Deutschen Bahn bzw. einzelner Unternehmensteile pochen, so hat der Eigentümer Bund hieraus unverzüglich Konsequenzen zu ziehen und sich von diesen Herrschaften zu trennen. Es darf nicht sein, dass der Schwanz mit dem Hund wedelt.
4. Alle Umstrukturierungen, die im DB-Konzern mit dem Ziel eines Börsengangs bzw. Verkaufs vorgenommen werden, Unsummen verschlingen und die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner von ihren eigentlichen Aufgaben abelenken, sind sofort zu stoppen bzw. rückgängig zu machen.
5. Die Bundestags-Fraktionen der Regierungskoalition und insbesondere die Abgeordneten mit gewerkschaftlichem Hintergrund werden aufgefordert, entsprechend Druck auf die Bundesregierung auszuüben und sich in diesem Sinne klar zu positionieren.
6. Der TRANSNET-Hauptvorstand wird aufgefordert, zur Bilanzierung der bisher erfolgten Privatisierungen und ihrer Auswirkungen auf allen Ebenen Konferenzen betroffener Gewerkschaften aus Bahn, Post, privatisierten kommunalen Eigenbetrieben (wie etwa Stadtwerke, Nahverkehrsbetriebe, Entsorgungsbetriebe) etc. einzuberufen. Dabei sollen u. a. die zu Lasten von Arbeitnehmern und Allgemeinheit entstandenen Folgen und gewerkschaftliche Strategien zur Rücknahme erfolgter Privatisierungen beraten werden.
7. Wir solidarisieren uns mit Kolleginnen und Kollegen in aller Welt, die sich in den letzten Monaten und Jahren durch Arbeitskampf gegen eine drohende Privatisierung gewehrt haben. Wir solidarisieren uns mit der Forderung britischer Eisenbahngewerkschaften nach Rücknahme der Bahn-Privatisierung und Wiederverstaatlichung der Bahnen und setzen uns im Rahmen der ITF für eine europaweite gemeinsame Kampagne mit dieser Zielsetzung ein.

31. März/1. April 2004, Karlsruhe ■

Privatisierung = Enteignung von gesellschaftlichem Eigentum

Wie die meisten öffentlichen Haushalte und gerade die Kommunen, die unter der rot-grünen unternehmerfreundlichen Steuerpolitik leiden, hat die mittelhessische Stadt Hanau (ca. 90.000 Einwohner) mit riesigen Finanzproblemen zu kämpfen. Unter dem neuen Oberbürgermeister Kaminsky (SPD) fährt der Magistrat (= Spitzengremium der Stadtverwaltung) einen – angeblich der Haushaltskonsolidierung dienenden – Kurs der Privatisierung, der insofern bemerkenswert ist, als die Stadt Hanau sich bisher als »sozialster Arbeitgeber« der Region verstand und sich bemühte, die verschiedenen Zweige der Kommunalverwaltung und ihrer Dienstleistungen in öffentlichem Eigentum zu behalten. Dass sie unter dem Druck des Zeitgeistes und der finanziellen Verhältnisse sich gezwungen sieht, davon abzugehen, ist daher durchaus repräsentativ für die Lage der Kommunen in der Verwaltungshierarchie des bürgerlichen Staates und die von ihnen angewandten Konzepte.

Aus der Forderung des Kapitals an den Staat hinsichtlich einer Befreiung von Steuern (für Verwaltung, Infrastruktur, Bildung, Gesundheit etc.) und von sozialen Kosten (so genannte Lohnnebenkosten) entsteht die Finanzkrise in den öffentlichen Haushalten, die per Ausgabensenkung (»Sparen«) bewältigt werden soll. Durch Privatisierung hat die Stadt mehrere Möglichkeiten, ihre Finanzlage zu entlasten:

1. Verkauf von »Tafelsilber«, um sinkende Steuereinnahmen zu kompensieren;

2. Tarifflicht, d.h. Ausgliederung einer betrieblichen Einheit aus dem Geltungsbereich der Tarifverträge, um zu verminderten Bedingungen abschließen und Neueingestellte benachteiligen zu können, also Lohnkosten zu sparen.

Die Manteltarifverträge des Öffentlichen Dienstes für Angestellte (BAT) und Arbeiter (BMT-G) haben ein vergleichsweise hohes Niveau im Arbeits- und Kündigungsschutz, in der Arbeitszeitregelung und in der sozialen Absicherung. Wie viel davon nach der Ausgliederung für die Beschäftigten übrig bleibt, hängt von den konkreten Vereinbarungen ab, z.B. der Ausgestaltung eines Anerkennungstarifvertrages. Die Abspaltung als solche ist aber bereits eine Schwächung für Belegschaft und Gewerkschaft, weil sie die Teilnahme an Lohnrunden des öffentlichen Dienstes erschwert oder verhindert und im Übrigen der Vorbereitung weiterer Schritte zur Marktöffnung dienen kann.

Eine wesentliche Triebkraft zur Privatisierung öffentlichen Eigentums ist die Suche nach Anlagemöglichkeiten des Kapitals, die zur Erschließung immer neuer Märkte (»innere Expansion«) zwingt. Die Grundforderung des Kapitals an Staat und Kommunen lautet hier, profitable Bereiche per Privatisierung herauszurücken und für den übrig bleibenden Kern sich selbst marktförmig zu verhalten. Dies hat in Gestalt des europäischen Binnenmarkts und des Dienstleistungsabkommens GATS (General Agreement on Trade in Services) internationale Dimensionen erhalten, die bis ins letzte Dorf am Hindukusch reichen und natürlich auch eine mittlere Stadt an Main und Kinzig nicht aussparen. Dabei sind die treibenden Kräfte durchaus nicht anonym. In erster Linie profitieren die Großkonzerne und herrschenden Eliten der großen Industriestaaten, also auch Deutschland, von der

rigorosen Ökonomisierung und Durchkapitalisierung der Welt und treiben sie deshalb – bspw. als Lobbyisten bei der EU oder in den Verhandlungsrunden des GATS – aktiv voran.

Der Druck auf die Gemeinden und Kommunalverbände zu solchen Maßnahmen ist umfassend. Die Formen der Privatisierung reichen von der verwaltungsmäßigen Ausgliederung (Eigenbetrieb mit eigenem Budget) über privatrechtliche Betriebsform im öffentlichen Eigentum oder öffentlicher Beteiligung bis zum völligen Verkauf. Die ökonomischen Beziehungen untereinander können als Marktbeziehungen organisiert werden, d.h., betroffene Verwaltungseinheiten sind dann gezwungen, ihre Aufträge intern und extern auszuschreiben und das preisgünstigste Angebot zu nehmen. Hierbei dürfen Privatunternehmen ausdrücklich nicht benachteiligt werden, d.h., sie können ihre meist wesentlich schlechteren Lohn- und Tarifbedingungen als Konkurrenzvorteil ausspielen. Politische und soziale Gesichtspunkte fallen dieser Ökonomisierung zum Opfer.

Freie Bahn der Privatwirtschaft

Die hessische Landesregierung wartet nicht, bis alle Kommunen unter ihrem Kostendruck vor der inneren Expansion des Kapitals kapitulieren. Durch einschneidende Änderungen in den Paragrafen über die Wirtschaftstätigkeit der Gemeinden in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) will sie diesen Prozess beschleunigen und verallgemeinern. Nach einem Entwurf von Ende März 2004 sollen die Rechte der Privatwirtschaft gegenüber der Gemeinde gestärkt werden, im Übrigen die Eingriffsmöglichkeiten der kommunalen Verwaltung auf so genannte Beteiligungsberichte reduziert werden. Das Örtlichkeitsprinzip wird gelockert, d.h. die überörtlichen Konzentrationen, die von der einzelnen Gemeinde nicht mehr kontrolliert werden können, erleichtert. Die ersten Privatisierungen gab es vereinzelt schon in den siebziger Jahren, und inzwischen haben von den 940 Mitgliedsunternehmen des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU) bundesweit knapp die Hälfte private Beteiligungen unterschiedlichen Gewichts. Der Entwurf zur Änderung der HGO soll mithin keine völlig neue Lage schaffen, sondern die realen Verhältnisse bestätigen, Neuerungen hinzufügen und damit eine verbindliche Norm schaffen, die abweichenden örtlichen Lösungswegen den Boden entziehen soll.

Völlig neu gefasst wurde in diesem Entwurf der § 121 HGO. Nach Absatz 1 darf die Gemeinde »sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und (ab hier neu:)
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.«

Die Begründung der Landesregierung hierzu lautet völlig selbsterklärend: »Durch die Schaffung einer echten Subsidiaritätsklausel in Satz 1, Nr. 3 sollen die Gemeinden vor überflüssigen wirtschaftlichen Risiken bewahrt und die Privatwirtschaft vor einer Beeinträchtigung ihrer berechtigten Interessen geschützt werden. Dieses Ziel wird erreicht, indem

der Privatwirtschaft ein Vorrang gegenüber der Gemeinde eingeräumt wird, wenn sie den Zweck mindestens ebenso gut und wirtschaftlich erfüllen kann. ... Die Neuregelung soll Drittschutzwirkung für private Anbieter entfalten. Private Dritte können also, wenn sie sich durch eine für rechtswidrig gehaltene wirtschaftliche Betätigung von Kommunen beeinträchtigt fühlen, die Verletzung eigener Rechte gegenüber der Gemeinde gerichtlich geltend machen.« Klarer und offener kann man unter derzeitigen Verhältnissen kaum formulieren, dass man ungeschminkt Kapitalinteressen zu vertreten gedenkt. Von BürgerInnen, VerbraucherInnen, sozialen Bedürfnissen oder den Beschäftigten ist nicht die Rede. Der öffentliche Dienst, das kommunale Eigentum, die kollektive Daseinsvorsorge sollen nur noch das sein, was das Kapital davon übrig lässt. Die in Hessen allein regierende CDU fühlt sich sehr sicher und schlägt Pflöcke ein.

Bevor die Gemeinde »wirtschaftlich tätig« wird, d.h. weitere Einrichtungen oder Betriebe gründet, soll sie »Marktanalysen einholen«, d.h. der örtlichen Privatwirtschaft (Interessenverbände, Industrie- und Handelskammern) Gelegenheit zur Mitsprache geben. Diese »Privatwirtschaft« aber ist die durch den neuen Entwurf Begünstigte. Mindestens einmal in der Legislaturperiode hat die Gemeinde ihre wirtschaftliche Betätigung danach zu überprüfen, ob die Voraussetzungen noch vorliegen oder Private eingeschaltet werden könnten; Regierungsbegründung: »Durch diese Vorschrift soll die Entwicklung materieller Privatisierung gefördert werden.« Weitere Vorschriften beziehen sich auf Grundsätze der Betriebsführung, der Unternehmensorganisation, des Berichtswesens und der Funktion von Gemeindevertretern in Führungsgremien von Beteiligungsunternehmen. Sie sollen die kommunale Rest- und Beteiligungswirtschaft im Sinne kaufmännischer Grundsätze wirtschaftlicher und transparenter machen.

Hanauer Magistrat auf Konsolidierungskurs

Im Dezember 2003 präsentierte der Hanauer Magistrat eine Beschlussvorlage über den Haushalt 2004 samt einem längerfristigen Konsolidierungskonzept für den Zeitraum 2005 bis 2007, das so ausgestaltet ist, als wäre der eben beschriebene Regierungsentwurf zu diesem Zeitpunkt schon bekannt gewesen. Inzwischen wurde die Vorlage im Stadtparlament beschlossen und befindet sich im Genehmigungsverfahren beim Darmstädter Regierungspräsidenten.

In der Vorlage wird festgestellt, dass der Verwaltungshaushalt (also die laufenden Einnahmen und Ausgaben für Sach- und Personalkosten; daneben steht der längerfristig gebundene Vermögenshaushalt für Grundstücke, Bauten, Betriebsanlagen) für das Haushaltsjahr 2004 einen Fehlbetrag von 26,8 Mio. EUR ausweist und für den Zeitraum 2005 bis 2007 einen »kumulierten (= aufgehäuften) Fehlbetrag« von über 120 Mio. EUR. Zur Begründung dieser Annahme heißt es: »Eine kurzfristige und nachhaltige Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen ... ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht wirklich zu erwarten.« Dies legt der Magistrat als Sachzwang und Aufforderung zum Schulterchluss vor. Die »Bürgerinnen und Bürger der Stadt« versucht er mit dem Zugeständnis einzunehmen, dass die »finanzielle Belastungsgrenze kommunaler Steuern, Gebühren und Beiträge erreicht« sei und auch Kreditfinanzierung nur in bestimmten Bereichen möglich sei. Das bisherige »Leistungstableau« solle aber in Umfang und Qualität erhalten werden. Also

sind »andere, neue, unkonventionelle Wege der Leistungserbringung« notwendig, und zwar »unter Wettbewerbsbedingungen oder zumindest unter wettbewerbsähnlichen Bedingungen«. In diesem Zusammenhang wird die Stadt als »Unternehmen« bezeichnet, das also in die Konkurrenz gejagt werden soll, als sei dies ein unentrinnbares Schicksal.

Vorab wurde der Stellenplan eingefroren, d.h. 67 als notwendig eingestandene Stellen (z.B. für Kindertagesstätten) nicht eingerichtet. Auch Verwaltungs- und Betriebsausgaben sollen nicht mehr wachsen, ab 2008 sogar jährlich um fünf Mio. EUR gekürzt werden. Die Lösung aller Probleme erwartet der Magistrat von der Ausgliederung: Bevor eine Leistung oder Aufgabe gestrichen wird (was im so genannten freiwilligen Bereich möglich ist), soll geprüft werden, ob sie »in einer anderen Rechtsform oder Trägerschaft außerhalb des städtischen Haushaltes finanziert werden« könne. In der seit Mitte der neunziger Jahre laufenden Verwaltungs- und Strukturreform habe man sich zwar – mit Zustimmung von Gewerkschaft und Personalräten – darauf geeinigt, auf Ausgliederung und Privatisierung städtischer Leistungen zu verzichten und sie in eigener Regie zu belassen (so genannter Hanauer Weg, in Abgrenzung etwa zum Offenbacher Modell). »Vor dem Hintergrund der abzusehenden finanziellen Entwicklung« sei jedoch »mehr als fraglich« geworden, ob dies in Zukunft haltbar sei. Konkret wurden Prüfaufträge für die Bereiche Kindertagesstätten, Grünflächenamt und Einkauf erteilt. Dafür soll es je eine Lenkungsgruppe unter Vorsitz des Oberbürgermeisters geben. Der Magistrat ließ sich außerdem noch beauftragen, bis zum 1. Juli 2004 »ein umfassendes und professionelles Beteiligungsmanagement« vorzulegen. Hier soll die stadt-eigene Holding (= Dachgesellschaft für die stadt-eigenen Unternehmen) mitwirken. Ein Antrag der CDU, auch die Privatisierung der Abwasserentsorgung einzuleiten, wurde im Mai hauchdünn, nämlich mit einem Stimmenpatt abgelehnt.

Auch hier wird der Paradigmenwechsel (Wertewandel) deutlich: Die Ökonomie selbst soll der Maßstab für die Struktur des öffentlichen Dienstes sein, nicht mehr die soziale Funktion für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Regierung bzw. die Kommunalverwaltung sollen nicht mehr Regulatoren von wirtschaftlichen Prozessen und Garanten von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sein, sondern selbst Wirtschaftssubjekte werden und sich im Übrigen auf einen kleinen Kern reduzieren, der in weiten Teilen seiner Zuständigkeit künftig nur als Auftraggeber fungiert, während die Leistungen selbst »privat« erbracht werden.

Der alte sozialstaatliche Kompromiss der Nachkriegsära, für den gerade die SPD, aber auch große Teile der CDU standen, soll vollständig verschwinden. Die SPD und der Sozialflügel der CDU verstehen sich nicht mehr als Instanzen, die die kleinen Leute vor den Marktkräften – die sie zwar als alternativlos, aber dennoch nicht unproblematisch ansahen – schützen, sondern sie selbst entfesseln diese.

Es hat einige Zeit gebraucht, bis diese »neue Sozialdemokratie« von der Regierungsübernahme durch SPD-Grün in Berlin wirklich bis auf die kommunale Ebene durchgeschlagen hat. In Hanau kam sie nach dem – nachträglich allgemein als inkompetent eingestuften – CDU-Härtel-Intermezzo mit Kaminsky dort an.

Der Beschluss, Prüfaufträge für die Bereiche Kindertagesstätten, Grünflächenamt und Einkauf zu erteilen, wird als »strategische Grundsatzentscheidung« verstanden; sie soll

einen mehrjährigen Prozess einleiten, der ausdrücklich auch auf andere Ämter und Fachbereiche zu beziehen ist. Die Hanauer BürgerInnen (als VerbraucherInnen, als Eltern) und die städtischen Beschäftigten sollten also wissen, was auf sie zukommt. Mehrere Optionen werden zur Auswahl gestellt:

1. Vergabe einer bisher selbst erbrachten Leistung an ein Privatunternehmen (Outsourcing);
2. Umwandlung in eine Privatrechtsreform (insbesondere vollständige GmbH);
3. Umwandlung in einen Eigenbetrieb;
4. Umwandlung in eine Stiftung oder in einen Verein.

Außer in Punkt 3 Eigenbetrieb ergibt sich für die Stadt die Möglichkeit der Tarifflicht aus dem öffentlichen Dienst. Zwar wird versprochen, »Kündigungsschutz und Tarifanwendung (BAT, BMT-G) für alle Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung Hanau im Rahmen der jetzigen arbeitsvertraglichen Beziehungen zur Stadt Hanau« zu garantieren, aber gerade darin liegt das Problem: An die Stelle des Schutzes kollektiv erkämpfter Tarifverträge sollen offensichtlich individualrechtliche Bindungen durch den Arbeitsvertrag oder bestenfalls Anerkennungstarifverträge mit abgesenktem Niveau treten, die durch geschwächte und in die Konkurrenz getriebene Belegschaften nur noch schwer verteidigt oder gar verbessert werden können. Ohnehin gilt für Neueingestellte die vorgenannte »Garantie« offensichtlich nicht; es ist ein beliebtes Manöver kommunaler »Arbeitgeber«, bei Tarifflicht so genannte Besitzstandswahrung für Altbeschäftigte zu gewähren und sich durch diese Spaltung Ruhe mit Gewerkschaft und Personalräten zu erkaufen, die sich kurzfristig darauf einlassen.

Beim Grünflächenamt und beim städtischen Einkauf lautet bereits die Vorgabe, die Ausgliederung in eine eigene GmbH zu prüfen. Bei den Kindertagesstätten gilt der Prüfauftrag in dieser Hinsicht als offen, doch erklärte der Leiter der »Stabsstelle Strategisches Controlling«, Bieberle, dass die Einrichtung eines Eigenbetriebes die wahrscheinliche Lösung wäre, da ein Investor sich nicht finden ließe. In den Projektteams aller drei Prüfbereiche, die der »Stabsstelle Strategisches Controlling« unterstehen, ist jeweils auch der Geschäftsführer der Städtischen Beteiligungsholding, Schweitzer, vertreten. Er war der letzte Geschäftsführer der Hanauer ÖTV in deren Übergang zu ver.di. Er zeichnete damals verantwortlich für die Mitwirkung der Gewerkschaft beim so genannten Hanauer Weg, d.h. der sozialverträglichen Abwicklung der Verwaltungsreform, in der die ÖTV auf eine offene Auseinandersetzung zugunsten interner Projektarbeit verzichtete und damit auch an dem Abbau von ca. 100 Arbeitsplätzen (trotz steigenden Bedarfs) mitwirkte. Nun steht er, durchaus nicht im Widerspruch zu dieser Vergangenheit, für den härteren Kurs der Privatisierung. Das Kämpfen muss ver.di nun lernen, zumal ihr in der Person Schweitzer ein Gegner gegenüber sitzt, der ihre Schwächen kennt und ausnutzt.

Persönlich an höchster Stelle trägt die Verantwortung für die Ausgliederungspläne im Haushaltskonsolidierungskonzept der bereits erwähnte Bieberle. Er gab dem »Hanauer Anzeiger« ein am 18. Mai veröffentlichtes Interview, in dem er hier getroffene Einschätzungen bestätigte. Der »Hanauer Weg« ist demnach definitiv beendet, weil die Stadt – wie viele andere, die einen ähnlichen Weg gingen – »jetzt an systembedingte Grenzen gekommen« ist. Diese Grenzen, die

ses System benennt er nicht. Es handelt sich um die öffentliche Finanzkrise als Folge der kapitalfreundlichen, die Kommunen als schwächste Ebene besonders stark belastenden Steuerpolitik. Hier wird deutlich, dass trotz der steuerlichen Benachteiligung der Kommunen diese keineswegs als Bündnispartner zur Verfügung stehen. Sie stellen dieses System ja nicht in Frage und könnten es auch nicht. Sie akzeptieren es also, leiden darunter, und da sie es nicht ändern können, bitten sie über ihre Ausgabenpolitik ihre BürgerInnen, vor allem die Schwächsten, und ihre Beschäftigten zur Kasse. Sie sind unmittelbar vor Ort für Infrastruktur und Daseinsvorsorge verantwortlich; sie führen daher in gleicher Weise den Sozialabbau durch. Sie wehren sich nicht nach oben, sondern treten nach unten.

Die Konflikte werden härter

Der Privatisierungswahn des Magistrats scheint auf Gegenwind bei den Beschäftigten zu stoßen, doch die innergewerkschaftliche Diskussion im Bereich der Stadtverwaltung hat gerade erst begonnen, allerdings mit einem Paukenschlag. In den diesjährigen Personalratswahlen bekam die bisherige Gesamtpersonalratsvorsitzende Hölzinger zwar in der Personengruppe Angestellte eine überwältigende Mehrheit. Das 15 Personen umfassende Gremium wählte anschließend jedoch nicht sie, sondern den im Arbeiterbereich mit einem ebenso hohen Stimmenanteil ausgestatteten R. Nix zum Vorsitzenden, der für einen härteren Kurs gegen die Privatisierungspläne steht und dies in einer Rede am 1. Mai auch schon angekündigt hatte. Der Oberbürgermeister wertete dies als Affront und trat mit öffentlicher Erklärung aus der Gewerkschaft ver.di aus (diesem Schritt folgten die Chefs des Strategischen Controllings, Bieberle, der Hanauer Straßenbahn, Hoffmann, und der Städtischen Holding, Schweitzer). Dieses Auftreten von Spitzenrepräsentanten der Stadtverwaltung unterstrich ihre Entschlossenheit zur Konfrontation.

Die Geschäftsstelle von ver.di antwortete umgehend und warnte vor weiterem Personalabbau durch Privatisierung, die nach den Vorstellungen des Magistrats am Ende von den jetzt noch ca. 1300 Beschäftigten in der Stadtverwaltung nur noch etwa 200 in einem geschrumpften Kern übrig lassen würde, während alle anderen unter gemindertem Tarifrecht in neuen Gesellschaften arbeiten würden. Der weitere Weg – Widerstand oder Unterordnung – muss nun in der Belegschaft und in der ver.di-Mitgliedschaft diskutiert werden. In einer Belegschaftsversammlung der gesamten Stadtverwaltung am 7. Juni erschienen von 1300 Beschäftigten gerade mal 100. Der Informationsbedarf war groß, zum Teil forderten KollegInnen auch ein härteres Auftreten der Gewerkschaft. Interessant war insbesondere der als Warnung gemeinte Bericht einer Beschäftigten des Hanauer Klinikums, das schon in den neunziger Jahren zum Eigenbetrieb gemacht wurde und stets mit unzureichender Finanzausstattung zu kämpfen hatte. Die hauptamtliche Geschäftsleitung jedoch wiegelte ab und war offensichtlich um Schadensbegrenzung im Verhältnis zur Stadtspitze bemüht. Man müsse mit dem Arbeitgeber wieder ins Gespräch kommen und es gehe darum, die Lebensplanung der KollegInnen zu sichern, hieß es immer wieder.

Wie der Magistrat wies auch die örtliche Gewerkschaftsführung auf die Zwänge hin, die der Stadt durch die Auflagen des Darmstädter Regierungspräsidenten entstanden. Dies bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass die

öffentliche Finanzkrise nicht isoliert in einer Kommune wie Hanau gelöst werden kann. Es bedarf einer bundesweiten Gesamtstrategie der Gewerkschaft ver.di und von Bündnispartnern inner- und außerhalb des DGB. ver.di Hanau muss sich nach Klärung des internen Diskussionsbedarfs dieser Aufgabe stellen und Position beziehen, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den gewerkschaftlichen Gremien der höheren Ebenen.

Die Auseinandersetzung um die Privatisierungspläne des Hanauer Magistrats wird bislang auch öffentlich geführt. Inzwischen liegen zwei offene Briefe an die Stadtspitze vor. Für das Bündnis der Hanauer Gewerkschaften wirbt der DGB Main-Kinzig/Offenbach/Wetterau »für eine andere Politik: Sozialstaat sichern – Grundgesetz verwirklichen«. Hierin beklagt er vor allem den Umgang des Magistrats mit »unserer Mitgliedsgewerkschaft ver.di«, wie er in der öffentlich gemachten Austrittserklärung des Oberbürgermeisters aus der Gewerkschaft zum Ausdruck komme. Aufgabe der Gewerkschaft, so der DGB, sei es, »den schwierigen Spagat zwischen Sparmaßnahmen der Stadt und dem Schutzbedürfnis der Beschäftigten bestmöglich zu meistern. Wir erwarten deshalb von Ihnen (gemeint ist der Oberbürgermeister) die Rückkehr zum sachlichen Dialog. Es ist nicht nur Recht, sondern Pflicht einer Gewerkschaft, Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen so gut wie möglich zu sichern. Das geht oft nur in harten, zähen Verhandlungen und bedarf einer gegenseitigen Akzeptanz.« Dem DGB geht es offensichtlich um Schadens-

begrenzung; mit zunehmender Härte im Auftreten der Gegenseite konfrontiert, appelliert er an die klassische Sozialpartnerschaft.

Anders das im März 2004 gegründete »Hanauer Sozialforum – Bündnis gegen Sozialabbau«, das die Auseinandersetzung um die Privatisierungspläne als Grundsatzkonflikt begreift. In dessen Schreiben (im Internet unter www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/hanau.pdf) heißt es u.a.: »Wir fordern den Magistrat auf, in den kommunalen Spitzenverbänden, bei der Landes- und bei der Bundesregierung für eine Erhöhung der Unternehmenssteuern und eine drastische Anhebung des Anteils der Gemeinden am Steueraufkommen einzutreten. Dadurch werden kommunale Investitionen in soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet. Wir fordern die Rücknahme des Haushaltskonsolidierungskonzepts 2004 und die Beendigung der eingeleiteten Prüfverfahren in den Bereichen Kindertagesstätten, Grünflächenamt und Einkauf. Das Hanauer Sozialforum wird diese Privatisierungspolitik nicht hinnehmen und entschieden der Umsetzung entgegengetreten. Wir werden die Pläne öffentlich machen und die Bevölkerung darüber informieren, dass diese in einen Angriff gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst münden werden und dass zwangsläufig das Leistungsniveau sinkt und die Gebühren steigen.« Ob diese Öffentlichkeitsarbeit gelingt und welche Früchte sie trägt, hängt jedoch wesentlich vom Verhalten der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ab. 13.6.2004 ■

■ RÜCKKEHR ZUR 40-STUNDEN-WOCH BEI SIEMENS-STANDORTEN

Die schrittweise Beseitigung des Flächentarifvertrages

»Bombe mit Zeitzündereffekt«, unter dieser Überschrift charakterisierten wir in der letzten Ausgabe der Arbeiterpolitik das Ergebnis der Tarifaueinandersetzung in der Metallindustrie. »Wir haben unser Versprechen gehalten, eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche wird es mit uns nicht geben«, verkündete der IGM-Vorsitzende Peters noch unmittelbar nach dem Abschluss. Die warnenden und kritischen Stimmen wurden überhört, war die IGM-Führung doch erleichtert ohne großen Streik eine Kompromiss erzielt zu haben. Damals schrieben wir unter anderem:

»Die Realität in den Betrieben wird allerdings anders aussehen. Zunächst einmal muss man festhalten: Die Unternehmer sind mit ihrem Vorhaben, über generelle Öffnungsklauseln die Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich auf bis zu 40 Stunden heraufsetzen zu können nicht durchgekommen. Andererseits haben sie weitere Öffnungsklauseln in Richtung 40-Stunden-Woche erreicht. Dies würde ich als Bomben mit Zeitzündereffekt betrachten, die nicht unmittelbar einen Erdbeben in der Fläche hervorrufen. Es sind aber Bohrungen in einem Damm, die in der Summe irgendwann dazu führen, dass er bricht. Die Formulierung im Vertrag, dass es gemeinsames Ziel der Tarifparteien sei, Arbeitsplätze am Standort Deutschland zu sichern, die Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsbedingungen zu verbessern, bedeutet nichts anderes als das ‚Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit‘ pur – jetzt per Tarifvertrag.« (Tom Adler, BR bei



DaimlerChrysler, Untertürkheim/Mettingen in einem Interview mit der Jungen Welt, 16.2.2004) Zusammengefasst: dem Unternehmerlager ist es nicht gelungen im ersten Angriff die Tarifautonomie und den Flächentarifvertrag zu Fall zu bringen. Sie haben allerdings einen erheblichen »Geländegewinn« erzielt. Das werden sie nutzen, um schrittweise das begonnene Vorhaben zu vollenden – auf betrieblicher und politischer Ebene.«

Der Zeitzündereffekt wirkt; bei Siemens ist den Metallunternehmern jetzt ein Durchbruch gelungen. In einem Ergänzungstarifvertrag für die Mitarbeiter des Doppelstandortes Kamp-Lintfort/Bocholt (insgesamt 4.000 KollegInnen) wird es eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche geben, selbstverständlich ohne Lohnausgleich. Das ist noch nicht einmal von den schon sehr weitgehenden Öffnungsklauseln im Tarifvertrag abgedeckt. Des weiteren fällt das Urlaubs- und Weihnachtsgeld weg und wird durch einen erfolgsabhängi-

Aus zwei von vielen Leserbriefen auf der Internetseite der IG Metall: »Die Rahmenvereinbarung selber wurde von der IGM-Führung **gegen den ausdrücklichen Willen der Gewerkschaftsbasis** abgeschlossen. Sie hat ... bereits Signalwirkung und wird eine Abwärtsspirale ... in Gang setzen.

Ganz schlimm finde ich den Satz »... gehen davon aus, dass während der Laufzeit tarifvertraglicher Ergänzungsleistungen die betroffenen Standorte gesichert sind und betriebsbedingte Kündigungen nicht stattfinden müssen.« Das ist so schwammig formuliert, überhaupt nichts ist dadurch garantiert. Das bedeutet für die einzelnen Betriebe, sie müssen massive Zugeständnisse machen, haben dann aber noch nicht mal eine Garantie, dass keiner während der Laufzeit

des Ergänzungsvertrages gekündigt wird. Das heißt, Siemens verhandelt mit den lokalen Betriebsräten, die sich in einer wesentlich schwächeren Position befinden als die IGM selbst. Die sind im Zweifelsfall noch leichter zu erpressen.«

Chris, 1.7.04

»... das ist eine Niederlage für die Gewerkschaft, deren Konsequenzen möglicherweise noch gar nicht abzusehen sind. **Und die Belegschaft in Bocholt und Kamp-Lintfort wird in zwei Jahren wieder vor dem gleichen Problem stehen.** Nur wird es dann um die Einführung der 42- oder 45-Stundenwoche gehen. Und die Beschäftigten in Ungarn werden auf rumänische Arbeitsbedingungen gedrückt, denn ungarische hat man ja schon in Deutschland.«

Leo Mayer, 30.6.04

gen Jahrebonus ersetzt. Die zweijährige (!) Arbeitsplatzgarantie ist ein billiger Preis für die Aufgabe der 35-Stunden-Woche. »Ich wollte die Arbeitsplätze erhalten. Das ist mir gelungen«, so Siemens-Chef Pierer. Dieser Deal sei für ihn ein gutes Beispiel, wie Flächentarifverträge zukunftsgerecht gestaltet werden können. [...] Nach Angaben des Konzerns würden damit die Arbeitskosten um 30 Prozent gesenkt.« (jW, 25.6.2004) Die werden unseren KollegInnen in ihrem Geldbeutel fehlen. Das ist keine zukunftsgerechte Gestaltung des Flächentarifvertrages, sondern sein langsamer Tod. Das Begräbnis soll mit dem Vorstoß durch die Tarifgemeinschaft

der Länder im öffentlichen Dienst eingeläutet werden. Der Siemens-Konzern hat die Schwächen der Gewerkschaften bloßgelegt und genutzt. **Gegen die Drohung mit der Schließung und Verlagerung ganzer Standorte ist die Tarifpolitik machtlos**, müssen sich die Gewerkschaften dem Druck beugen und bestehende Vereinbarungen preisgeben. Sollten sich die Gewerkschaften weiterhin beschränken auf die »Verteidigung« bestehender Tarife und den politischen Angriffen lediglich mit Appellen an die Gegenseite antworten, sind die nächsten Einbrüche vorprogrammiert.

B.G., Berlin, 28.6.04 ■

■ LOHNTARIFRUNDE BEI DER POST

Ein bescheidener Erfolg

Ähnlich wie vor zwei Jahren gelang es der Postgewerkschaft in ver.di, bei der Lohn-Tarifrunde andere Fragen auszuklammern. Kompensationsforderungen des Arbeitgebers konnte sie zurückweisen. Dies lag im wesentlichen daran, dass die Gewerkschaft durch bundesweite Warnstreiks dem Arbeitgeber deutlich machen konnte, dass er bei einer Überstrapazierung der Tarifrunde mit dem entschiedenen Widerstand der Beschäftigten werde rechnen müssen.

Bundesweite Warnstreiks

Postgewerkschaft und Post hatten ursprünglich vereinbart, die Gespräche über eine Erhöhung der Entgelte auf drei Verhandlungsrunden zu beschränken. Als nach dem zweiten Treffen der Verhandlungskommissionen noch kein Angebot der Arbeitgeber vorlag, entschloss sich die Gewerkschaft, die Mitglieder bundesweit zu Warnstreiks aufzurufen. Sie war gegenüber der Zusage der Post misstrauisch geworden, bei dem noch folgenden Termin wirklich einen Abschluss herbeiführen zu wollen.

Mindestens zweimal hatte sie in der letzten Zeit erlebt, dass die Arbeitgeber ihre Versprechen nicht einhielten. Sie waren immer dann davon abgerückt, als sie merkten, die Gewerkschaft besitzt nicht die Kraft, ihre Forderungen notfalls auch mit Druck oder anderen Maßnahmen durchzusetzen. So hatte die Post seit der Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft immer wieder betont, sie werde prinzipiell an der Gleichbehandlung von Tarifkräften und Beamten festhalten. Doch als die Bundesregierung

Anfang des Jahres beschloss, den Bundesbeamten, zu denen auch die beamteten Postler gehören, das Urlaubsgeld zu streichen und das Weihnachtsgeld drastisch zu kürzen, erinnerte sich die Post nicht mehr an ihre Zusage. Ebenso warten die Zusteller bis heute darauf, dass die Post ihr bereits 1999 gegebenes Versprechen, die Überstunden der Zusteller täglich aufzuschreiben, einlöst.

Die Warnstreiks erstreckten sich über etwa eine Woche, wobei an jedem Tag ein anderes Bundesland dran war. Betroffen waren wie in früheren Jahren die Briefzentren. Hier haben Arbeitsniederlegungen nach wie vor den größten Effekt. Doch stärker als früher wurden Zusteller und Angestellte der Filialen in die Arbeitskämpfmaßnahmen einbezogen. Zu Zeiten der Bundespost hatten sich diese beiden Beschäftigtengruppen nicht an Streiks der Gewerkschaft beteiligt. Sie sahen angesichts relativ hoher Löhne, klarer beruflicher Perspektiven und sicherer Arbeitsplätze keinen Grund, gegen ihren Arbeitgeber zu streiken. Da mittlerweile aber auch sie die Folgen der Privatisierung unmittelbar spüren, wächst unter ihnen die Bereitschaft, Arbeitsniederlegungen zu unterstützen. In kleineren Filialen oder Zustellstützpunkten weit ab von den Briefzentren ist dies schwer umzusetzen. Dort, wo die Zustellung oder die Filiale mit dem Briefzentrum verbunden ist, fiel es leicht, auch diese KollegInnen in die Warnstreikmaßnahmen einzubeziehen.

Interessant ist auch, dass sich ein kleiner Teil der Beamten an den Streiks beteiligt hat. Hier ist der Unmut über die schlechte Behandlung durch den Arbeitgeber Post mittlerweile so groß, dass sich einige über das herrschende Streikverbot hinwegsetzen.

Nahezu keinen Einfluss auf die Streikbereitschaft besaß die Tatsache, dass nach dem Übergang der Postgewerkschaft in ver.di kurzfristige Warnstreiks nicht mehr aus dem zentralen Streikfonds bezahlt werden. Um eine Arbeitsniederlegung nicht an einem solchen Punkt scheitern zu lassen, hatten einige Betriebsgruppen und Landesbezirke beschlossen, den Streikenden aus ihren Haushalten einen kleinen Ausgleich für den Lohnabzug zu zahlen. Doch thematisiert wurde diese Frage nicht. Dass die Bezahlung der Streikstunden bei den Beschäftigten nicht das zentrale Thema war, zeigt auch der Umstand, dass einige Unorganisierte am Ausstand teilnahmen.

Die Lage in Berlin

In Berlin beteiligten sich zwei Briefzentren an den Warnstreiks. Im Briefzentrum 10 in Tempelhof legte die Nachtschicht ab 3.30 Uhr die Arbeit nieder. Die Zahl der Streikbrecher aus dem Kreis der im Betrieb Beschäftigten war nicht höher als in den früheren Jahren. Sie lag bei etwa 10 – 20 %. Vertreter der Jugendgruppe unterstützten die Organisation des Streiks, obwohl sie nicht arbeiten mussten. Die Aufsichten beteiligten sich nicht an dem Ausstand. Anders dagegen im Briefzentrum 14 in Stahnsdorf, dessen Nachtschicht ebenfalls um 3.30 Uhr die Arbeit niederlegte. Dort herrschte auch eine deutlich bessere Stimmung, da die Ortsverwaltung sich besser auf den Warnstreik vorbereitet hatte.

Am späten Vormittag fand dann noch in der Urania eine zentrale Streikversammlung statt (siehe dazu das Foto auf Seite 9). Zu dieser kamen dann die Bereiche, die am Morgen in den Ausstand getreten waren. Zu ihnen gehörten die Paketfahrer der Zustellbasis Reinickendorf des Paketzentrums Börnicke und die der Zustellbasis Tempelhof des Paketzentrums Rüdersdorf sowie die Briefzusteller aus den Zustellstützpunkten Tegel und Neukölln. Auf der gut besuchten Veranstaltung hielt der Vorsitzende des Fachbereiches 10 von ver.di, Büttner, eine kämpferische Rede. Der Beifall brauste immer dann auf, wenn er die Einkommens- und Arbeitssituation der Beschäftigten der Post mit der Gewinnsituation des Unternehmens verglich. Während die Post bei der Verbesserung der Löhne mauere, zögere sie bei der Erhöhung der Dividende und der Vorstandsgehälter nicht.

Auch griff Büttner die Agenda 2010 mehrfach an, wobei es ihm als gestandenem Sozialdemokraten gelang, Stimmung gegen die dadurch verursachten Verschlechterungen für die Arbeitnehmer zu machen, aber die SPD selber nicht direkt anzugreifen.

Einen emotionalen Höhepunkt erreichte die Veranstaltung, als die Saaltür sich öffnete und weit über 100 Rentner in den Raum drängten. Sie waren aus einer Versammlung im nicht weit entfernt liegenden DGB-Haus herübergekommen um ihre Solidarität mit den Streikenden zu bekunden. Die kurzen Reden des Berliner Vorsitzenden der Veteranen der Arbeit und der stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden Mönig-Raane, die an der Zusammenkunft der Senioren teilnahm, wurden mit großer Sympathie aufgenommen.

Zum Abschluss

Der Abschluss bewegt sich auf den ersten Blick im Rahmen des Erwarteten. Sechs Nullmonaten, die durch zwei Einmalzahlungen ausgeglichen werden, folgt Anfang November eine Erhöhung der Tariflöhne wie der Besitzstandszulagen um 2,7 %. Insgesamt macht das eine Einkommensverbesserung

von etwa 2% für diesen Zeitraum aus. Damit liegt die Erhöhung des Lohnes knapp über der Inflationsrate. Ab November 2005 wird der Lohn um weitere 2,3 % erhöht.

Insgesamt muss berücksichtigt werden, dass für die Postbeschäftigten durch die 2001 und 2003 in Kraft getretenen Entgelttarifverträge die beruflichen Perspektiven sich deutlich verschlechtert haben. Es gibt nur noch wenige Stellen, auf die man sich bewerben kann. Und wenn man dann doch einen der wenigen ausgeschriebenen Posten ergattern kann, wirkt sich das dann nur bescheiden auf das eigene Portemonnaie aus, wenn die neue Tätigkeit eine höherwertige ist. Auch Leistungsprämien werden für die Beschäftigten, die noch nach den Alttarifverträgen eingestellt wurden, auf die Besitzstandszulage angerechnet. Das Einkommen für die große Mehrheit der Postbeschäftigten ändert sich also nur noch dann, wenn es bei den Tariffrunden zu Ergebnissen kommt. Berücksichtigt man ferner noch die hohen Gewinne der Post aus den letzten Jahren, kann der Tarifabschluss als mager betrachtet werden.

Zentrale Probleme der Gewerkschaft bleiben

Die Postgewerkschaft in ver.di konnte in dieser Tarifrunde auch deshalb auf weitgehende Maßnahmen verzichten, weil die Arbeitgeber wenig Interesse an einem Konflikt hatten. Bei einer moderaten Forderung, wie sie die Gewerkschaft aufgestellt hatte, wäre eine harte Haltung auch für die sonst auf ihrer Seite stehende bürgerliche Öffentlichkeit schwer nachzuvollziehen gewesen. Die Post hätte sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen müssen, dass sie im letzten Jahr außerordentlich hohe Gewinne eingefahren hatte und deshalb eine bescheidene Erhöhung der Löhne durchaus gerechtfertigt war. Zudem ist diese Öffentlichkeit bei Streikmaßnahmen durch eine verzögerte Zustellung ihrer Post auch selbst betroffen.

Ein weiterer Grund für die Post, einen Streik zu vermeiden, bestand in der Absicht, den geplanten Börsengang der Unternehmenstochter Postbank nicht scheitern zu lassen. Ein Arbeitskampf hätte die Zeichnung der Aktien erschweren können. Außerdem wäre der Eindruck entstanden, dass das Unternehmen seine Belegschaft nicht im Griff hat.

Weshalb es in der Lohnrunde nicht zu einer Absenkung anderer Tarifstandards ähnlich wie bei der IG Metall gekommen ist, hat einen einfachen Grund. Postgewerkschaft und Unternehmensführung befinden sich fast ständig in Tarifverhandlungen. Dabei werden die kritischen Bereiche aus der Lohntarifrunde rausgehalten und schiedlich-friedlich geregelt. Die Post hat in solchen Verhandlungen in den letzten Jahren ihre Vorstellungen von einer Senkung der Tariflöhne, einer Aufweichung von Arbeitszeitstandards und einer Ausweitung von Flexibilisierungsmaßnahmen in einem hohen Maße durchsetzen können. Da sie diese Tarifverhandlungen immer mit der Frage verknüpft hat, ob einzelne Unternehmensbereiche wie etwa die Filialen, die Fahrer, der Paketdienst oder der Bereich der Zustellung weiter in dem Unternehmen bleiben sollen, gab es auch objektiv wenig Spielraum für eine aktive Gegenwehr. Diese wäre nur dann möglich gewesen, wenn die Gewerkschaft versucht hätte, die besonderen Probleme einzelner Bereiche mit allgemeinen Fragen wie etwa der Arbeitszeit- oder der Lohnfrage zu verknüpfen.

Der bescheidene Erfolg der Postgewerkschaft in der abgeschlossenen Tarifrunde ist also nur möglich gewesen, weil

sie andere Bereiche der Tarifpolitik von den Lohnauseinandersetzungen abgekoppelt und bereits in diesen Verhandlungen einen großen Beitrag zur Kostensenkung des Unternehmens geleistet hat.

Spätestens Ende 2007, wenn das Monopol für die Briefzustellung fällt, wird der Postgewerkschaft, dem Fachbereich 10 in ver.di, die Grundlage für ihre bisherige Politik entzogen. Erfolge in Tarifaueinandersetzungen oder, besser gesagt, Ergebnisse wird sie dann noch erreichen, wenn sie die große Zahl der Gewerkschaftsmitglieder aktiv in die Verhandlungen mit dem Unternehmen einbezieht. Da die Vorstände derzeit nichts tun, um den Charakter der gewerkschaftlichen Politik zu ändern, müssen die Impulse dazu von unten kommen, wie schwierig auch immer derzeit die Ausgangssituation ist.

Eine Alternative zur offiziellen Politik wird sich allerdings nur dann herausbilden, wenn diejenigen, die in diese Richtung gehen wollen, die **Privatisierung der Post**, ebenso wie die aktiven Betriebsräte der Bahn, **grundsätzlich in Frage stellen**.

I.P., Berlin, 22.06.2004 ■

■ VON DER GRUPPE ARBEITERSTIMME

Unser Seminar in Landshut

In Zeiten, in denen sich die New-SPD die neoliberale Umgestaltung Deutschlands auf die Fahne geschrieben hat und fast jeden Tag neue Forderungen aus dem Unternehmerlager und von Seiten der Opposition auf die Tagesordnung kommen, die die gewerkschaftlichen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts in Frage stellen, ja sogar die Existenz der Gewerkschaft an sich zur Disposition stellen ist es für eine kleine marxistische Gruppe, wie wir es sind, notwendig mit anderen linken Gruppen in Kontakt zu treten und so auch eigene Einschätzungen und Argumente einer kritischen Überprüfung zu unterziehen und sich in der gemeinsamen solidarischen Auseinandersetzung weiter zu schulen. In dieser Sinn steht unser Frühjahrsseminar in Landshut, das wir zusammen mit den Gruppen International Landshut und Dorfen in nun fünfjähriger Tradition pflegen. Auch nachdem diese Gruppen die Herausgabe ihrer Publikation AIZ zum Ende des letzten Jahres eingestellt haben, betreiben sie ihre politische Arbeit mit anderen Schwerpunkten weiter. Als ein Novum war in diesem Jahr zu verbuchen, dass auch Genossen, die in anderen politischen Gruppen aktiv sind, an dem gemeinsamen Seminar teilnahmen. So konnten wir erfreut feststellen, dass der Kontakt zu Genossen aus der Gruppe Arbeiterpolitik, die ja im letzten Jahr schon an unserer Jahreskonferenz teilgenommen hatten, über diesen Zeitraum intensiviert werden konnte. Zu nennen ist hier vor allem die gemeinsame Beteiligung an der Konferenz in Leverkusen, über die wir in der letzten Ausgabe der Arsti berichtet haben. Das sind die ersten Ansätze eines Aufeinanderzugehens von zwei Gruppen, die sich von ihrer Herkunft her näher stehen als andere linke Gruppen und die uns durchaus ausbaufähig erscheint.

Eine weitere Neuerung beim diesjährigen Frühjahrsseminar war auch, dass drei Genossen aus der DKP daran teilnahmen. Auch ein Genosse vom Marxistischen Forum der PDS

hatte den Weg nach Landshut gefunden und mit einem Beitrag zur inhaltlichen Gestaltung des Treffens beigetragen.

Vor dem Hintergrund der momentanen Lage, der Massenarbeitslosigkeit und den bevorstehenden weiteren Verschlechterungen durch die Verschärfung der Bedingungen für Arbeitslose sowie den Erpressungen der Unternehmer, die Produktion ins Ausland zu verlagern, drängt sich für die marxistische Linke die Frage nach einer Perspektive auf, die über die momentanen – meist erfolglosen – Abwehrkämpfe hinausgeht, die Frage nach der Perspektive einer sozialistischen Revolution. Ein Genosse unserer Gruppe hat sich in dieses bedeutsame Thema eingearbeitet und stellte seine Überlegungen dazu zur Diskussion. Zur Ergänzung dieses Beitrages, der sich unter Berücksichtigung historischer Erfahrungen in der Hauptsache mit den objektiven Bedingungen befasste, trug der Genosse vom Marxistischen Forum mit seinem Referat bei. (Die Referate sind in »Arbeiterstimme« Nr. 144, Sommer 2004, abgedruckt).

In der Diskussion tauchte jedoch immer wieder die Frage nach der Gründung einer neuen Partei auf, die uns dann inhaltlich weiterführte zum dritten Beitrag des Tages »Sozialabbau, Widerstand und eine Alternative(?)«, der sich anfangs mit einer Schilderung des Tatbestands der Umverteilung von Unten nach Oben beschäftigte. Der Widerstand, der sich gegen den Sozialabbau formiert hat und in den großen Demonstrationen zum Ausdruck kam wie am 1. November 2003 in Berlin, am 18. November in Hessen, sowie die Aktionen der bayerischen Lehrerinnen und Lehrer und des öffentlichen Dienstes sowie die des VdK in München und schließlich der europaweite Aktionstag am 3. April wurden positiv eingeschätzt. Die Gewerkschaften hatten, nachdem sie von den 100.000 Teilnehmern in Berlin überrascht worden waren, nicht mehr daran vorbeigehen können. Der Referent sah in den Aktionen das Aufkommen einer Bewegung, die schließlich ihren Niederschlag in den Bestrebungen von führenden Gewerkschaftern zur Gründung einer neuen linken Partei mit alten sozialdemokratischen Inhalten fand. Diese Partei wird sich sicherlich nicht in unsere Richtung entwickeln und ihr Spielraum wurde als sehr gering eingeschätzt. Wir sollten sie jedoch kritisch unterstützen, soweit sie den sozialen Widerspruch aufnimmt.

Der Sonntag war in seinem ersten Teil dem immer wieder beschworenen einzigen Rohstoff Deutschlands und dessen Bildung gewidmet, um die es ja nun wahrlich nicht zum Besten bestellt ist. Ein Genosse der AGI-Dorfen zeigte in seinem Referat »Bildung als Ware, Bildung (noch) für alle?«, auf, wie auch die Bildung dem neoliberalen kapitalistischen Verwertungsprozess unterworfen wird. Im Rahmen des internationalen Dienstleistungsabkommens GATS wurden und werden die Voraussetzungen geschaffen Bildung weltweit zu vermarkten und mit der universellen Zauberformel von der Privatisierung auszuschlachten. Das Zukunftsbild, das der Autor für den Bildungssektor entwickelte, war dementsprechend düster, so dass nach dem Ende des Referates anfangs betretenes Schwiegen herrschte. In der Diskussion wurde dann auf die Widersprüchlichkeit der Entwicklung hingewiesen und betont, dass sich doch nicht alles so linear vorantreiben lässt, wie es sich die herrschende Klasse erwünscht und vorstellt.

Den Abschluß des Seminars bildete ein Beitrag eines kurdischen Genossen, der über die aktuellen Entwicklungen in der kurdischen Bewegung informierte. ■

1. offizielle Tarif-Tabelle

Die niedrigsten Stunden-Löhne Deutschlands

Mittwoch 99/18
28. April 2004 0,50 €

4190178400507 3 0 1 8



Viele Arbeiter haben es geachtet: te Berufe in Deutschland werden rigste Tarif in der Liste beträgt
- jetzt steht es schwarz auf weiß mit Mini-Löhnen von unter 6 Euro - 2,74 Euro! Die Liste, die Debatte
in einer offiziellen Liste! Hunder- pro Stunde bezahlt! Der nied- um die Niedriglöhne - Seite 2.

Diese demagogische
Provokation der
Bild-Zeitung blieb bisher
ohne entsprechende
Antwort der
Gewerkschaften.
Dabei liegt eine Antwort
seit mehr als
130 Jahren vor:



www.bild.de Leser-Telefon 040/34 72 49 29

»Der Sklave erhält eine ständige und fixe Menge zum Lebensunterhalt; der Lohnarbeiter erhält sie nicht. Er muss versuchen, sich in dem einen Fall eine Lohnsteigerung zu sichern, schon um in dem andern wenigstens für die Lohnsenkung entschädigt zu sein. Wollte er sich damit bescheiden, den Willen, die Machtansprüche des Kapitalisten als ein dauerndes ökonomisches Gesetz über sich ergehen zu lassen, so würde ihm alles Elend des Sklaven ohne die gesicherte Existenz des Sklaven zuteil ...

Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Brauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.«

(Karl Marx: Lohn, Preis und Profit)

Beruf	*Angabe für unter 18-Jährige	Stundenlohn	Bundesland
Angestellter Gartenbau (ohne Ausbildung)		2,74 Euro	Sachsen
Frisör		3,18 Euro	Thüringen
Erntehelfer		3,27 Euro*	Sachsen
Hilfsarbeiter Landwirtschaft (leichte Arbeiten)		3,28 Euro*	Rheinland-Pfalz
Gartenarbeiter (ohne Ausbildung)		3,33 Euro	Thüringen
Hilfsarbeiter Weinbau (leichte Arbeiten)		3,33 Euro*	Rheinland-Pfalz
Wachmann		3,91 Euro	Sachsen-Anhalt
Angestellter Bekleidungs-Industrie		3,99 Euro*	Berlin (West)
Wachmann (Nachtarbeit)		4,00 Euro	Meckl.-Vorp.
Gebäude-Reiniger		4,09 Euro	Sachsen
Stall-Helfer		4,17 Euro*	Schleswig-Holstein
Kosmetikerin		4,22 Euro	Berlin
Arbeitnehmer Blumenhandel (ungelehrt)		4,28 Euro	Sachsen
Kaufm. Angestellter Lederwaren (ohne Ausbildung)		4,31 Euro*	Rheinland-Pfalz
Angestellter Schuhindustrie (ohne Ausbildung)		4,55 Euro*	Rheinland-Pfalz
Arbeiter Steine-Industrie (ohne Ausbildung)		4,60 Euro*	Thüringen
Türsteher		4,66 Euro	Brandenburg
Angestellter Beton-Industrie (ohne Ausbildung)		4,68 Euro	Meckl.-Vorpommern
Angestellter Blumenbau		4,72 Euro*	Berlin
Hilfsarbeiter Weinbau (leichte Arbeiten)		4,75 Euro	Rheinland-Pfalz
Kaufm. Angestellter Lederwaren (ohne Ausbildung)		4,91 Euro*	Bremen, Hamburg
Angestellter Elektrohandwerk (ohne Ausbildung)		4,96 Euro*	Schleswig-Holstein
Forst-Arbeiter		4,97 Euro	Nordrhein-Westfalen
Bäckerei-Verkäuferin (ohne Ausbildung)		4,98 Euro	Brandenburg
Putzkraft Fleischerei		4,99 Euro	Sachsen-Anhalt
Frühner		5,16 Euro	Brandenburg
Gärtner		5,18 Euro	Sachsen
Angestellter Naturstein-Ind. (ohne Ausbildung)		5,22 Euro*	Rheinland-Pfalz
Kraftfahrer Gartenbau		5,24 Euro	Sachsen
Angestellter Beton-Gewerbe (ohne Ausbildung)		5,25 Euro	Sachsen
Angestellter Korbindustrie (ohne Ausbildung)		5,25 Euro*	Bayern
Angestellter Sägeindustrie (ohne Ausbildung)		5,29 Euro*	Rheinland-Pfalz
Hilfskraft Schuhmacher (ungelehrt)		5,30 Euro	Ganz Ostdeutschland
Angestellter Metallhandwerk (ohne Ausbildung)		5,34 Euro*	Schleswig-Holstein
Angestellter Sanitärtechnik (ohne Ausbildung)		5,35 Euro*	Schleswig-Holstein
Kaufm. Angestellter Lederwaren (ohne Ausbildung)		5,42 Euro	Bayern
Haushaltshilfe		5,56 Euro	Bremen
Hilfsarbeiter Metallhandwerk		5,57 Euro*	Brandenburg
Bäckerei-Küchenhilfe		5,63 Euro	Brandenburg
Technische Angestellte Elektrohandwerk		5,64 Euro	Sachsen
Reinigungskraft Bäckerel		5,65 Euro	Berlin (Ost)
Melkergehilfe		5,68 Euro	Schleswig-Holstein
Gaststätten-Küchenhilfe		5,69 Euro*	Schleswig-Holstein
Hotel-Angestellter		5,69 Euro	Brandenburg
Schuhmacher		5,70 Euro	Ganz Ostdeutschland
Bürohilfskraft Bernbau (ohne Ausbildung)		5,73 Euro*	Nordrhein-Westfalen
Arbeiter Lederwaren (ungelehrt)		5,74 Euro*	Baden-Württemberg
Hilfsarbeiter Elektrohandwerk (ohne Ausbildung)		5,78 Euro	Sachsen
Angestellter Pinselindustrie (ohne Ausbildung)		5,79 Euro*	Bayern
Verkäufer Gartenbau (ohne Ausbildung)		5,80 Euro	Saarland